

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühren
betragen für die sechsgepaltenen Kolonett-
zeile oder deren Raum 40 Pfg., für
politische und gewerkschaftliche Vereins-
und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg.

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Telegramm-Adresse:
„Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Donnerstag, den 30. Mai 1901.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Mit dem 1. Juni 1901 eröffnen wir ein neues Abonnement
auf den „Vorwärts“ mit seinem wöchentlich fünfmal erscheinenden
Unterhaltungsblatt und der Sonntags-Beilage „Die Neue
Welt“.

Im Unterhaltungsblatt wird Jolas Roman

„Arbeit“

weiter geführt. — Neu eintretende Abonnenten erhalten den bisher
erschienenen Teil dieses Romans kostenlos nachgeliefert.

Für Berlin nehmen sämtliche Zeitungs-Expeditoren,
sowie unsere Expedition, Beuthstr. 3, Bestellungen entgegen zum
monatlichen Preise von

1 Mark 10 Pfennig frei ins Haus.

Für das übrige Deutschland nehmen sämtliche Post-
anstalten Bestellungen zum Preise von

1 Mark 10 Pfennig pro Monat

(ausschließlich Bestellgeld, 14 Pfennig pro Monat) entgegen. (Ein-
getragen ist der „Vorwärts“ in der Post-Zeitungsliste unter Nr. 7671.)

Im Auslande kann der „Vorwärts“ gleichfalls bei der Post
bestellt werden; der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich
5 Fr. 1 Cts. in Belgien, 3 Fl. in Holland, 3 Kr. 59 Cere
in Dänemark, 5 Fr. 71 Cts. in Italien, 5 Fr. 15 Cts. in
Luxemburg, 4 Kr. 66 Heller in Oesterreich-Ungarn, 6 Fr.
10 Cts. in Rumänien, 4 Kr. 17 Cere in Schweden, 5 Fr. in der
Schweiz; 9 R. in Frankreich, England, Spanien und
Portugal, den Vereinigten Staaten von Nord-
amerika und andern zum Weltpostverein gehörenden außer-
europäischen Ländern.

Unter Kreuzband direkt von der Expedition bezogen kostet der
„Vorwärts“ pro Monat 2 Mark innerhalb Deutschlands und
seiner Kolonien und in Oesterreich-Ungarn, im Auslande 3 Mark
pränumerando.

Redaktion und Expedition des „Vorwärts“.

Die China-Kreuzfahrt.

Nachdem die ruhmlose und gründlich verfaßene China-Kampagne
nunmehr nach dreivierteljähriger künstlicher Verschleppung offiziell für
beendet erklärt ist, ziemt es sich wohl, in einem historischen Rückblick
die anfangs sich überstürzende und dann allmählich im Sumpfe klein-
licher Militärpolitik und diplomatischen Gaderes geendete Affäre
noch einmal fakultativsopartig vor dem Auge vorüberziehen zu lassen.

Freilich wird es einer gründlichen historischen Nachlese bedürfen, um
diesem traurigen Kapitel internationaler Eroberungs- und Ränkesucht
und typisch kapitalistisch-christlicher Kulturverbreitung auch nur in den
größten Zügen gerecht zu werden.

Die Regierungen und ihre diplomatischen Vertreter in Peking
schienen völlig von den Ereignissen überrascht worden zu sein, wenigstens
trug das Gebaren der Gesandten in Peking bis unmittelbar
vor dem vulkanischen Ausbruch der chinesischen Volkswut den
Charakter unbegreiflicher, geradezu frätklicher Sorglosigkeit.
Dah der Defensivität die Katastrophe völlig überraschend
kam, ist kein Wunder, da erst nach dem Verzweiflungsausbruch
der jahrzehntelangen systematisch mißhandelten gelben Rasse europäische
Chinamänner es für angezeigt hielten, von ihren in China gesammelten
Erfahrungen zu sprechen; die im Herzen Pekings selbst
aber stehenden Vertreter der Mächte hätten schon längst der
warnenden Sturmzeichen achten und ihr Verhalten danach einrichten
müssen.

Dah in China die Ereignisse des Sommers schon Monate, ja
sogar jahrelang ihre Schatten drohend voranzuschieben, wissen wir
jezt. Gleich beim Beginn der Wirren berichtete N. v. Haebels
in dem „Deutschen Wochenblatt“ über den furchtbar
erbitternden Einbruch der „Pachtung“ Kiautschou
in China herbeigerufen hatte. In den gelesesten
chinesischen Zeitungen sei damals die Notwendigkeit der
nationalen Erhebung, der Verteidigungskrieg gegen die heute-
wärtigen europäischen Mächte, in erster Linie gegen Deutsch-
land, gepredigt worden. Damals schon sei die Parole ausgegeben
worden: „Krieg mit Deutschland ist die einzige
Rettung aus Schmach und Schand!“ Ueberallhin, bis
in die kleinsten Ortschaften sei dieser Ruf der nationalen Empörung
gedrungen. Und schon Herr v. Haebels erklärte damals, daß eine
Hauptaufgabe an der chinesischen Erhebung das Verhalten der
Missionare trage: Bedauerlicherweise sind die Re-
pressalien, die von europäischen Mächten in China für
ermordete Missionare geübt werden, derartige, daß es schon 1897
hieß: die „roten Teufel“ wollen uns ihre Lehre mit
Kanonen aufzwingen. Die Missionare seien den Chinesen
nicht als Botsbringer einer neuen Lehre, sondern lediglich als Hüter
im Streit durch die Profanation der chinesischen
Lehre erschienen. Unzählige andre Chinamänner, darunter der
ehemalige deutsche Gesandte in Peking, Herr von
Brandt, und der Verwalter der chinesischen Seezölle, Sir Robert
Gart, haben später im gleich vernichtenden Sinne ihr Urteil über
das Auftreten der meisten Missionare abgegeben. Herr v. Brandt
schrieb:

der Bewegung und der Bestrafung ihrer Urheber keine
Venderung in der Art und Weise der Missionen eintritt, so
werden wir in zehn Jahren wieder vor einer
Krisis stehen, die die jetzige noch an Umfang
und Schrecken übertreffen dürfte.

Bittere Klage führte Herr v. Brandt namentlich über das unver-
antwortliche politische Känkepiel der Ränder christlicher Lehre und
ihre oft brätkte Mißachtung chinesischer Moral- und Rechts-
institutionen.

Ueber die Qualität der „Bekehrten“ urteilte ein Chineser
in der ultramontanen „Neuen bayrischen Landes-
Zeitung“:

„Wenn es auch unter den Missionaren viele achtungswerte
Personen giebt, so giebt es dagegen unter den Bekehrten nur
wenige, die Achtung verdienen. . . . Es ist somit nicht
zu verwundern, daß die christlichen Chinesen, selbst bei
den Europäern . . . in schlechtem Ruf stehen und daß
man sie von sich fern hält. In allen Tagesblättern in Shanghai,
in welchen eingeborene Diensthöten gesucht werden,
sind den Gesuchten stets mit großen Buchstaben die bedeutungs-
vollen Worte „nicht bekehrt“ beigefügt. . . . Der große
Fehler der Missionare besteht darin, daß sie jeden Zunge-
nichs gegen die Behörden in Schuß nehmen zu
müssen glauben, sobald er den Titel eines Christen
fährt. . . .“

Die revolutionäre Tätigkeit der Missionare fand in der
Eroberungspolitik der Mächte nachdrücklichste Unter-
stützung. Vor einigen Tagen gaben deutsche Blätter eine zuerst in
einem chinesischen Blatte publizierte, aus den ersten Tagen des
August stammende Geheimmitteilung Li-Hung-Tschangs bekannt,
in der die Regierung zwar dringend vor einer Vergünstigung des
ausichtslosen und auch innerpolitisch gefährlichen Vorgehens
gewarnt wurde, in der sich aber zugleich auch die nationale
Empörung des der europäischen Kultur nichts weniger als feind-
lichen greifen chinesischen Staatsmanns in folgenden Ergüssen Luft
machte:

„Während der jetzigen Dynastie hat das Unheil mit den
Barbaren, seit Mitte der Regierung Taokiangs (1821—1850), von
Tag zu Tag zugenommen. Allmählich wurde es für uns zu
einem wahren Hemmschuh und führte schließlich im Jahre 1860
die große Umwälzung herbei. Damals drangen die Barbaren in
unsre Hauptstadt ein und brannten den Sommerpalast und Haitien
(ein zum Sommerpalast gehörendes Dorf) nieder, so daß der
Kaiser sich nach Norden wenden mußte, wofür ihn in seiner Ver-
drängnis der Tod ereilte.

Es ist selbstverständlich, daß hierfür noch unsre Kinder
und Kindeskinder, ja alle kommenden Ge-
schlechter Rache nehmen müssen. Alle Beamten und
Bürger, welche zwischen den vier Meeren wohnen, werden so
lange blutige Thränen weinen, sich ans Herz schlagen, auf
Winen schlafen und Galle essen, bis sie ihre Rache gekühlt
haben! . . .“

Später ward und dann Frankreich in Annam lästig.
Es machte uns den bisher gehorsamen tributpflichtigen Staat
abspenstig! — Japan fing in Korea Streit an, in dessen Verlauf
wir Truppen und Land verloren. — Doch, was später
geschah, war noch viel brutaler! Da rissen die
Deutschen „Kiautschou“, die Russen „Port
Arthur“ und „Lalienwan“ an sich! England
forderte darauf „Wei-hai-wei“, „Rowben“, die
Erweiterung des Settlements in Shanghai und die Eröffnung
neuer Inlandsbahnen! Frankreich verlangte Kuangchowwan und
machte sich am Meere einen Streifen Landes von über 100 Li an.
All das wurde uns unter Drohungen abgetrotzt.

Um möglich können wir das so ruhig hin-
nehmen! Wenn wir nach derartigen Vorgängen
noch immer nicht bestrebt sein sollten, uns zu
kräftigen, so läme das einem Mangel an Scham-
gefühl gleich. Wenn wir noch immer nicht daran denken
wollten, für das erlittene Unrecht Vergeltung zu üben, so wäre
das Mangel an Gefinnung!“

Im Frühjahr 1900 machten sich die Anzeichen der allgemeinen
Gärung immer bemerkbarer. Die Mächte planten mehrfach eine
internationale Flotten demonstration und die Legationen
in Peking selbst fühlten den Boden unter sich erbeben. Aber ihr
ungeheures europäisches Ueberlegenheitsgefühl und ihre unendliche
Verachtung der gelben Rasse, die bisher alle Kränkungen wider-
standslos ertragen hatte, verführte sie, statt den Ursachen der Gärung
nachzuforschen und eine Politik der Versöhnung anzubahnen, zu den
verhängnisvollsten und thörichtesten Provo-
kationen. Man glaubte Nation und Regierung
terrorisieren und ein Schreckensregiment diktieren
zu können. Am 21. Mai forderte, nachdem bereits ein ergebnisloser
Notenwechsel vorausgegangen war, das diplomatische
Corps in Peking durch eine dem Tsungli-Yamen
überreichte Kollektivnote die Achtung und blutige
Niederwerfung aller an der Bewegung Beteiligten. Mit
bewundernswürdiger Bescheidenheit verlangte man

- 1. die Verhaftung aller demonstrierenden Elemente;
2. die Verhaftung aller derjenigen, die ihre Wohnungen
zu Zusammenkünften zur Verfügung stellten;
3. strenge Verhaftung der Polizeibeamten,
welche ungenügende Repressivmaßregeln an-
gewendet hätten;
4. Hinrichtung aller, die sich des Verbrechens gegen
Leben und Eigentum (I) schuldig gemacht hätten;
5. Hinrichtung der Vorgesetzten und derjenigen, welche
ihnen materielle Unterstützung gewährt hätten.

Dah die Regierung ausweichend antwortete und die
Erbitterung unter den „Vogern“, gegen die die Schütz-
mannschaften der Legationen auf eigene Faust Jagden zu ver-
anstalten begannen, durch ein detartig überkühnes Auftreten nur

geschürt wurde, ist nur zu erklärlich. Die Unruhen nahmen eine
immer bedrohlichere Gestalt an. Die chinesische Regierung forderte
damals die Legationen auf, Peking zu verlassen, allein
die Gesandtschaften zogen es vor, ihre Regierung um
schleunige Entsendung eines starken Schütz-
corps aufzufordern. Admiral Seymour trat denn auch sofort
Mitte Juni mit 2000 Mann internationaler Truppen den Marsch
gegen Peking an.

Die Wirkung dieser Aktion, die völkerrechtswidrig
war und eine neue schwere Provokation darstellte, bewirkte
den allgemeinen Aufstand. Als dann in der Nacht vom 17. zum
18. Juni von der internationalen Flotte die Taku-Forts er-
stürmt wurden, entfesselte diese kriegerische Aktion in Peking
vollends die nationale Revolution. Als am 20. Juni der deutsche
Gesandte v. Kettler, allen Vorsichtsgeboten zum Troz, pers-
önlich ins Tsungli-Yamen dringen wollte, fiel er von der Hand eines
chinesischen Unteroffiziers.

Der Krieg mit China war im vollen Gange. Am 19. Juni er-
folgte die Mobilisationsordre für das in Kiel stationierte See-
bataillon sowie den Panzerkreuzer „Fürst Bismarck“. Wenige Tage
später wurde eine Brigade mobilisiert.

Inzwischen warfen die Mächte, in erster Linie Rußland
und Japan, alles, was sie an Truppen zur Verfügung hatten,
nach China, jedoch brachen sich ihre Kolonnen vorläufig an dem
tapferen Widerstand der Chinesen. Admiral Seymour
wurde unter schweren Verlusten zur Rückkehr nach Tientsin ge-
zwungen und auch Tientsin konnte erst genommen werden,
nachdem die Mächte 30000 Mann und 100 Geschütze ins Gefecht
bringen konnten. Die Verluste der verbündeten Truppen waren
schwer. Durch Tapferkeit, aber gleichzeitig auch durch Feilheit
zeichneten sich bei der Einnahme der unglücklichen, in einen Schutt-
haufen verwandelten Stadt die Russen aus. Nach einem Bericht
des „Frankf. Ztg.“ schilderte der amerikanische Professor O. D. Clifford
das Kulturverderb der russischen Soldateska wie folgt:

„Sobald die Alliierten in die Stadt eindrangen, begannen sie
ihre Plünderungswerk. Die Russen waren die ersten, die
sich daran machten. Ich sah mit meinen eigenen Augen,
wie acht alte und gebrechliche Chinesen mit kaltem
Blut niedergestochen wurden.“

Und Frau E. W. Drew, die Gattin des britischen Zoll-
kommissars in Tientsin, sagte:

„Die Russen schlachteten sogar die Kinder an
der Mutterbrust ab, sie spießten die Säuglinge
auf den Bajonetten auf, warfen sie dann hoch in die Luft,
um sie wieder mit den Bajonetten aufzufangen. Viele Frauen
und Kinder wurden in das Wasser getrieben, wo sie elend er-
tranken.“

In Deutschland erhielten indes eine Linien-Schiffs-
Division und eine ganze weitere Division die social-
demokratische Presse gegen eine Ostasienfahrt großen Miß-
fallen. Selbst Blätter vom Schlage der „Deutschen Tagesztg.“
und der „Post“ vor einem Rache- oder Eroberungskrieg,
auch der immer lauter erhobene Ruf nach einer schleunigen Ein-
berufung des Reichstags verhalte in dem ausgebrochenen
Kampfrausch. Brauchte es doch sogar die „Freisinnige
Zeitung“ des unentwegten Volkstribunen Eugen Richter
fertig, die Einberufung des Reichstags zurecht verfassungs-
mäßiger Nachsicherung um die benötigten Kriegs-
mittel für überflüssig zu erklären, da man ja nichts Ge-
wisseres wisse!

Nur nach der Kunde von der Einnahme Tientsins er-
regte eine andre Kunde allgemeines Aufsehen: die am 9. August er-
folgte Ernennung Waldersee zum Oberkomman-
dierenden der internationalen Truppen in China.

Waldersee selbst hatte eine große Meinung von seiner
singulären Würde, die später bekanntlich umso herber enttäuscht
wurde. Bei der Abschiedsvorlesung einer Liedertafel er-
klärte er:

„Die mir durch die Uebertragung des Oberkommandos ge-
stellte Aufgabe ist eine schwierige und es ist bis jetzt in
der Weltgeschichte noch nicht dagewesen, daß ein
Feldherr so viele Truppen verschiedener Nationen befehligt
hat. . . . Ich hoffe, daß es mir gelingen wird, das mir geschenkte
Vertrauen zu rechtfertigen und den Beweis zu er-
bringen, daß ich wirklich der rechte Mann auf dem rechten
Platze gewesen bin.“

Als sprach Waldersee, als bereits die Fahnen der Mächte über
dem am 15. August genommenen Peking flatterten und
Li-Hung-Tschang sich ernstlich um Zustandebringen des
Friedens bemühte.

Und zur nämlichen Zeit, als Waldersee, hoher Illusionen
voll, sich zur Abreise ansetzte, erklärte trocken der französische
Minister des Auswärtigen, Delcassé, daß mit der
nunmehr erfolgten Einnahme Pekings und der Befreiung der
Gesandten der Hauptzweck der gemeinsamen mili-
tärlichen Aktion erreicht sei. Eine Abjage an den
Weltfeldmarschall, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließ.
Als Waldersee vollends Ende September den Schauplatz
der exträrräumten Thaten betrat, waren bereits die Friedens-
unterhandlungen mit Li-Hung-Tschang und dem
Prinzen Tsching eröffnet und Rußland und Japan be-
gannen bereits ihre Truppen zurückzuziehen. Der Antritt der
Weltfeldmarschallenschaft vollzog sich unter den glücklichsten Auspicien!
Wir wollen es uns ersparen, das langweilige und trübselige
Schreckensspiel der folgenden Monate noch einmal in seiner ganzen
Burchbarkeit herauszuschreiben: die entscheidenden Schläge waren —
ohne den Weltgenerallstimm — gefallen, die Volkserhebung war —

wieder ohne Waldersee — gebrochen, was noch kam, bestand in diplomatischen Federfuchserien und — Wogersjagden, die bald zu einer noch nie gekannten Specialität gediehen.

Erwähnt sei nur noch die famose Wilow-Rote vom 19. September. In diesem Circular-Telegramm erklärt die deutsche Regierung, sie

erachtet als eine Vorbedingung für den Eintritt in diplomatischen Verkehr mit der chinesischen Regierung die Auslieferung derjenigen Personen, welche als die ersten und eigentlichen Anstifter der gegen das Völkerrecht in Bezug begangenen Verbrechen festgestellt sind. Auf die Zahl der Verurteilten kommt es weniger an, als auf ihre Eigenschaft als Hauptanführer und Leiter.

Die Regierungen lehnten fast ausnahmslos in schroffer Form dies wunderbare Ansuchen ab. Trotzdem hat es die geniale deutsche Chinapolitik fertig gebracht, zwar nicht ihre Forderung der Verurteilung der Hauptanführer durchzusetzen, wohl aber die Friedensunterhandlungen vom September vorigen Jahres bis jetzt vollständig hinzuschleppen! Erst das immer größer werdende Loch im Reichsbeutel veranlaßte die deutsche Regierung, des grausamen Spiels endlich ein Ende zu machen. Die Hauptanführer Lungfuhliang und Tuan erlösten sich auch zur Stunde noch goldenster Straflosigkeit und Deutschland hat sich durch die Quantität der Sühnopfer die Qualität ersparen lassen.

Wir sind grundsätzliche Gegner dieser Welt-politik, und wenn wir eine Tatsache des China-Abenteuers mit Genugthuung verzeichnen, so ist es die, daß weltpolitisch die große Aktion verlaufen ist wie das Hornberger Schießen. Nur Rußland ist eine Annullation geglückt, trotz des deutsch-englischen Abkommens. Freilich ist die Gefahr nur vorläufig beseitigt: in Gestalt der chinesischen Schutztruppen besitzen wir bereits eine Kolonialarmee, für die man auch ein eigenes Manövrierfeld zu finden bemüht sein wird. Mit der Zurückziehung des Expeditionscorps darf deshalb der Kampf gegen die weltpolitische Abenteuerjagd nicht erlahmen. Die circa 300 Millionen, die uns — abgesehen von den Menschenopfern — die weltpolitische Generalprobe unter Leitung des Weltkapellmeisters Waldersee gekostet hat, dürften diesen Kampf wenigstens bei der derzeitigen und fröhenen Masse wesentlich erleichtern. Welche Unsumme von Kulturaufgaben hätte sich mit diesen dreihundert Millionen vollbringen lassen! Der moralische Schaden der weltpolitischen Kreuzfahrt vollends ist ein infamensurabler!

Verichtigung. Im letzten Absatz unfres gestrigen Leitartikels ist in der dritten Zeile statt „Verfasser“ zu lesen: Verleger.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 29. Mai.

Spekulationen auf den Wahlsinn

Der Kreisblatteleer unternimmt die parocianische „Konservative Korrespondenz“ in einem Leitartikel, der gar zu plump und dumm ist, als daß man ihn eine Schurkerei nennen braucht. Gegenüber der „Königlichen Zeitung“, die auf die Attentatskommission der aus der Hofkunst verdrängten Junker scharf hingewiesen, beharrt die „Konservative Korrespondenz“ — und sie muß dabei wohl auf verfolgungswahnsinnige Leser rechnen — auf der Meinung, daß die Socialdemokratie für die Epilepsie des Bremer „Attentäters“ verantwortlich zu machen sei.

Die Socialdemokratie als direkte Anstifterin der Bremer That hinzustellen und ihr „Attentatsabsichten“ zuschreiben, ist niemandem eingefallen; in dem Urteil aber waren und sind namentlich die Konservativen einig, daß derartige Angriffe auf Herrlichkeiten und andere Staatsoberhäupter nur durch die beständige Verhegung seitens der Socialdemokratie, durch deren konsequente Herabsetzung jeder Autorität und Verherrlichung aller Revolutionsthaten provoziert werden. Zu unreisen und namentlich wirren Köpfen müssen sich die Eindrücke socialdemokratischer Lektüre ganz unfehlbar zu Attentatsgedanken verdichten.

Als nach dem Unfall in Bremen in einigen Blättern die Vermutung aufstauete, der Epileptiker sei möglicherweise durch die leidenschaftlichen Angriffe der Konservativen und Wdendischen gegen die „Engländer“ aus Anlaß der Ordensverleihung an Lord Roberts zu seinem Streich veranlaßt worden, da schämten die konservativen Organe vor Mut, daß man eine solche Behauptung anspreche, ohne den zwingenden Beweis eines direkten Zusammenhangs zu erbringen. Jetzt läßt die „Konservative Korrespondenz“ daselbe Mandat, allerdings in kritischer Verzerrung.

Die Zollangst und das Bewußtsein schwindenden Einflusses blüht aus jedem Worte der laufenden Demagogie. Nicht die Socialdemokratie war es, die in der Kanalfrage die Autorität der Krone verhöhte, nicht die Socialdemokratie hat die „reitende That der Handelsverträge“ bekämpft und den vom Kaiser zurückgewiesenen „Drotwucher“ umgestalt gefordert, nicht die Socialdemokratie hat die „Engländer“ und die deutsche Vorempolitik zum Lieblingsgegenstand der Polemik gemacht, nicht die Socialdemokratie hat im Circus Busch in verschämten Majestätsbeleidigungen geschwelgt — um so mehr haben die Konservativen und Agrarier natürlich allen Grund, für die von ihnen begangenen Handlungen einen Schuldigen zu erfinden. Das Spiel ist zu abgemacht, als daß es auf geistig normale Menschen Eindruck machen könnte.

Als 1878 Bismarck die Politik des Schutzzolls und der Verleicherung der Besitzenden begann, benutzte er das blinde Aitenat eines Christlich-Socialen und den ernstern Mordanschlag eines gestörten Nationalliberalen, um das Proletariat zu knebeln, von dem der kräftigste Widerstand gegen diese Politik zu erwarten war. Das war ein welthistorisches Verbrechen, an dem der Schuldige schließlich elend zu Grunde ging. Wenn heute die Konservativen das Verbrechen zu wiederholen gedenken, so mag ihr Wille ja mit Ironie auf die Schänke gerichtet sein, aber ihr Nachahnungsversuch ist tölpelhaft und aussichtslos. Denn heute weiß jeder, daß die Socialdemokratie keine Aitenate macht, sondern im Gegenteil den reaktionären Aberglauben bekämpft, als ob ein System beseitigt wird, wenn Personen umgebracht werden. Die heiße Sehnsucht, hohe Würdenträger hinzurichten und Kaiserpaläste zu säumen, überlassen wir gern den Kollapatrioten. Außerdem aber kann nur ein Narr darüber im Unklaren sein, daß jeder Versuch, die Socialdemokratie unter falscher Anklage gewaltsam niederzuwerfen, die Macht des Proletariats steigern muß.

Wir schämen diesem unsauberen Gaunerlamp der Kanalkreuzer und Drotwucherer mit lächer Belassenheit zu. Er hat nur deshalb für uns einig Interesse, weil er trah zeigt, daß die Konservativen überzeugt sein müssen, es sei bei den heutigen Zuständen möglich, mit den blödesten, sinnlosesten und gemeinsten Mitteln Erfolge zu erzielen.

Sitzge Reichstagsfeindschaft läßt die „Konf. Korresp.“ aus, indem sie das Wort des Herrn v. Levetzow, daß der Reichstag durch Einführung von Dänen auf ein niedriges Niveau herabstiege, verteidigt. Zunächst verführt der Form gegen den nicht allen konservativen Wünschen gleich dem Landtag unterworfenen Reichstag die „Konf. Korresp.“ zu der ergötlichen Herrenlogik:

„Je demokratischer der Reichstag geworden ist, desto mehr hat er an Vollständigkeit eingebüßt. Je mehr er den politischen Einfluß in die großen Massen verlegt hat, desto niedriger ist in der That das Niveau des Parlaments geworden.“

Ein Parlament ist nach der „Konf. Korresp.“ um so vollstimmlicher, je weniger das Volk auf dasselbe Einfluß hat. Das preussische Herrenhaus ist das vollstimmlichste Parlament in Preußen, weil die „großen Massen“ keinerlei Einfluß auf seine Zusammenstellung haben, und zugleich sieht es damit auf dem höchsten Niveau. Oder mit anderen Worten: Dasjenige Parlament ist das vollstimmlichste, in dem die konservativen das Volk am kräftigsten zu gerben in der Lage sind. Ein Parlament, aus dem das Volk die konservativen hinausjagt, ist dagegen nicht vollstimmlich.

Sodann beehrt die „Konservative Korrespondenz“ die gesetzgebende Körperschaft des Reichs durch folgende ansehnliche Schimpfleistung, die durch eine den Kanalkreuzer allerdings jetzt besonders nötige byzantinische Vorbemerkung verschönt ist:

Der Umstand, daß die bürgerliche Demokratie mit der staats- und reichsfeindlichen Socialdemokratie gemeinsame Sache macht, daß es in der deutschen Volksvertretung eine große Partei gibt, die dem Kaiser jede Ehrfurchtsbezeugung verweigert, ist nicht geeignet, den demokratischen Einfluß in unserer Volksvertretung auf einen mit Sitze und Ordnung verträglichen erscheinen zu lassen.

Nicht sich das niedrige Niveau der demokratischen Richtung schon bei den Reichstagsdebatten, wobei die meisten Redner der demokratischen Linien darin einen Mißbrauch, in höchst brutal und heberisch aufzutreten, sehr empfindlich geltend, so offenbart sich dasselbe besonders deutlich bei den Agitationen und in der Presse. Sächlich wird kaum noch gekämpft. Hier eine demagogische Wrause, dort eine verleumderische Unterstellung oder ein persönlicher Angriff, daneben Mißbrauch von Privatbriefen, Ausschlagung gestohlener Aktenstücke; mit diesen Mitteln macht die Demokratie ihre politischen Geschäfte. Ist dieses das beneidenswerte Niveau der Demokratie?

Das Parlament hat die Aufgabe, durch die vom Volke gewählten Vertreter dessen Anschauungen und Wünsche zum Ausdruck zu bringen und durch Rede und Gegerede die wiederstrebenden Meinungen zu klären. Die Demokratie hat aber seit Jahren diese Aufgabe völlig verschoben. Nicht die offiziellen im Parlament vorgetragenen Meinungen der nichtdemokratischen Parteien sind für die demokratische Presse zur Beurteilung der politischen Lage maßgebend, sondern allerlei Legenden und Unterstellungen bilden die Grundlage für den politischen Kampf der Demokratie. Dadurch werden die Parlamentsverhandlungen zum Possenspiel herabgedrückt und verlieren in der urteilsfähigen Bevölkerung fast jede Bedeutung.

Die Parteilichkeit, mit welcher unter der Herrschaft unfres demokratischen Reichstags-Wahlsystems von der Linken die Wahlkämpfe geführt werden, hat jetzt schon zur Folge, daß sich vornehm geistige Männer nur schwer entschließen, in unstrittigen Bezirken eine Kandidatur anzunehmen, sie hat aber auch bereits auf die Wählerchaft, die auf einem höheren als dem demokratischen Niveau sich befindet, anwidern gewirkt und einen großen Teil der Bevölkerung veranlaßt, sich nicht nur von den Wahlkämpfen, sondern selbst von der Wahlurne fernzuhalten.

Dadurch verkleinert sich das Niveau des Reichstags ganz von selbst. Wenn nun aber noch das einzige nichtdemokratische im Reichstags-Wahlrecht, die Diktatorlosigkeit, beseitigt würde, so wäre eine weitere Verwässerung der Wahlkämpfe, eine erhöhte Abwesenheit der besseren Bevölkerungsteile von den Wahlen und ein tieferes Sinken des Reichstags-Niveaus unausbleiblich; denn alsdann würde für viele Kandidaten die Erlangung des Reichstags-Mandats zu einer materiellen Frage werden.

Die konservativen Diktatorangst ist nur ein Ausdruck des konservativen Hasses gegen das Parlament des allgemeinen gleichen Wahlrechts. Der Konservative bewilligt nichts lieber als Pläthen, wenn er selbst sie einstreicht. Der Konservative betrachtet seine parlamentarische Thätigkeit ausschließlich als Mittel zur Festigung der Herrschaft seiner Klasse und zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen Vorteile auf Kosten des Gemeinwohls; er nennt das Vertretung der urteilsfähigen Bevölkerung durch „vornehm geistige Männer“.

Wehe aber, wenn die Wähler sich erheben, vermöge eines zwar nicht gerechten, aber doch allen Staatsbürgern die Möglichkeit ihrer Interessenvertretung gebenden Wahlsystems nicht konservativen Volksfeinde, sondern Männer anderer Parteien in das Parlament zu wählen. Wehe, wenn diese nicht konservativen Parteien, wenn insbesondere die Abgeordneten einer demokratischen Partei die Rechte und die Wohlfahrt des unteren Volks fördern und die konservativen Mißbräuche bekämpfen, — sofort sinkt das Niveau dieses Parlaments um Absterben; sofort wird nur noch mit „Legenden und Unterstellungen“ gearbeitet, sofort wird da ein „Possenspiel“ aufgeführt, sofort wird das Reichstagsmandat „zu einer materiellen Frage“.

Es ist herzerquickend, das Organ der konservativen Partei von „niedrigem Niveau“ und „vornehmer Bestimmung“ reden zu hören.

Kaiser Wilhelm und General Bonnal.

Der vom Kaiser zu den Übungen des Gardecorps gesandene französische General Bonnal ist am Mittwoch bei der Parade auf dem Tempelhofer Felde vom Kaiser angesprochen worden. General Bonnal nahm auch am zweiten Pfingstfesttag an dem Schrippenfest in Potsdam teil und wurde darauf zur kaiserlichen Tafel ausgezogen. Gegenüber dem Vertreter des „Aigle“ räumte Bonnal den vorzüglichen Empfang, den er und sein Adjutant seitens des Kaisers Wilhelm und der deutschen Offiziere empfangen haben. Der Kaiser sagte ihm:

„Ich freue mich um so mehr, Sie unter uns zu sehen und Ihre Belanntschaft zu machen, als unsre beiden Heere gegenwärtig verbündet sind und Seite an Seite für die Gessittung gegen die Barbarei kämpfen.“

Ueber das deutsche Heer sagt General Bonnal: „Es sind sicherlich schöne Truppen, aber die unsrigen sind gleichfalls prächtig. Beide Heere haben ihre Vorzüge und Fehler. Nicht Parade-märsch ist es, womit man Aufferlich gewinnt. Ich schätze, daß Deutsche und Franzosen in jeder Hinsicht würdig sind, sich miteinander zu messen, und daß sie in militärischer Hinsicht viel Nützliches von einander lernen können.“

Der neue Minister des Innern, Herr v. Hammerstein hat den freudigen Verkauf liberaler Blätter gefunden. Ein Wahlvorsteher im Wahlkreis Grimmen-Griffswald hatte bei der Hauptwahl Wahlberechtigten den Ansehnlichkeit im Wahllokal unterzogen, worauf telegraphische Beschwerde bei dem Minister des Innern und dem Ministerpräsidenten seitens des liberalen Wahlbureaus in Grimmen geführt wurde. Laut amtlicher Bekanntmachung ist für die Stichwahl ein anderer Wahlvorsteher bestellt worden.

Die Angelegenheit ist zu gering, um aus ihr Schlüsse zu ziehen, ob die Verwaltungsgrundzüge des neuen Ministers des Innern weniger mit konservativen Wünschen übereinstimmen als die seines Amtsvorgängers.

Der Drotwucher. Die badische Regierung soll, so wird in der Presse mitgeteilt, eine Getreidezoll-Erhöhung um 50 Pf. beabsichtigen.

Wenn solche Kornzoll-Erhöhung auch den Osebern nicht genügen würde, so ist sie doch schlimm genug.

Die Agrarier trauen ihrem Wilow nicht recht. In verfeilter Form behauptet die „Deutsche Tageszeitung“ dem Reichstagskanzler auch heute wieder ihr Mißtrauen. Sie erzählt in vielen Zuschriften, die ihr zugehen, komme die Verurteilung „zum Teil recht“ und b drahtlich zum Ausdruck, daß Graf Wilow die zum 4. Juni einberufene Ministerkonferenz benutzen wolle, um „seinen be-

vorstehenden Rückzug zu verdecken und zu entschuldigen“, nämlich den Rückzug von den Versprechungen, die er den Agrariern im Abgeordnetenhause gegeben hat.

Zufällig wird Graf Wilow nicht verlesen, sein Versprechen eines gesteigerten Zollschutzes einhalten zu wollen. Er bedarf nicht des Schutzes einer Konferenz von Ministern auch fast agrarisch gesinnter Bundesregierungen. Das Mißtrauen der „D. T.“ ist kaum mehr als ein taktisches Manöver; man stellt lächerliche Forderungen, um das zu erreichen, was zu erreichen man selbst als genügende Ermangelung einschätzt.

Lojalitäts-Krämpfe. Je schlechter das Gewissen der Konservativen ist, um so dringlicher wird ihr monarchistisches Verhalten. Die „Augsburger Zeitung“ bringt es heute fertig, selbst die Kritik der Ordensverleihung an Lord Roberts, die doch in ihren Kreisen besonders tief verstimmt hat, abzuschweifen. Sie wendet sich gegen eine erneute Besprechung der Angelegenheit im Reichstag, weil erstens die Frage vor den preussischen Landtag gehöre, weil andererseits die Verleihung von Orden und Ehrenzeichen eines der höchstpersönlichen Rechte des Monarchen sei, dessen Ausübung, wenn sie auch, rein formal genommen, unter der Gegenzeichnung und Verantwortlichkeit eines Ministers erfolgt, seiner Natur nach ebenso wie das Recht der Begnadigung sich regelmäßig der parlamentarischen Erweiterung entzieht.

Die „Augsburger Zeitung“ ist heute mit derselben Wacht „monarchisch“, wie ihr einflussiger Chefredacteur als Colporteur der Flora Wach bühnend predigend für die christliche Ehe und germanische Angewandtheit eiferte.

Das erfordert das Geschäft und die „Konjunkturen“.

Der Centralverband für kaufmännisches und gewerbliches Unterrichtswesen hat in Magdeburg eine zweitägige Sitzung abgehalten. Der Verbandstag war aus allen Teilen des Reichs und Ostpreußens durch Regierungsstellen und etwa 400 Abgeordnete besetzt. Unter andern wurde der Antrag des Stadtrats Sombart-Magdeburg einstimmig angenommen, den Reichstagskanzler zu ersuchen, dafür zu wirken, daß in Deutschland ein Reichsamts für das gesamte Bildungswesen geschaffen werde, welches als Sammel- und Informationsstelle für alle Entscheidungen auf dem Gebiete des Bildungswesens in der ganzen civilisierten Welt ähnlich dem „Bureau of Education“ in Washington dienen soll.

Ein Parteitag der deutschsocialen Partei, des Liebermannschen Flügel der Antisemiten, hat am Pfingstmontag in Braunschweig stattgefunden. Abgeordneter Raab reumutierte in seinem Jahresbericht, die Trennung von der Reformpartei habe auf die Entwicklung des Antisemitismus vorteilhaft gewirkt. Aus Baden sagte Robert-Wamheim über unianteren Wettbewerb durch Schwarzl. Kögl. Liebermann v. Sonnenberg bestätigte die schon früher mitgeteilte Nachricht, daß Schwarzl mit Augen für ein Vergewalt in Böhmen bei Parteigenossen haussieren geht. Schwarzl habe erzielt, daß einzelne sich bis zu 16000 Mark beteiligt hätten. Als wenn Schwarzl ein Jude wäre, hielt es Liebermann v. Sonnenberg für notwendig, daß durch sachverständige Parteimitglieder Ermittlungen über den Wert und Umwert der Karte an Ort und Stelle angeestellt und falls sich unlautere Manipulationen ergeben, von seiten der Partei darauf hingewiesen würde, damit letztere nicht in den Verdacht gerate, dabei beteiligt zu sein.

Aus Ostpreußen. Im Kampfe gegen die Socialdemokratie, der in Ostpreußen von Amtswegen geführt wird, gelangen die eigenartigen Mittel zur Anwendung. Einen ganz ungläublichen Uebergriff erlaubte sich kürzlich ein Gemeindevorsteher. Ein Händler war kürzlich von dem Dorfe Garwalde nach Redenan im Landkreis Königsberg gezogen. An den Hausbesitzer, der dem Händler eine Wohnung demietet hatte, schrieb der Gemeindevorsteher folgenden Brief:

Redenan, den 24. April 1901.

Der Sattlermeister und Eigentümer Gustav Rehberg wird hiermit aufgefordert, den Einwohner Handelsmann Heinrich Petrus aus seiner zu Dorf Redenan gehörigen Wohnung zu entfernen, da derselbe ein gefährliches Individuum ist und die Gemeindevertretung denselben deshalb hier in Dorf Redenan nicht duldet. Die Gemeindevertretung erhebt gegen die Einwohnerchaft des Petrus Protest und lehnt alle weiteren Eventualitäten, welche durch Petrus dem Dorfe Redenan entstehen könnten, ab und Sie werden dafür verantwortlich gemacht, alles allein zu tragen. Der Gemeindevorsteher
Brawitt.

Der noch nicht 30jährige Mann, den der Redenaner Gemeindevorsteher wohnungslos machen will, ist seiner Heimatgemeinde nie zur Last gefallen, sondern ist kräftig und schenkt vor seiner Arbeit zurück. Da er auch kein Verbrecher ist, der lange Strafen hinter sich hat, liegt für die Redenaner Gemeindevertretung nicht der geringste Grund vor, seine Anwesenheit im Dorfe zu scharfen. Wenn Petrus trotzdem vertreiben werden soll, so kann es nur deshalb geschehen, weil er sich seit längerer Zeit offen als Socialdemokrat bekannt und fortgesetzt versucht, neue Anhänger für unsre Partei zu gewinnen. Dem Gemeindevorsteher wird wohl nun von seiner vorgesetzten Behörde klargemacht werden, daß man eine solche staatsverräterische Thätigkeit nicht so unvorsichtig betreiben darf.

Ausland.

Die Corteswahlen in Spanien.

Eine genaue Feststellung der bei den letzten spanischen Wahlen für die verschiedenen Parteien abgegebenen Stimmen fehlt noch, und selbst über die Anzahl der Deputierten, welche den einzelnen Gruppen zugefallen sind, bestehen Meinungsverschiedenheiten; denn einzelne Kandidaten, die eine vermittelnde Stellung einnehmen, werden bald dieser, bald jener Partei zugezählt. Sicher ist nur, daß das sogenannte „liberale“ Cabinet eine starke Mehrheit hinter sich hat. Ungefähr drei Fünftel der Mandate (ca. 240 Abgeordnete) gelten als im engeren Sinne „ministeriell“; die Opposition, die zudem in eine Reihe sich aufs Gegenseitige befehdender, keiner Fraktionen: Elvelasche Konservativen, Romeristen, Euzanisten, Gamaizisten, Separatisten, Republikaner, Karlisten usw. gespalten ist, hat nur zwei Fünftel der Parlamentssitze erlangt.

Von den socialistischen Kandidaten ist keiner gewählt. Die zuerst durch das Wolffsche Bureau übermittelte Nachricht, ein Socialist würde in die Cortes eingehen, hat sich als falsch herausgestellt. Anfangs schien es, als dürfte diesmal die Arbeiterpartei ziemlich sicher auf einen Sieg in Madrid und Bilbao rechnen, aber schon in den letzten Tagen vor den Wahlen, als die offizielle Wahlmaschine mit aller Macht einsetzte, gewann die bisher glücklose Lage ein andres Aussehen. So weit sich nach den bekannt gewordenen Resultaten beurteilen läßt, wird zwar die socialistische Arbeiterpartei einen bedeutenden Stimmenzuwachs zu verzeichnen haben; aber dieser Zuwachs stammt größtenteils aus Wahlkreisen, in denen bisher überhaupt kein socialistischer Kandidat aufgestellt, oder zum mindesten bei den früheren Wahlen nur eine schwache Wahlpartei getrieben worden ist. In den alten Centren der Bewegung hat dagegen, trotzdem dort mit Energie gearbeitet worden ist und eine Reihe großer Versammlungen stattgefunden haben, die Zahl der socialistischen Stimmen nur wenig zugenommen. In den beiden Arbeitervierteln Madrids hat z. B. der Genosse Jalefas nur 4327 und der Genosse Vera nur 2453 Stimmen erlangt, wenig mehr als bei den vorherigen Wahlen, und in Bilbao, wo schon 1898 Jalefas 3048 Stimmen erhielt, sind auch diesmal nur ca. 3000 Stimmen — die genaue amtliche Feststellung liegt noch nicht vor — für ihn abgegeben, während es sein Gegner Zubiria, auf den sich sämtliche bürgerliche Parteien geeinigt hatten, beinahe auf 5000 Stimmen brachte.

Die Mittel, mit denen dieser Sieg der Liberalen erreicht worden ist, sind allerdings die verwerflichsten. Die offizielle Wahlmaschine hat mit einem Hochdruck gearbeitet, wie ihn selbst das frühere Elvelasche Ministerium kaum angewendet hat. Nicht nur, daß

die Beamtenhaft fast überall Agitationsmannschaften für die Regierung stellte und daß in manchen Kreisen die Wahllisten schamlos gefälscht, in anderen einfach die Listen der vorvorigen Wahl für die letzte wieder benutzt worden sind, auch an willkürlichen, ungesetzlichen Maßregeln, wie Verhaftung der gegnerischen Agitationsleiter, Besetzung der Wahllokale durch Polizeisoldaten, Ausweisung der Wahlkontrolleure aus den Wahllokalen und selbst, an öffentlichen Stimmenkauf hat es nicht gefehlt. Von der Zusage der Regierung, daß sie sich aller ungesetzlichen Einwirkungen auf die Wahl enthalten werde, hat sich nichts bewahrheitet; dieselben Wahlpraktiken, die früher sich so oft als nützlich zur Erreichung einer Regierungsmajorität erwiesen hatten, wurden auch diesmal wieder mit größter Brutalität angewandt. Wie es heißt, sollen darüber selbst einige Mitglieder des Ministeriums empört sein, speziell Herr Moret. Doch darf man diesen Meldungen nicht zu viel Bedeutung beimessen; wie Sagasta selbst hat noch mehrere andere Minister seines Kabinetts raffinierte politische Schauspieler, die sich in der Pose des liberalen Wiedermanns geflossen. Ihre Haltung jetzt nach den Wahlen soll nur den Anschein erwecken, als hätten die von den Verwaltungsbeamten geübten Praktiken nicht ihre Billigung, als hätten jene auf eigene Hand im Gegensatz zu dem Willen der Regierung ihre Gewalt gemißbraucht.

Eine gewisse Entschuldigung findet das Verhalten der Regierung nur in der politischen Lage des spanischen Volks, der Arbeiter wie der bürgerlichen Schichten. Schon der geringe Widerstand gegen die Willkür der Beamtenhaft, die Ausbeutung des Stimmenkaufs zeugen von politischer Minderjährigkeit, aber noch weit mehr spricht für diese die geringe Wahlbeteiligung. Obgleich es sich bei den Wahlen am 19. ds. um eine Reihe der wichtigsten politischen Fragen handelte, sind doch selbst in den Städten, die als Stätten der Bildung gelten, kaum mehr als 20 Prozent der in die Wahllisten eingezeichneten Wähler zur Wahlurne gekommen, in Madrid gar nur 16 Prozent, und noch weit schlimmer ist es in manchen ländlichen Kreisen aus. Es ist nur die geistige Lüge aller Stände, die zur Wahl geht; die große Masse der Arbeiter wie des bürgerlichen und bäuerlichen Mittelstands hat nur Sinn für Schaustellungen, kirchliche Aufzüge und Moteria. Kein Wunder, wenn man bedenkt, daß seit Jahrhunderten der Merkantilismus eine fast unbeschränkte Herrschaft über das Geistesleben ausgeübt hat, daß in Spanien auf 120 Einwohner immer ein Angehöriger des geistlichen Standes kommt und daß im spanischen Staatshaushalt die Ausgaben für den Klerus das Dreifache der Ausgaben für das gesamte Unterrichts- (Schulen aller Art, Universitäten, öffentliche Bibliotheken, Museen, Archive etc.) betragen.

Belgien.

Der Generalrat der Arbeiterpartei beauftragte die sozialistischen Deputierten, gegen die Vorlage betreffend den Abschluß eines neuen Vertrags mit dem Kongostaat und gegen jede Vorlage zu stimmen, die die Annexion des Kongostaats bezweckt.

Frankreich.

Zur marokkanischen Frage. Den Blättern zufolge hat der Minister des Auswärtigen, Delcassé, der gestern nach Paris zurückgekehrt ist, seine Zustimmung zum Entschluß der außerordentlichen marokkanischen Gesandtschaft von der vollständigen Erfüllung des letzten französischen Ultimatus abhängig gemacht.

Amerika.

Zum panamerikanischen Kongreß. Den „Times“ wird aus Buenos Aires gemeldet: Bisher ist der Hiesige wie auch der brasilianische Regierung und der von Uruguay keine amtliche Mitteilung der Vereinigten Staaten betreffend eine Abänderung des vereinbarten Programms für den panamerikanischen Kongreß in Mexiko zugegangen. Sollten die Vereinigten Staaten, wie es Ehle wünscht, auf einer Beschränkung der Beratungen bestehen und die freie Erörterung der Schiedsgerichtsfrage ausschalten, so gilt als sicher, daß Brasilien, Uruguay, Bolivien, Paraguay, Peru und Argentinien dem Kongreß fernbleiben.

Havana, 29. Mai. Der Konvent zur Beratung der kubanischen Verfassung nahm mit 15 gegen 14 Stimmen den von der Mehrheit des auswärtigen Ausschusses festgestellten Bericht an; derselbe bekräftigt den vom Kongreß in Washington angenommenen Plattschen Antrag, welcher die Aufrechterhaltung der amerikanischen Kontrolle in Kuba empfiehlt.

Der Boeren-Krieg.

Weitere Boerenfolge

aus dem Kapgebiet melden folgende Telegramme:

London, 29. Mai. Wie aus Kronstadt berichtet wird, überraschten die Boeren, unter Befehl Krüpingers, den englischen Posten und durchbrachen den Gorden des englischen Generals Wood.

„Daily Mail“ meldet aus Cradrod: Kommandant Krüpinger hatte bei Maraisberg ein Gefecht mit den Engländern. Die Boeren warfen die Engländer zurück und machten 41 Gefangene. Auch im östlichen Teile Transvaals sind die Boeren dem von den Engländern organisierten Resselreiben entschlüpft.

Milner Freiherr von London und Kapstadt.

Das Amtsblatt veröffentlicht die Verleihung des Titels eines Freiherrn von London und Kapstadt an Sir Alfred Milner.

Der dritte französische Parteitag.

(Schluß aus der 1. Beilage.)

Lyon, 27. Mai 1901.

Zweiter Verhandlungstag.

Nachmittags 3 Uhr. Vorsitzender: Hlemane.

Ein peinlicher und zeitraubender Zwischenfall entsteht anlässlich der Wahl eines Beisitzers an Stelle von Legitim, der in der Kommission beschäftigt ist. Lagardelles Kandidatur wird bei der Gegenprobe von der Mehrheit verworfen. Das ist eine Folge der gestrigen Polemik zwischen Lagardelle und Jaurès. Die Zuschauer der linken Tribüne greifen in den Kärm ein. Vorsitzender ermahnt die Zuschauer zur Ruhe, sonst werde er gezwungen sein, die Tribünen räumen zu lassen. (Proteste links und auf den linken Tribünen, Beifall rechts.) — Zum Beisitzer wird schließlich Baudot von der Arbeiter-Glasshütte zu Albi gewählt.

Landrin verlangt namens der Linken, die Sitzung möge unterbrochen werden, bis die Kommission über die Resolution Delaporte den Bericht erstattet hat. Diese Frage müsse vor allem gelöst werden, damit man wisse, von welchem Geist die Mehrheit befeuert sei. Bis dahin sei jede Diskussion möglich. Jaurès sei überhaupt noch keine Kommission mit ihren Arbeiten fertig.

Zwei Redner der Rechten bekämpfen den Antrag der Linken. Wagner, Genossenschafts-Delegierter, und ein weiterer Redner der Rechten unterstützen denselben.

Abg. Viviani, Millerands Freund, sei bereit, Landrins Antrag zuzustimmen — unter der Bedingung, daß die Kommission nach 1—1/2 Stunden fertig wäre. Aber das sei unmöglich. Daher beantrage er, sofort über die Haltung der Kommission zu beraten. Man werde dann sehen, von welcher Seite Vertrauensformeln für das Ministerium beantragt werden seien, von den Ministerialen oder den Antiministerialen. Man werde auch erfahren, daß ein revolutionärer Abgeordneter (gemeint ist

Kulard) in London den Redner um ein Haar überfahren hätte, als jener in Begleitung des Admirals während einer patriotischen Ceremonie durch die Straßen dahinsaufte. (Demonstrativer Beifall rechts.)

Kulard wundert sich, daß Vordredner seine an die Sachlichkeit appellierende Rede mit einem persönlichen Ausfall beendet habe. (Wohlfühler Beifall links, Rufe: „Nieder mit dem Militarismus!“ rechts.) Was habe die Beteiligung eines sozialistischen Deputierten an einer lokalen Ceremonie mit der Beteiligung eines Sozialisten an der Regierung gemein? Habe denn Viviani ähnliche Ceremonien nicht beigegeben? (Viviani: „Nein!“) Redner endet unter steigender Umrufe und Gelächter rechts mit den Worten, er habe in Uebereinstimmung mit der Lullouner Bevölkerung gehandelt.

Viviani besteigt die Tribüne. (Proteste links, Beifall rechts. Rufe links: „Nach Cha—lon! Nach Cha—lon!“ Rufe rechts: „Der Pe—tit Sou! Der Pe—tit Sou!“) [Die vom Millionär Edwards gegründete antimilitärische sozialistische Zeitung]. Viviani kann nicht sprechen. Der Tumult dauert etwa 20 Minuten. Im Saale entstehen heftige Zwischenfälle. Viviani verläßt schließlich die Tribüne.

Landrin verteidigt nochmals seinen Antrag auf Unterbrechung der Sitzung. Eine weitere Anzahl Redner sprechen für und wider unter allgemeinem Gespöch.

Wagner, Pas de Calais, Vergarbelter-Delegierter, der zuerst an einem solchen Kongreß teilnehme, entkräftet sich über den Gang der Verhandlungen und wirft der Linken Obstruktion vor. (Demonstrativer Beifall rechts, Proteste links.)

Der Vorsitzende stellt Landrins Antrag nicht zur Abstimmung, obwohl dieser zuerst eingebracht war und läßt hingegen über einen späteren Antrag abstimmen, der dahin geht, sofort mit der Beratung der Frage der Einreichung von Gewerkschaften und Genossenschaften in die Partei zu beginnen. Die Mehrheit nimmt den Antrag an.

Die Linke läßt erklären, die Sitzung verlassen zu wollen, bis die Kommission mit dem Bericht über Delaportes Resolution fertig geworden. Hierauf verläßt die Linke den Saal. Die Rechte bleibt ruhig.

Die Sitzung dauert fort. Die allein gebliebene Mehrheit tritt in die Beratung der Gewerkschafts- und Genossenschaftsfrage ein.

Vom Dienstag wird der „Frankfurter Hg.“ noch telegraphiert: Nach Abzug der Blanquisten verblieben auf dem Kongreß noch über 300 Delegierte mit 850 Mandaten. Jaurès und Viviani kritisierten das Verhalten der Blanquisten, die ihre Sonderinteressen trotz weitestem Entgegenkommen der Gemäßigten über die Wünsche der Gesamtpartei stellten. Schließlich wurde eine Resolution Briand, die Millerand außer Parteikontrolle stellt, mit 904 gegen 42 Stimmen angenommen. In der Nachtigung, die abends 9 Uhr begann, kam der Kongreß zur Diskussion der Einigungsorganisation.

Unserm gestrigen Telegramm sei hinzugefügt, daß die „Herold“-Meldung falsch und die des Wolffschen Bureau zutreffend war: Die Resolution Delaporte (Ausschließung Millerands) wurde abgelehnt.

Die Ermordung des Rittmeisters v. Krosigk vor dem Kriegsgericht.

(Telegramm.)

(Erster Verhandlungstag.)

Guminnen, 29. Mai.

Mit Rücksicht auf den beschränkten Raum sind heute früh nur dreißig Eintrittskarten ausgegeben worden und diese wurden vorwiegend von höheren Offizieren der Garnison in Anspruch genommen.

Die Verhandlungen finden in den Mannschafts-Speisekammer der Dragonerleibn. in unmittelbarer Nähe des Verhandlungssaales statt; in unmittelbarer Nähe der Verhandlungssaales liegt auf demselben Kasernengrundstück die Reitbahn, die Morzhütte.

Die Zahl der zu vernehmenden Zeugen beträgt 96. Vorwiegend sind es Offiziere und Soldaten. Unter den Zeugen befindet sich auch Kriminalkommissar v. Wächmann vom Berliner Polizeipräsidium, der die drei Angeklagten als die Schuldigen ermittelt hat. Die Anklage lautet gegen den Unteroffizier Marten und Sergeant Hidel auf Mord bzw. Beihilfe. Auch auf die Beihilfe zum Mord legt das Strafgesetzbuch die Todesstrafe fest. Für die Schuldfrage kommt außerdem noch in Betracht der § 97 des Militär-Strafgesetzbuches (Ermordung eines Vorgesetzten).

Der Angeklagte Franz Marten ist 1878 in Coerlin geboren, Gustav Hidel 1870 in Schwabmühl, Julius Demming, der der Verhängung angeklagt ist, 1877 in Angerburg.

Gegen zehn Uhr erschienen vor dem Kasernenportal in verhängten Droschken die Angeklagten Unteroffizier Marten und Sergeant Hidel aus dem Arrestlokal. Marten fand die Hände vorne gefesselt. Er wird zwischen zwei Wachtmeistern in den Sitzungssaal geführt. Marten trägt seine Uniform mit Würde, aber kein Seitengewehr; er ist eine jugendliche Erscheinung. Sein bleiches Gesicht umrahmt ein kurzer schwarzer Bart und er blickt kuster und verärgert. Kurze Zeit darauf wird der zweite Angeklagte, Sergeant Hidel, der Schwager des Marten, herbeigeführt und auf der entgegengesetzten Seite des Sitzungssaals platziert. Sein Auftreten erscheint sicherer als das seines Schwagers. Der wegen Verhängung angeklagte Unteroffizier Demming befindet sich auf freiem Fuße. Der Andrang Zuschauer ist um diese Zeit sowohl vor dem Arresthause wie vor dem Kaserneneingang ganz gewaltig.

Vor Beginn der Verhandlung erscheint die Witwe des ermordeten Rittmeisters v. Krosigk und nimmt an bevorzugter Stelle Platz.

Rechtsanwalt Horn-Justerburg verteidigt den Angeklagten Hidel, Rechtsanwalt Burckard-Justerburg die Angeklagten Marten und Demming. Die Anklage vertritt Kriegsgerichtsrat Lüdike-Justerburg.

Vor Eintritt in die Verhandlungen wird der Angeklagte Marten seiner Fesseln entledigt. Kriegsgerichtsrat Schulz nimmt den Offizieren des Gerichtshofs den Eid ab. Die Gattin des Ermordeten, die als Zeugin geladen ist, wird alsbald bis morgen entlassen.

Alle drei Angeklagten erklären sich für nichtschuldig.

Marten giebt dabei keine Auslagen mit großer Bestimmtheit ab. Er erklärt, daß er dreimal mit kleinen Disziplinarstrafen bestraft worden ist. — Präsident: Sind die Strafen von Rittmeister v. Krosigk verhängt worden? — Angeklagter: Jawohl. Seit dem August 1899 bin ich aber unbestraft. — Der Angeklagte Hidel war vor dem Dienstantritt, der in das Jahr 1891 fällt, Kaufmann. Er ist verschiedentlich von Rittmeister v. Krosigk mit kleinen Strafen belegt worden. Die Führungsauffe sämtlicher Angeklagten sind gut.

Der Vertreter der Anklage, Kriegsgerichtsrat Lüdike, stellt fest, daß Marten während der Untersuchungshaft zweimal bestraft wurde.

Der Anklagebeschluss

geht dahin, daß Marten und Hidel gemeinschaftlich die Ermordung ihres Vorgesetzten verabredet und ausgeführt haben, und zwar in der Weise, daß Marten den tödlichen Schuß aus dem noch rauhend in dem dunklen Gange hinter der Reitbahn aufgefundenen Karabiner abgab, während Hidel dabei den Auspuffer spielte. Demming ist wegen falschen Zeugnisses angeklagt, das er mit der ganz bestimmten Absicht abgegeben hat, um den bezw. die Täter der gerechten Strafe zu entziehen. Kriegsgerichtsrat Lüdike: Ich beantrage für diejenigen Teile der Verhandlung, in denen die Charaktereigenschaften des Rittmeisters v. Krosigk und das Verhalten desselben seinen Untergebenen gegenüber zur Sprache gebracht werden, den

Ausschluss der Öffentlichkeit.

Es kommen dabei An gelegenheiten zur Sprache, durch die die militärische Disziplin, das militärische Interesse und das militärische Ansehen schwer gefährdet werden könnten. Ich verweise bei der Begründung dieses Antrags auf die entsprechende kaiserliche Verordnung zu § 289 des Militärstrafprozesses.

Der Vorsitzende schließt hierauf beifolgt weiterer Begründung dieses Antrags vorläufig die Öffentlichkeit aus.

Nach 15 Minuten Pause wird die Öffentlichkeit wieder hergestellt und Kriegsgerichtsrat Schulz erklärt: Der Gerichtshof hat beschlossen:

Öffentlich zu verhandeln.

Sobald Dinge vorkommen, die der Vertreter der Staatsanwaltschaft erwähnte, soll die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden.

Die Vernehmung der Angeklagten.

Präsident: Angeklagter Marten, es wird Ihnen ein furchtbar schweres Verbrechen zur Last gelegt. Bekennen Sie sich schuldig?

Angeklagter Unteroffizier Marten: Ich stand mit meinem Rittmeister so, daß ich durchaus keine Verantwortung hatte, mich mit dem Blute desselben zu beflecken und mein Gewissen in so schwerer Weise zu belasten.

Präsident: Sie bestreiten also, das Verbrechen begangen zu haben?

Angeklagter Marten: Ganz entschieden.

Marten erzählt, was er am Nachmittage des 21. Januar, an dem der Mord passierte, getan habe. Er glaubte, daß er an dem Nachmittage von 4 Uhr ab dienstfrei sei. Deshalb legten mehrere Unteroffiziere und Sergeanten Geld zusammen und ließen Schnaps holen. Das Schnapsrinken habe bis 10 bis 12 Minuten nach 4 Uhr gedauert.

Präsident: Wussten Sie denn nicht in die Reitbahn?

Der Angeklagte Marten erzählt hierauf weiter, wo er an jenem Nachmittage gewesen sei. Bis zur Stunde 6 1/2, wo der Karabiner stand, mit dem Rittmeister v. Krosigk erschossen worden ist, sei er nicht gekommen. Als er gegen 3 1/2 Uhr in die Regimentskammer gegangen sei, habe sich Rittmeister v. Krosigk schon in der Reitbahn befunden. In der Wohnung der Eltern sei er nur kurze Zeit gewesen und dann wieder in die Regimentskammer zurückgegangen. Auf dem zweiten Korridor habe er den Gefreiten Schubrig getroffen. Dieser habe ihm gesagt: „Krosigk ist erschossen worden.“ Ich sagte zu Schubrig: Du bist wohl verrückt. Das kann doch garnicht möglich sein! Ich bin alsdann nach dem Stall gegangen, da es bald 5 Uhr war, zu welcher Zeit der Puddienst begann. Bald darauf bin ich zur Reitbahn gegangen. Dort fragte mich der Vize-Wachmeister Schulz, ob ich wisse, was vorgefallen sei. Ich verneinte.

Präsident: Weshalb verneinten Sie denn? Sie wussten doch schon, was vorgefallen war?

Angeklagter Marten: Ich konnte es nicht glauben. Ich hatte auch nicht genau verstanden, ob Schubrig gesagt hatte, „erschossen“ oder „erlösen.“

Präsi.: Jedenfalls wussten Sie doch schon, was passiert war?

Angekl. Marten: Ich befürchtete aber, verdächtigt zu werden.

Präsi.: Damals befürchteten Sie schon, verdächtigt zu werden?

Angekl. Marten: Jawohl.

Präsi.: Das ist doch sehr sonderbar. Nun wurden Sie zum drittenmale gefragt, ob Sie schon wussten, daß Rittmeister von Krosigk erschossen wurde sei. Was haben Sie darauf geantwortet?

Angekl. Marten: Ich verneinte ebenfalls.

Präsident: Das ist doch aber ganz sonderbar. Sie hatten es doch von zwei Seiten bereits erfahren?

Angekl. Marten: Ich konnte es aber nicht glauben.

Präsident: Nun wurde befohlen: Die Unteroffiziere, die im Dienst und diejenigen, die dienstfrei waren, besonders anzutreten. Sie sind aber bei den diensttunenden Unteroffizieren angetreten?

Angekl. Marten: Ja, nur bis 5 Uhr dienstfrei.

Der Staatsanwalt hält dem Angeklagten hierauf vor, daß er früher betreffs seines Verweilens in der elterlichen Wohnung andre Angaben gemacht habe.

Angekl. Marten: Am 21. Januar war ich etwas betrunken. Heute weiß ich das besser. Ich bin bis zwei Minuten vor 4 1/2 Uhr in der elterlichen Wohnung gewesen. Ich habe genau auf die Uhr gesehen als ich wegging.

Staatsanwalt: Weshalb haben Sie diese wichtige Angabe denn bisher nicht gemacht?

Angekl. Marten: Ich habe es doch gesagt.

Präsi.: Es ist aber nicht protokolliert.

Der Staatsanwalt befragt den Militärgerichtsschreiber Hoffmann als Zeugen zu vernehmen.

Angekl. Marten: Es ist auch möglich, daß ich das nicht gesagt habe. Heute erinnere ich mich aber genau.

Staatsanwalt: Heute sagt der Angeklagte: „Heute weiß ich nicht mehr, ob Wachmeister Schulz gesagt hat „erschossen“ oder „erlösen.“ Früher hat er das ganz genau gewußt.“

Angekl. Marten: Das kann ich heute nicht mehr genau wissen.

Während der nun folgenden Vernehmung wird die Öffentlichkeit ausgeschlossen.

Nach einer halben Stunde wird die Öffentlichkeit wieder hergestellt.

Angekl. Marten: Ich habe, als ich im Gefängnis saß, den Feldwebel Tollkühn hinter den Ofen gelockt und ihn dann schnell eingeschlossen. Dann bin ich entwichen.

Präsident: Weshalb thaten Sie das?

Angeklagter: Um in Freiheit zu kommen.

Präsident: Was thaten Sie nun.

Angekl. Marten: Ich besuchte Verwandte und hat, man möge mir Zivilkleider geben, um ins Ausland entkommen zu können. Da ich keine Zivilkleider bekam, bin ich freiwillig zurückgeführt.

Präsi.: Weshalb sind Sie so lange fortgeblieben? Sie konnten sich doch bei jedem Amtsvorsteher melden. Sie wären dann allerdings eingesperrt worden, wären aber trotzdem freiwillig zurückgeführt.

Angekl. Marten: Ich wollte nicht in Uniform arretiert werden. Marten bleibt im weiteren Verhör dabei, daß er freiwillig zurückgeführt sei. Hierauf wird

ein Brief

verlesen, den Marten in der Zelle geschrieben hat und der ungefähre lautet: „Ich muß für einen Ekelogen, der die Wahrheit nicht sagen will, unschuldig sitzen. Ich will fliehen, um dem Wahnsinn zu entgehen. Gott der Allmächtige weiß es, daß ich unschuldig bin. Ich kann einen heiligen Schwur leisten, daß meine Hände von Schuld rein sind. Wenn man mein Herz aus der Brust rissen, würde man leben, daß kein Edelstein so rein ist. Mein Gott! Mein Gott! Warum hast Du mich verlassen? In der Blüte meiner Jahresjahre hat man mich von meinen Lieben weggerissen, weil der Schuldige nicht gesehen will. Herr, nimm mich in Deinen Schutz. Unteroffizier Franz Marten.“

Präsi.: Diesen Brief haben Sie auf der Flucht verloren?

Angekl. Marten: Ja.

Abdamm tritt eine Pause bis 10 Minuten vor 8 Uhr ein.

Während der Pause werden die drei Angeklagten rasiert und geschoren. Ihr Aussehen wird dadurch nicht unwesentlich verändert. Es beginnt

die Vernehmung des Angeklagten Hidel.

Präsi.: Bekennen Sie sich schuldig? — Angekl. Hidel: Nein.

Hidel: Wissen Sie, auch nicht, wer die That begangen hat? — Hidel: Nein, wenn ich's wüßte, so würde ich's sagen. — Präsi.: Früher haben Sie einen Verdacht gegen einen andern Kameraden geäußert. — Angekl.: Jawohl, gegen den Unteroffizier Briegat auf Grund der Angaben eines Soldaten. — Präsi.: Haben Sie nicht auch die Vermutung geäußert, daß Zivilpersonen an der That beteiligt seien? — Angekl.: Ich habe diese Vermutung deshalb geäußert, weil Briegat aus der Stadt ist und öfter Zivilisten mit in die

*) Es sei übrigens bei dieser Gelegenheit berichtigend bemerkt, daß Lagardelle die Genauigkeit der Jaurès'schen Uebersetzung seines Chicago-Artikels nicht bezweifelt hat. Es liegt ein Mißverständnis vor.

Kaserne brachte. — Präf.: Wie standen Sie sich denn mit Ihrem Schwager Martin? — Angekl.: Ich war mit Martin immer böse. — Präf.: Immer? — Angekl.: Jawohl. — Präf.: Deshalb denn? — Angekl.: Weil er dagegen gewesen ist, daß ich seine Schwägerin heiratete. Wir haben öfters mit einander Streit gehabt.

Hierauf wird die

Oeffentlichkeit abermals ausgeschlossen.

Der Angeklagte läßt sich nun über den fraglichen Verbleib der Beteiligten bis fünf Uhr nachmittags aus. Sie hatten auf der Postkammer gearbeitet. Einer der Unteroffiziere sagte: Herrschaften, jetzt wollen wir Schnaps trinken. Es sei dann ein Liter Schnaps geholt worden, den sie zu Vieren — darunter auch Martin — austranken. Umgekehrt um 4 1/4 Uhr hätten sie die Postkammer verlassen, und er, Angekl., sei mit seinem Schwager zu seinen Schwägereltern gegangen. Nach einer Viertelstunde seien sie von dort wieder fortgegangen. Draußen habe er sich von seinem Schwager getrennt. Er sei darauf in den Stall hineingegangen, um die Lampen zu revidieren und habe im Stall dem Unteroffizier Domning befohlen, die Lampen anzuzünden, indem er dabei sagte: Wenn der Alte oder der Rittmeister in den Stall kommt, giebt's Arsch. Darauf sei er in den Rekrutenstall hineingegangen und habe sich dort mit zwei Unteroffizieren unterhalten. Nach zehn Minuten etwa seien sie dann alle drei zur Reitbahn gegangen. Die zwei andern sahen dem Reiten zu. Ich erinnere mich, daß der Unteroffizier Funke sagte: Es ist 4 1/4 Uhr; ich gehe nach Hause. Ich kann nicht derjenige gewesen sein, der an der Thür stand, als der tödliche Schuß fiel. Wenn ich dort gestanden hätte, würde ich sagen, es hätte ein Unfall sein können. Während wir beide nur an der Reitbahn II standen, kam ein dritter angelaufen, ausrufend: Nicht Ihr schon, was passiert ist? Der Rittmeister ist erschossen! Wir liefen darauf zur Reitbahn I und sahen den Oberleutnant Hoffmann, wie er den Rittmeister v. Krosigk im Arm hielt. Später wurde befohlen, die dienstfreien Leute sollten vortreten. Da trat ich vor.

Präf.: Haben Sie nicht Ihre Freude oder Ihre Gemüthsruhe über die That ausgesprochen? Und waren Sie zur fraglichen Zeit im Stalle mit Jungen zusammen? — Hidel: Jawohl. Als der Kriminalkommissar in der Kaserne war, sagte ein Wächtermeister, derselbe suchte einen Unteroffizier mit schwarzem Schnurband. Darauf erwiderte ich: Na, Gott sei Dank; ich habe Jungen, daß ich zur Zeit im Stalle gewesen bin. Später erzählten Unteroffiziere, der Wächter sei um 4 1/4 Uhr geschossen. Unteroffizier Funke sagte darauf: Nun kann die Sache gut werden, ich bin um 4 1/4 aus dem Stall weggegangen. Hidel giebt an, er habe zu Domning geäußert, daß der Kriminalkommissar Wächter ihm mit Verhaftung gedroht habe, wenn er nicht die Wahrheit sage. — Angekl. Domning: Das ist richtig. Hidel weinte im Stalle und ich sagte zu ihm, daß mir auch schon damit gedroht worden sei. — Präf.: Angekl. Domning, was haben Sie in der fraglichen Zeit gemacht? — Domning: Ich war im Stalle. — Präf.: Wenn Hidel in den Stall gekommen wäre, müßten Leute es gesehen haben. — Domning: Es war finster. Ein Mann sagte auch, er habe gehört, daß jemand mit mir gesprochen habe. — Präf.: Der Mann widerrechtlich aber seine Aussage. — Domning: Ja, aber zu mir hat er es gesagt. — Präf.: Welcher Zeitraum war seit dem Weggang Hidels aus dem Stalle verfloßen, bis die Unglücksbotschaft gemeldet wurde? — Domning: Sehn bis fünfzehn Minuten.

Nach kurzem Ausschluß der Oeffentlichkeit wird in die Beweisaufnahme eingetreten.

Zeuge Wächtermeister Suppersch giebt an: Montag, den 21. Januar, hielt der Rittmeister v. Krosigk eine Reitübung ab. Ich lud ihn zweimal seinen Revolver mit sechs Patronen, welche der Rittmeister auch abschob. Nach dem zweiten Abschießen rückte die Abteilung auf und die zweite Abteilung rückte in der Reitbahn an. Hierbei wollte das Pferd des Unteroffiziers Kiemer nicht aus dem Gliede heraus. Der Rittmeister befahl: Vorrücken! Als das Pferd aber noch immer nicht herauszubringen war, langte er den Unteroffizier ab: Sie sind ein ganz fauler Reiter! Er befahl dann dem Unteroffizier Schierb, das Pferd zu reiten, und sagte hinzu, die Abteilung müsse jetzt täglich reiten. Wer nicht ins Glied oder aus dem Gliede herauskommen könne, werde bestraft. Währenddem brachte ein Schuß. Ich hörte den Aufschrei so stark, daß ich taumelte. Der Rittmeister rief: Was ist denn los? Wer hat denn da geschossen? Haben Sie geschossen? Darauf wandte der Rittmeister; Oberleutnant v. Hoffmann sprang zu und ließ den Rittmeister in seinen Armen zu Boden gleiten. Unteroffizier Kiemer rief den Rittmeister und die Unterleiber auf der Brust auf. Da sahen wir aber schon, daß der Rittmeister aufsteht war.

Präf.: Was thaten Sie nun weiter? — Zeuge: Ich war vor Schreck außer Stande, etwas zu thun. Der Herr Oberleutnant schickte nach dem Lazarett und zum Herrn Kommandeur.

Präf.: Es verließ wohl eine Anzahl von Mannschaften und Unteroffizieren die Reitbahn?

Zeuge: Drei Unteroffiziere hatten sich entfernt. Es ist aber nicht bekannt, welche es waren. Als die Thür der Reitbahn geöffnet wurde, äußerte Unteroffizier Varrh: Da liegt ja ein Katastroph!

Major v. d. Gröben: Ist es Brauch bei Ihrer Schwadron, daß sich ein Unteroffizier für den ganzen Nachmittag als dienstfrei betrachten kann, wenn er um 1/2 Uhr kleinen, nur wenige Minuten währenden Dienst zu thun hat? — Zeuge: Nein. — Major v. d. Gröben: Wenn keine Abteilung um 1/2 Uhr reitet, hat er sie zu führen, oder macht er sich, wenn er das nicht thut, einer Dienstverletzung schuldig?

Zeuge: Jawohl.

Zeuge Oberleutnant v. Hoffmann: Nach dem Schusse fragte der Rittmeister, wer denn geschossen habe. Ich antwortete: Ich habe nicht geschossen. Ich dachte zuerst, daß ein Unfall vorliegen möge. Als ich den Oberroß aufsteig, öffnete er nochmals die Augen. Ich schickte schleunigst Leute zum Kommandeur und nach dem Lazarett. Hinterher aber fiel mir ein, daß es richtiger sei, wenn Niemand die Reitbahn verließ und ich gab dem entsprechenden Befehle.

Zeuge Lieutenant von Lorenz giebt an, daß er von 4 1/4 Uhr auf der Reitbahn gewesen sei. Der Rittmeister ließ Hürden nehmen, wobei er aus seinem Revolver vier Patronen abschob. Als der Rittmeister hinfiel, sprang Oberleutnant v. Hoffmann zu. Mich schickte er zum Arzt. Als ich zurückkam, sagte Oberleutnant v. Hoffmann zu mir: Ich muß Ihnen leider die Mitteilung machen, daß der Rittmeister erschossen worden ist. — Präf.: Wann fiel der Schuß? — Zeuge v. Lorenz: Ich schäme, um 4 Uhr 32 Minuten, weil meine Abteilung kurz vorher eingedrückt war. — Präf.: Haben Sie auch bemerkt, daß vor dem Schusse sich der Thorflügel zum Gang etwas öffnete und dann wieder ansetzte? — Zeuge: Das habe ich beobachtet. — Zeuge Unteroffizier Kiemer bestätigt, daß er auf Befehl des Rittmeisters absteigen mußte. Woher der Schuß gekommen, habe er nicht gesehen.

Eine Anzahl weiterer Zeugen behauptet dasselbe über die Vorgänge auf der Reitbahn.

Hierauf erfolgt gegen 6 Uhr die Vertagung bis Donnerstag früh 10 Uhr.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Zum Streik der Barbiergehilfen. Als am Sonnabend der Barbiergehilfenstreik ausbrach, hatten sich viele Meister, die keiner Organisation angehören, immer noch darauf verlassen, daß die

Barbierinnung für reichlichen Ersatz der Streikenden von auswärtig sorgen würde. Sie wurden nur zu spät ihren Irrtum gewahrt. Die streikenden Gehilfen waren schon lange in Lokalen verteilt, als die Frauen der betreffenden Meister den Arbeitsnachweis-Vorsteher geradezu bestürmten. Es soll dabei gerade nicht zu höflichen Auseinandersetzungen gekommen sein. Am größten war die Nachfrage seitens der Restaurateure und Zofenstellen-Lokale, welche nicht besetzt werden konnten. Ein großes Solidaritätsgefühl haben die Arbeiter in der Nachfrage von Kontrollanten bewiesen. Einige Barbiermeister hatten Zettel am Fenster mit der Aufschrift: „Hier ist die Forderung der Gehilfen bewilligt!“ ferner: „Hier arbeiten Gehilfen mit Kontrollanten!“

Alle wertlose Kontrollanten wurden von ihnen als richtige erklärt, nur um die Kundschaft zu erhalten. Viele Arbeiter blieben ganz aus den Geschäften weg, da sie sahen, daß es wertlos war, nach den Karten zu fragen. Gegen sechs Uhr abends war der Andrang in den Lokalen außerst stark, die Kollegen hatten bis in die späte Nacht zu thun. Am meisten enttäuscht waren die Kollegen, welchen der neue Tarif versprochen war, die aber am 1. Feiertag mittags von ihren Arbeitgebern keinen entsprechenden Lohn bekamen. Die Meister sind aufs äußerste ergrimmt über die Sachlage. Viele behaupten, Schaden des 20 M. gehabt zu haben. Androhung wegen Geschäftsschädigung hat die Lohnkommission in Rasse erhalten. Manche der selbständigen Barbier wollten ihre Lokale der Streikkommission zur Verfügung stellen, natürlich gegen große Vergütungen, sie glaubten auf diese Art und Weise ein Geschäft machen zu können. Selbstverständlich wurde das Anerbieten nicht angenommen.

Die Gehilfen sind gewillt, ihre Taktik beizubehalten, bis die Meister vor dem Gewerbegericht sich zu Veratungen herbeilassen. An Wochentagen werden die Gehilfen sich von morgens 8 Uhr bis abends 8 Uhr, an Sonntagen von 7 Uhr morgens bis 1 Uhr mittags der Arbeiterschaft zur Verfügung stellen.

Wir bitten wie bisher um die Unterstützung der Arbeiter.

Die Kommission.
J. A.: Paul Piere.

Achtung, Bauhändler! Den jüngsten Vorkommnissen zufolge sehen wir uns veranlaßt, auf den seit Jahren bestehenden Beschluß: „Nicht mit Bank und Werkzeug in ein Arbeitsverhältnis zu treten“, erneut hinzuweisen. Die Wirkungen dieser oft gerügten Unsitte sind für die Kollegen äußerst schädlich gewesen, besonders im Norden der Stadt ist das Uebel wieder stark hervorgetreten. In einem Betriebe in der Gerichtstr. 72, wo der Meister in der Werkstatt nur 6 Mann beschäftigt, haben, wie sich herausgestellt hat, an 20 Stellen, teils mit eigener, teils mit erborgter Hobelbank gearbeitet. Der Meister zahlte für das Leihen des Werkzeugs nicht nur keine Entschädigung, sondern war auch noch so lebenswichtig, die Miets für die verstreut liegenden Räume den Leuten aufzubürden. Ähnlich vollzog sich die Sache in der Drehmeisterstraße in Pantow, wo ebenfalls 18 bis 20 Kollegen in allen möglichen Winkeln für die Verschlechterung der Verhältnisse Sorge trugen. Tücher diesen beiden großen Verstößen sind noch verschiedene Einzelfälle an verzeichnen, in denen die Kollegen die Meister der Wähe überhoben, für den Betrieb auch Werkzeuge zu schaffen. In allen Fällen war es der Kommission sehr schwer, den Thatbestand zu ermitteln und vielfach, wenn dieselbe einschreiten wollte, brachen die fahrenden Gesellen ihre Zelte wieder ab. Es schien, als ob die Kollegen eine Abneigung hätten, als ob man es unolidarisch fände, die Freiwilligen zu „denunzieren“. Angesichts der Schäden, die das Mitbringen der Bank und Werkzeug hervorruft, muß es jedem Pflicht sein, solche Fälle zur Kenntnis der Kommission zu bringen, denn mehr als je setzt die Meisterschaft bei Abzügen auf diese Elemente ihre Hoffnung. Wir ersuchen die Kollegen, zum 1. Juni dieses Jahres etwa noch bestehende obengenannte Verhältnisse zu lösen und der Sache die rechte Aufmerksamkeit zuzuwenden. Die Ortsverwaltung des Holzarbeiter-Verbands.

In der Berliner Backbrennerei (Abteilung II) wurden am 28. Mai 28 Arbeiter gemahnt, weil sie sich weigerten ein Schriftstück zu unterzeichnen, in welchem sie eine Verschlechterung der bestehenden Arbeitsverhältnisse anerkennen sollten. Eine Verhandlung zwischen dem Direktor Köhlich und den Vertretern der Arbeiter führte zu keinem Resultat, da seitens der Direktion behauptet wurde, die betreffenden Arbeiter hätten die Arbeit freiwillig niedergelegt. Demgegenüber steht die Thatfache, daß den Arbeitern vom Abteilungsleiter Herrn Heine ausdrücklich erklärt wurde: „Wer nicht unterschreibt ist entlassen“. Verständlich ist dieses Vorgehen der Direktion nur, wenn man bedenkt, daß bei den betreffenden Arbeitern stufenweise Löhne gezahlt werden, so daß bei Einstellung von neuen Arbeitern von der Direktion eine bedeutende Ersparnis am Lohne erzielt werden dürfte. Der Anfangslohn beträgt 19 M.

Der Centralverband der Brauer und Verursgenossen.

Deutsches Reich.

Die katholischen Arbeitervereine und die Gewerkschaften. Auf dem gegenwärtig tagenden Verbandstag der katholischen Arbeitervereine für Nord- und Ostdeutschland wurde die Stellung dieser Vereine zu den Gewerkschaften besprochen. Fast ohne Ausnahme erklärten sich die Redner gegen die neutrale Richtung und befürworteten eine auf positiv katholischer Grundlage stehende Organisation, Herr v. Savigny bemerkte hierzu:

Nach seinen Informationen bei den hervorragendsten Führern der jetzt bestehenden christlichen Gewerkschaften besteht die Möglichkeit und müßte die Befürchtung, daß die Mitglieder, die jetzt aus gegnerischen Kreisen in die christlichen Gewerkschaften Aufnahme finden, könnten eines schönen Tages das Heft in die Hand bekommen und die christlichen Gewerkschaften in das Fahrwasser der sogenannten freien Gewerkschaften führen. Der katholische Klerus denke nicht daran, die Leitung von Streiks in die Hand zu nehmen, aber wohl seien die Geistlichen befähigt und eventuell verpflichtet, die in Gewerkschaftsangelegenheiten häufig auftauchenden Fragen der christlichen Moral, z. B. nach der Erlaubtheit einer Arbeits-einstellung, zu beantworten, den Arbeitern unter diesen Gesichtspunkten mit Rat und Belehrung beizustehen; ferner eine christliche und friedliche Gesinnung zu pflegen, insbesondere auch bei Arbeitseinstellungen die Ausartungen in oft blutigen Gäß zu verhindern, und schließlich nach dem Beispiel des großen Kardinals Manning das edle Amt einer Friedensvermittlung zu üben.

Schließlich gelangte folgende Resolution zur Annahme: „Der Delegiertentag des Verbands der katholischen Arbeitervereine Nord- und Ostdeutschlands empfiehlt den einzelnen Vereinen und den Präsidien, ihre Mitglieder zum Beitritt in die christlichen Gewerkschaften zu veranlassen, wenn dieselben die positiv-christlichen Grundsätze als Norm festhalten und die entsprechenden Garantien bieten.“

Zum Hamburger Kupferschmiedestreik ist mitzuteilen, daß wieder eine Firma die Forderungen bewilligt hat und somit 18 Ausständige in Arbeit getreten sind. In Streik befinden sich noch 164 Mann, davon 90 Verheiratete. An die Kupferschmiede Berlin ergeht nochmals die Mahnung, jeglichen Zugzwang fernzuhalten und alle noch zurückstehenden Kollegen aufzufordern, sich an den Sammlungen zum Dispositionsfonds zu beteiligen. In Berlin sind zur Empfangnahme von Geldern und Ausgabe von Listen und Karten jeden Sonntagvormittag von 10—12 Uhr einige Kommissionsmitglieder im Gewerkschaftshause anwesend. Der Vertrauensmann.

Streiks in Ostpreußen. In der Insterburger Schäftefabrik wurde der Ausstand nach mehrtägiger Dauer dadurch beigelegt, daß der Unternehmer die Mahregelung, die den Anlaß zum Streik gegeben hatte, zurücknahm.

Verloren gegangen ist der Streik der Arbeiter der Königsberger Walzmühle. Dieselbe Gesellschaft, der die Walzmühle gehört, besitzt auch ein gewaltiges Kornlagerhaus, wohl die größte

derartige Einrichtung in Deutschland, in dem eine größere Arbeiterzahl beschäftigt ist. Um den Arbeitern das Streiken „abzugewöhnen“, wurde bei diesem Ausstand eine Kraftprobe gemacht. Nachdem es der Betriebsleitung gelungen war, eine Anzahl Streikbrecher einzuführen, fanden sich auch aus den Reihen der Ausständigen Fahnenflüchtige, so daß nach wenigen Tagen der Streik als vollständig verloren anzusehen war.

Der Streik der Arbeiter in den Holzschneidemühlen bei Tilsit Stolbel hat mit einem kleinen Erfolg der Arbeiter geendet. Streikbrecher waren trotz mehrwöchentlicher Dauer des Streiks nur in geringer Zahl gekommen. Die im Hirsch-Dunderschen Gewerbeverein organisierten gelehrten Schneidemüller hatten wieder die Arbeitswilligen gespielt. Zum Friedensschluß wurden die Streikenden erst geneigt, als angekündigt wurde, es stehe das Eintreffen einer großen Zahl von Arbeitern aus Ausland bevor. Da begünstigten sie sich mit dem Angebot der Unternehmer, daß Sommer und Winter ein Stundenlohn von 20 Pfennigen gezahlt werde. Gegenüber den Löhnen vor dem Streik, besonders im Winter, ist das ein leidlicher Fortschritt.

Die Fabrikinspektor eingeleitete Vermittelung wurde von den Unternehmern zurückgewiesen. Die Zahl der Ausständigen beträgt 120.

Der Streik der Zimmerer in Halle ist auf Beschluß einer Zimmererverammlung aufgehoben, da die neuen Bedingungen fast allgemein anerkannt wurden.

In Striegan in Schlesien ist, veranlaßt durch Tarifstreitigkeiten, ein Streik der Steinarbeiter ausgebrochen. In 6 Betrieben ruht die Arbeit vollständig, da die Ausständigen bis auf den letzten Mann organisiert sind. In Betracht kommen 300 Männer und 17 Frauen. In drei Betrieben wird weiter gearbeitet, da diese nach dem Tarif weiter bezahlet. Mit seltener Zähigkeit werden ebenfalls die Ausstände in Freiburg i. Br., Droßlig bei Reiz, Coblenz und Gumping in Bayern weiter geführt. In den letzten Wochen wurden in Süddeutschland allein ca. 120 Agitationsversammlungen für den Anschluß an die Organisation abgehalten.

Ausland.

Zum Maschinenbauer-Streik in Nordamerika meldet das Bureau Luffan: Im Hauptquartier des Maschinenbauarbeiter-Bundes wird berichtet, daß die Ausständigen Vorteile erringen. 75 von 83 Firmen in Boston haben seit dem 27. Mai die Forderungen der Arbeiter bewilligt, 19 von 33 Firmen in Toledo und 68 Firmen an anderen Orten.

China.

Das Entschädigungsproblem.

Den „Times“ wird aus Peking gemeldet: Der russische Gesandte v. Giers erklärte, daß Rußland der Bildung der in dem englischen Vorschlage vorgesehenen gemischten Kommission zustimme. Man glaubt, daß Rußland auch dem englischen Vorschlage bezüglich der Bezahlung der Entschädigung zustimmen wird. — Die Frage der Suspendierung der Prüfungen ist geregelt; die Doktorats-Prüfungen in Peking dürfen fortgesetzt werden, aber nur für Kandidaten aus nicht-schuldigen Provinzen.

Luffans Bureau telegraphiert aus Peking am 29. Mai: Die chinesischen Bevollmächtigten erwiderten, daß sie Willens seien, 65 Millionen Pfund einschließlich 3 1/2 Proz. Zinsen zu zahlen. Die auswärtigen Vertreter haben sich über den Zinsfuß noch nicht schlüssig gemacht, wollen aber die chinesischen Staatsschuldverwicklungen zu pari für eine Reihe von Jahren in Zahlung nehmen. Man rechnet, daß der Betrag des erhöhten Zolls, welcher hauptsächlich aus den Taschen der Ausländer bestrahlt wird, der verlangten jährlichen Zinssumme beinahe gleichkommt.

Vorbereitungen zur Rückkehr des Kaisers.

Londoner Blättern wird aus Peking vom 28. Mai gemeldet: Am Montag gingen 4000 von Juanshilai gesandte chinesische Truppen unter General Tchang aus Schantung nach Peking ab. Mit der Vorbereitung des Reisewegs für die Rückkehr des kaiserlichen Hofes ist Tschou-fu, ehemals Kommissar für Missionarangelegenheiten, betraut. Die Karte der Reise des Hofes durch Tschit ist bereits entworfen; auch ist das Ceremoniell für dieselbe schon aufgestellt.

Unruhen im Innern.

Nach einer Depesche des „Standard“ aus Shanghai vom 28. Mai sind 4000 Aufständische aus der Provinz Kweichow nach Szechwan eingezogen, wo sie weithin großen Schäden verbreiten. 8000 Mann aus Sünnan sollen auf dem Marsche sein, um zu ihnen zu stoßen.

Rückkehr von Kriegsinvaliden.

Berlin, 29. Mai. Nach der Mitteilung des Kriegsministeriums über die Fahrt der Truppentransportschiffe ist der Dampfer „Wittekind“ mit dienstunbrauchbaren Mannschaften des Ostasiatischen Expeditionscorps auf der Reise nach Deutschland am 25. Mai in Colombo eingetroffen. Abfahrt von Colombo am 29. Mai.

Die Pest in Hongkong.

Wie den „Times“ aus Hongkong telegraphiert wird, nimmt dort die Pest erstere Gestalt an. Seit einigen Tagen starben täglich mehr als 30 Personen an dieser Krankheit.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Greifswald, 29. Mai. (B. Z. B.) Reichstags- Stimmwahl. Nach den bisher vorliegenden Feststellungen erhielt v. Vehr (kons.) 6109, Gothein (fr. Bg.) 8973 Stimmen. Aus 70 Landbezirken stehen die Ergebnisse noch aus. Die Wahl Gotheins ist danach sicher.

London, 29. Mai. Dem „Reuterschen Bureau“ wird aus Cradoc vom heutigen Tage gemeldet: Der Zeitung „Midland News“ zufolge ergaben sich in Calaphe 200 Boeren.

Tientsin, 29. Mai. (Meldung des „Reuterschen Bureau“.) Zwei britische Transportschiffe kamen in Tsching an und werden Truppen an Bord nehmen, die nach Indien befördert werden sollen. Ein anderes Transportschiff kommt heute an und wird das Beludsch-M Regiment nach Weihaiwei befördern. General Bohron erwartet, daß nachdem jetzt die Mänuming beschlossen ist, Frankreich seinen Befehl, zeitweilig in China Truppen stehen zu lassen, rückgängig machen werden und glaubt, daß bald Transportschiffe zur Rückbeförderung seiner Truppen eintreffen werden. General Porne-Campbell erklärte, die internationale Lage in Tientsin sei besser, als jemals seit der Ankunft der Truppen. Die Amerikaner und Russen bitten zwar bei ihrer Abfahrt dagegen Einspruch zu erheben, daß die Briten ihre Flagge auf der Weiche hielten als die amerikanischen herunter gezogen worden war, General Bogard habe jedoch seinen Einspruch wieder zurückgezogen.

Hokokama, 29. Mai. (Meldung des Reuterschen Bureau.) Nachrichten aus Sool zufolge ist auf der Insel Quelpart eine gegen die Christen gerichtete Bewegung zum Ausbruch gekommen; ein französischer katholischer Missionar sei ermordet worden. Die Nachricht bedarf jedoch der Bestätigung.

Der dritte französische Parteitag.

Lyon, 28. Mai.

Erster Verhandlungstag. — Nachmittags.

Vorsitzender Angagneur verliest unter lebhaftem Beifall eine Sympathie-Resolution für das russische Volk, worin die russischen Freiheitskämpfer ermutigt werden, den Kampf gegen den zarischen Despotismus bis ans Ende zu führen. Angenommen per Acclamation.

Ein Delegierter der Linken will einen Zusatzantrag zu dieser Resolution stellen. (Zwischenruf rechts.)

Ehe dieser Delegierter zum Worte kommt, wird namens der Nord-Föderation ein Protest verlesen gegen die Insinuationen betreffs ihrer Mandate und die Ernennung einer Specialkommission zur Prüfung derselben gefordert. Revelin schlägt vor, alle bestehenden Mandate einer neuen Prüfungskommission zu überweisen. Angenommen und die Kommission wird sogleich ernannt.

Nun kommt der Zusatzantrag der Linken an die Reihe, der gegen die „Aniebnung“ des Ministeriums vor dem Jaren (Delcastes' neuliche Reise nach Petersburg) protestiert. (Beifall links und auf der linken Seite der nicht besetzten Zuschauer-Tribünen. Lärm rechts.) Der Zusatzantrag wird votiert mit allen gegen sieben Stimmen von der äußersten Rechten. Die Linke stimmt diesmal mit.

Lenormand (Allemanist) bringt seinerseits einen Zusatzantrag ein, der gegen die Erwählung protestiert, die Kredite für den Pariser Kongress 1896 votiert haben (gerichtet gegen das Pariser Gemeinderatsmitglied Landrin von der „Revolut.-Socialist. Partei“). Beifall rechts, Lärm links. Einstimmig angenommen. Erneuter allgemeiner Lärm.

Die allzu große Zahl der Delegierten wirkt wohl nicht minder störend wie die gegenseitige feindselige Voreingenommenheit. Der Vorsitzende ist noch nicht geboren, der eine so vielschichtige Versammlung französischer Kongressdelegierten zu leiten und zu beherrschen im Stande wäre. In alledem macht sich jeden Augenblick das Fehlen einer festgesetzten Geschäftsordnung fühlbar.

Revelin begründet namens der Organisationskommission einige Vorschläge zur Tagesordnung, namentlich die Beratung der organisatorischen („Einigkeit“) Frage an erster Stelle. Er beginnt mit einer Uebersicht des Referendums, welches auf Beschluß des Pariser Kongresses 1890 vom Generalkomitee über die Einigkeitseinstimmigkeitsentscheidung wurde. Die Ergebnisse des Referendums sind recht gering. Nur eine kleine Zahl von Gruppen hat direkt dem Generalkomitee geantwortet. Es ist also an den Kongress die Antwort zu geben. Die Einigkeit ist möglich, trotz der Abwesenheit der Guesdisten, wenn man nur den Geist der Gerechtigkeit und Verschönllichkeit walten läßt. Die Differenzen zwischen dem Einigkeitseinstimmigkeitsentscheid (zu welcher Redner gehört) und dem der Linken nebst den Guesdisten lassen sich leicht schlichten. Wie die Linke es fordert, soll zur Vertretungsbasis auf den Parteitagen und im Generalkomitee die Zahl der regelmäßig Beiträge zahlenden Gruppenmitglieder dienen. Was das Programm betrifft, das die Linke ihrem Organisationsentwurf vorausgeschickt, so wäre das nächste Generalkomitee mit der Ausarbeitung eines vollständigen Parteiprogramms zu betrauen an Stelle der bekannten drei Formeln (Bürgerlichkeitsklärung, Eroberung der politischen Gewalt und Internationalismus). Dabei wäre der Wunsch der Föderation der Seine-Inferieure zu berücksichtigen, das Prinzip der Eroberung der politischen Gewalt klar, und zwar im revolutionären Sinne zu präzisieren, um die rein legale, parlamentarische Deutung dieses Prinzips auszuschließen. Auch über die Budgetabstimmung ist eine Verständigung möglich, jedoch wäre diese Frage, wie früher die Ministerfrage, dem nächsten internationalen Kongress zu überweisen. In dem Streit über die Zugehörigkeit der Gewerkschaften und Genossenschaften zur Partei kann gleichfalls der Linken ein Zugeständnis gemacht werden: z. B. könnte man die Gewerkschaften und Genossenschaften nur dann der Partei einreihen, wenn die sozialistische Föderation des betreffenden Departements dieselben zugelassen hat. Wie wollen alle verständlich handeln, die Ursachen der Spaltungen vergessen. Zwischen den zwei Organisationsentwürfen giebt es keine principiellen Unterschiede, in beiden herrscht dieselbe Idee vor — die Verwirklichung der Einheit durch die Departements-Föderationen, die sämtliche Gruppen ohne Unterschied der Richtung umfassen sollen. Wir wollen alle die eine und unteilbare Partei. Die Thüre muß für die französische Arbeiterpartei (Guesdisten) offen gehalten werden. Provisorisch, bis die Einigkeit verwirklicht worden ist, wären noch die Parteimitglieder gemäß dem Entwurf der Linken durch Vermittelung der Sonderorganisationen zu verteilen. Redner erinnert an die anerkennenden Worte des Entwurfs des Generalkomitees über die große historische Rolle der alten Organisationen.

Zum Schluß schlägt er vor: 1. gemäß dem Beschluß des Generalkomitees und in Uebereinstimmung mit dem vom Pariser Kongress dem Lyoner gegebenen Mandat, die Organisationsfrage an die Spitze der Tagesordnung zu stellen, 2. eine Kommission zur Beratung dieser Frage zu ernennen, und zwar, wie Paris 1890, auf folgender Grundlage: jede Organisation wählt ein Mitglied und dann ein weiteres Mitglied pro 50 Mandate.

Joindj, ein ehemaliger Allemanist, bespricht den Streit zwischen den Pariser allemanistischen Gruppen im Gefolge der bekannten Vorgänge der Wahlkampagne Allemanes und seines bis dahin allemanistischen Gegenkandidaten Jabbrot.

Vorsitzender: Diese lokale Frage interessiert das sozialistische Frankreich nicht.

Wilm, Allemanist, verlangt namens seiner Partei: 1. Schlichtung des Streits zwischen dieser und der Seine-Föderation, die die Anhänger Jabbrots aufgenommen hat; 2. endgültige Abrechnung mit der Ministerfrage, die so unheilvoll gewickelt; 3. Schaffung eines offiziellen Partei-Organs.

Der von Joindj besprochene Fall wird nach vielem Lärm der Kommission überwiegen.

Gauthier giebt eine Erklärung ab über die Stellung der Linken zum Kongress. Nach 1890 und 1900 hatten wir gehofft, die sozialistische Partei werde nicht zu einem Vorzimmer der Regierung werden, wir sind aber enttäuscht. Wir haben die Einigkeit immer angestrebt — schon zu einer Zeit, als die jetzigen Befürworter derselben noch nicht zur sozialistischen Partei gehörten. (Zwischenruf rechts.) Daher haben wir 1900 (September) die Schaffung einer einheitlichen Organisation für 1901 vorgeschlagen. Seitdem aber haben sich die principiellen Meinungsverschiedenheiten immer mehr verschärft, deshalb ist die volle Einigkeit leider unmöglich. (Zwischenruf rechts.) Aber wir wollen hier nach Mitteln suchen, um die Union zu verwirklichen ohne Preisgabe der Grundsätze. (Beifall links, Widerspruch rechts.)

Argyriadès (R.-S. P.) begründet unter fortwährender Unruhe rechts eine scharfe Resolution gegen den Ministerialismus. Delesalle, Bürgermeister-Adjunkt von Ville, Guesdist, beteiligt sich am Kongress mit einem Mandat der autonomen Föderation von Nord und Pas-de-Calais. (Er hat auf eigene Faust dieses Mandat angenommen, um auf dem Kongress den von seiner Partei zusammen mit Baillants Organisation ausgearbeiteten Organisationsentwurf verteidigen und im Sinne der Verfohmung wirken zu können.) Er spricht unter dem Beifall der Rechten wesentlich im Sinne Revelins: Die Wahrheit und die Minderheit dieses Kongresses, deren Vertreter wir gehört haben, denken über die Aufgabe des Kongresses ähnlich. Die Differenzen zwischen den zwei Entwürfen sind leicht zu beseitigen. Bei dem jetzt vorherrschenden Geist ist die volle Einigkeit unmöglich, um so mehr, als die französische Arbeiterpartei abweisend ist. Es sollen daher nur Uebergangsmaßnahmen beschlossen werden. Wozu die Wiederholung der Apotheose der Einigkeit von 1899 (auf dem ersten Einigungskongress)? Besser wäre es, praktisch Durchführbares zu beschließen.

Delaporte beantragt namens mehrerer autonomer Föderationen und einiger Einzelgruppen folgende Resolution zur Ministerfrage, die den Rest der Sitzung ausfüllt:

In Erwägung, daß die wesentliche Aufgabe des Kongresses darin besteht, die gegenwärtig der Vereinheitlichung der revolutionären Kräfte Frankreichs entgegenstehenden Hindernisse zu beseitigen; daß die Ministerfrage eines Abgeordneten, der ein für die sozialistischen Kammerfraktion angehöret, eine innerparteiliche Streitigkeit begünstigende Zweideutigkeit (equivogue) schafft; daß die Frage der Beteiligung an der Regierung zwar für die Vergangenheit und die Zukunft, nicht aber für die Gegenwart gelöst wurde, — erklärt der Kongress ein für allemal, daß Millerand — der sich außerhalb der Partei gestellt hat, indem er auf seine persönliche Verantwortlichkeit und Initiative ins Ministerium eintrat — niemals den Sozialismus engagieren konnte, den er nicht vertritt. Der Kongress erklärt ferner, daß die Haltung der Partei gegenüber dem gegenwärtigen Ministerium dieselbe sein muß, wie jedem Bourgeoisministerium gegenüber. *)

Briand, Sekretär des Generalkomitees, hat diese Resolution mit unterzeichnet. Er will nun den Sinn derselben klarstellen: Redner war von Anfang an gegen die Ministerfrage. Gerade die „Antimisteriellen“ sind für Millerands Handlung verantwortlich, indem sie die opportunistische Rede von Saint-Mandé (das sogenannte St.-Mandé-Programm, entwickelt von Millerand auf einem „Einigungs“-Bankett 1896) ohne Widerspruch haben passieren lassen (Widerpruch links). Der Resolution liegt jeder Gedanke an eine Brandmarlung Millerands fern. Ich bin ein persönlicher Freund von Millerand und halte ihn für einen ehrlichen Mann. (Lebhafter Beifall rechts, Proteste links.) Es handelt sich lediglich um ein principielles Gut. Des weiteren wirft Redner unter heftigen Unterbrechungen links auch den Guesdisten und Blanquisten eine opportunistische Taktik im Parlament vor.

Baillant, von der Linken mit lebhaftem Beifall und Rufen: „Hoch die Kommune!“ begrüßt, wendet sich gegen Briands Vorwürfe: Ich habe die größten Anstrengungen gemacht, um Millerand von der geplanten St.-Mandé-Rede abzuhalten, und auf dem Bankett haben ich und Guesde sofort die nötigen Vorbehalte gegen die Rede gemacht.

Vidiani ruft: Das ist richtig, warum aber haben Sie in der Wahlkampagne 1898 Millerands Hilfe zur Verteidigung Ihrer Kandidatur in Anspruch genommen?

Baillant: Weil meine Kandidatur von den Nationalisten so hart angegriffen war. In jener Schlacht handelte es sich um die allgemeine Verteidigung der Partei (Rufe rechts: „Sagen Sie doch: der Republik!“ „Unterbrechungen!“ „Lurche!“). Mein Appell an Millerand ist daher nicht zu verwundern und ich bin auch ihm dankbar. Sobald aber Millerand Minister wurde, war die Partei schwer gefährdet. Die ministerialistische Methode hat der Partei mehr geschadet als alle Angriffe der Feinde. Hätten wir sie nicht bekämpft, so hätte die Arbeiterklasse die Partei verleugnet. Redner tritt für die Resolution Delaportes ein. Zwar hat Millerand als Minister zu keiner Zeit die Partei vertreten, ebenso wie kein Sozialist je für die Handlungen des Ministeriums verantwortlich war. Die R.-S. P. hatte eine ähnliche Resolution schon 1899 vorgeschlagen. Da sich aber jetzt eine ministerialistische Richtung gebildet hat, so ist es nötig, sie zu desavouieren. Durch Annahme der Resolution würde die Luft gereinigt. Gewiß ist Millerand nicht die einzige Ursache der Spaltungen, sondern nur deren schärfste Form. Es giebt noch andre Differenzen. Auch wir können Fehler begangen haben. Wird aber Delaportes Resolution votiert, so wird das von guter Vorbedeutung für den Kongress sein.

Zur Organisationsfrage spricht Redner im Sinne Delesalles. Die Meinungsverschiedenheiten sind zu tief, um die volle Einigkeit zu ermöglichen, obwohl wir alle dafür sind. (Unterbrechung rechts.) Bei den grundsätzlichen und thatsächlichen Differenzen wäre die sofortige Verschmelzung zu einer Organisation etwas Künstliches. (Widerpruch rechts.) Aufgabe dieses Kongresses ist, ein Band zwischen den Sonderorganisationen zu schaffen. Die Funktionen der letzteren sind noch nicht erschöpft. Arbeiten wir für die Entwicklung der Union mit der Einigkeit als Zweck. Auch mit unsren Alliierten, der französischen Arbeiterpartei, muß das Band wiederhergestellt werden. (Beifall links.)

Jaurès (rechts Beifall und Rufe: „Hoch Jaurès!“) verlangt die Verweisung der Resolution Delaportes an die Kommission. Der Text der Resolution ist ja erst soeben bekannt geworden. Es sollte darin noch ausgesprochen werden, daß selbst die unregelmäßige Ministerfrage ein Zeichen des Wachstums des Sozialismus ist. (Lebhafter Beifall rechts.) Unbestreitbar hat Millerand auf eigene Verantwortung gehandelt. Will man das noch einmal ansprechen, so stimmen wir damit überein. Auch die antimisteriellen Deputierten haben das Ministerium in gefährlichen Abstimmmungen gerettet. (Baillant: Das hat mit dem Ministerialismus nichts gemein.) Auch sie haben für den Walexanischlag von Waldeck-Rousseaus Reden gestimmt. Wenn wir also unsferseits das Ministerium unterstützen, sind wir deshalb keine Ministerialisten. Aber halt acht! Gewisse Ausdrücke der Resolution Delaportes könnten gedeutet werden nicht nur als ein Bannspruch gegen gewisse Personen, sondern auch gegen eine ganze Parteigruppe. Daher ist eine kommissarische Beratung nötig.

In Saint-Raudé, wo auch Redner zugegen war, hat Baillant seine principielle Verurteilung der Millerandschen Programmrede ausgesprochen.

Die Resolution Delaportes ist namens der Charente-Föderation von Lagardelle mit unterzeichnet. Das ist überraschend. Lagardelle hat in der „Revue Socialiste Internationalist“ von Chicago (Nummer vom 9. Mai 1901) einen Artikel, datiert den 10. April 1901, veröffentlicht, worin Ministerfrage eines Sozialisten“ als eine der Ursachen des Wachstums der Gewerkschaften gelobt wird. Redner verliest die betreffende Stelle aus dem Artikel, die links Widerspruch hervorruft. Jaurès bemerkt nun, daß die Proteste der Linken die Bedeutung der citierten Worte erst recht betonen. . . .) Hat nun Lagardelle ein Urteil für Amerika und ein andres für den Kongress?

Sodann verweist Jaurès auf die neuliche Wahl des Abg. Sembat (Baillants Freund) zum Berichterstatter des Budgets der Post und der Telegraphen. Die Kongressbeschlüsse, gegen die wir nach Kurzer Behauptung verstossen, indem wir für die sozialistische Ministerfrage eintreten, richten sich auch gegen alle Funktionen, die nicht aus Wahlen hervorgehen. Ein sozialistischer Berichterstatter des Budgets arbeitet an der Befestigung des Bourgeoisstaats mit, welche Verbesserungen immer er vorschlagen mag. Die Post und der Telegraph sind ein eminentes Regierungsmittel der Bourgeoisie. (Demonstrativer Beifall rechts.)

Zur Einigkeitfrage übergehend, bestreitet Jaurès das Vorhandensein von principiellen Differenzen. Auch die revolutionären Sozialisten haben niemals die Notwendigkeit der Reformen gerade im Interesse der Revolution geleugnet. Mit welchem Recht also spaltet Ihr (zur Linken gewendet) die Partei in Revolutionäre und Reformisten? (Stürmischer Beifall rechts.) Oder legen wir mehr Wert auf nicht sozialistische Dinge als Ihr, z. B. auf die republikanischen Freiheiten? Hat aber nicht Baillant, ohne der Wahl von 1898 zu gedenken, während der Kommune die glorreiche That begangen, gegen die Doktrinen aufgetreten zu sein und im Interesse der Republik mit den kaiserlichen Jakobinern Hand in Hand gekämpft zu haben? (Lebhafter Beifall rechts.) Also ist die organisatorische Einigkeit möglich. Aber wir wollen sie nicht durch Wehrheitsbeschlüsse aufdrängen. Es genügt, daß man auf jener Seite die Verklammerung als eine Gefahr betrachtet, um nicht die sofortige Einigkeit zu dekretieren. Es gilt

eine Uebergangsperiode einzuleiten, wo ein Maximum von Union mit der Autonomie der Sonderorganisationen zu vereinbaren wäre. Aber schon jetzt können wir einen Einigkeitseinstimmigkeitsplan für die Zukunft beschließen, der eine Anziehungskraft ausüben würde. Nach den nächsten Kammerwahlen (Frühjahr 1902), wo alle Sozialisten den gemeinsamen Feind zu bekämpfen haben werden, wird der Plan auch durchführbar werden, und die Entwicklung der autonomen Föderationen wird das übrige für die Einigkeit thun. (Lebhafter Beifall rechts.)

Bonard, Jura-Föderation, spricht für die Resolution Delaportes und die sofortige Einigkeit auf Grundlage der autonomen Föderationen.

Lagardelle begründet die Resolution Delaportes. Er verweist auf einen Artikel von Jaurès in der „Cosmopolis“ (Januar 1898), worin die partielle Eroberung der Gewalt verworfen wird. Was Redners Artikel in der „Eclairage Revue“ betrifft, so siehe er in keinem Widerspruch zu der Resolution Delaportes. Millerands Reformen sind nützlich, aber es sind Reformen eines Bourgeoisministeriums. (Jaurès: Aber Sie nennen in jenem Artikel Millerand einen „sozialistischen“ Minister!) — Lagardelle spricht von ungenauer Uebersetzung des englischen Textes durch Jaurès. Dieser protestiert, steigt mit der Revue auf die Tribüne und zeigt Lagardelle mit dem Finger auf die betreffende Stelle. . . .) U. fährt unter Unruhe rechts fort: Die Anerkennung der Millerandschen Reformen hat mit Ministerialismus nichts gemein, ebenso wenig wie gelegentliche Unterstützung eines Ministeriums. Siehe Italien, die Stellung der italienischen Sozialisten zum Ministerium Zanardelli. Man muß den Nutzen der Reformen gegen den Schaden der Millerandschen Ministerfrage abwägen, der Schaden wiegt viel schwerer. Der Augenblick ist gekommen, mit der Ministerfrage endlich aufzuräumen. Denkt an die bevorstehende Wahlschlacht, die unsre Einigkeit erfordert.

Delaporte verlangt die Abstimmung nach Mandaten über den Jaurèschen Antrag auf Verweisung seiner Resolution an die Kommission.

Grossier, Deputierter, „Kommunistische Allianz“, spricht an Stelle des plötzlich (infolge der Krankheit seiner Mutter) verreisten Sembat gegen Jaurès Parallele zwischen einem sozialistischen Minister und einem sozialistischen Berichterstatter eines bestimmten Budgets. Letzterer ist nicht für das Gesamtbudget verantwortlich, wie der Minister für die Gesamtregierung. Das Postbudget hat nichts antisozialistisches, meist handelt es sich da um die Lage der kleinen Beamten. Redner ist frei von jeder persönlichen Antipathie gegen Millerand. Dieser hat wohl einige Fehler begangen, aber in den meisten Fällen hat er aufs Beste für die Interessen des Proletariats gesorgt. (Beifall rechts.) Es handelt sich um ein Prinzip. Die Handlungen Millerands in seinem Ressort entledigen ihn nicht der Verantwortlichkeit für die schlimmen Handlungen der Gesamtregierung, darunter die Regelei von Chalons und Martinique. (Beifall links, Proteste rechts.)

Schluß der Sitzung 6 1/2 Uhr. Lyon, 27. Mai.

Zweiter Verhandlungstag. — Vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Allemane, Vespiger, Camille-Boisbeaug, Legitimus, Negier-Abgeordneter von Guadeloupe; Schriftführer: Genossin Sonneville

Ordnung berichtet über die besprochenen 41 Mandate. Die gestern gewählte Prüfungskommission beantragt, 25 dieser Mandate für gültig zu erklären. Angenommen.

Es entspinnt sich eine unruhige Debatte über den gestrigen Antrag von Jaurès, die Resolution Delaportes (Ministerfrage) an die Kommission zu verweisen. Delaporte verlangt die sofortige Abstimmung über die Resolution. Abg. Journière spricht für kommissarische Beratung.

Sie gestern hat die Resolution weitere Unterschriften gefunden, darunter die Föderation von Lot-et-Garon (im Generalkomitee vertreten durch Amleare Cipriani) und mehrere Gewerkschaften.

Gauthier (Linke): Keine kommissarische Beratung! Die Frage wird schon seit drei Jahren studiert. Die Ehre, vielleicht die Gerechtigkeit der Partei stehen auf dem Spiel.

Revelin ist ebenfalls für die Entscheidung der Frage, da sie einmal vorgebracht wurde, aber vorher müsse die Resolution kommissarisch geprüft werden, wie das in allen Kongressen der Fall. Redner und einige seiner Kameraden seien entschlossen, zur Ministerfrage keine Stellung zu nehmen, aber das votum solle keine Ueberschneidung sein. In der Kommission wäre es möglich, eine Formel zu finden, die einstimmig votiert werden könnte. (Rufe links: „Wir wollen nichts von derartigen Formeln wissen!“ Proteste rechts.)

Es sind noch etwa 15 Redner zu dieser Frage eingeschrieben. Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen. Hierauf beschließt der Kongress, über die Verweisung der Resolution Delaportes an die Kommission nach Mandaten abzustimmen. Die Sitzung wird für die Dauer der zeitraubenden Abstimmung unterbrochen.

Begrüßung. — Depechen sind eingetroffen von der italienischen Kammerfraktion und mehreren französischen Gruppen, sowie von der sozialistischen Gruppe aus Tunis. Die Depeche der italienischen Sozialisten lautet: „Französische Sozialisten, vereinigt Euch! Wir sind sicher, daß Ihr ein Einigungsband schaffen werdet. Namens der Revolution und der italienischen sozialistischen Partei. Andrea Costa.“ (Lebhafter Beifall.)

Auf Antrag der Föderation des Var-Departements wird per Acclamation ein Protest gegen die Ausweisung italienischer Sozialisten aus Frankreich votiert. Dagegen auf Antrag der „revolutionär-sozialistischen Arbeiterpartei“ (Allemanisten) die Brandmarlung des China-Arbeitszugs.

Die Kommission zur Beratung der Organisationsfrage wird auf folgender Grundlage ernannt: 1 Delegierter pro Organisation, ein weiterer Delegierter pro 25 Mandate beziehungsweise (bei einem Mandat) pro 10 Mandate.

Ergebnis der Abstimmung über Verweisung von Delaportes Resolution an die Kommission: Es haben abgestimmt 327 Delegierte mit 1146 Mandaten, davon 210 Delegierte mit 744 Mandaten für die Verweisung, 117 Delegierte mit 402 Mandaten dagegen. Die Verklammerung des Resultats wird rechts mit vereinzelt Beifall angenommen.

Nun schreitet man zur Ernennung der Kommission, die zugleich über alle sonstigen Anträge eventuell beraten soll. Eine Tellerabstimmung zu gunsten der streikenden Elektricitäts-Arbeiter von Lyon wird beschlossen.

Schluß der Sitzung 12 Uhr. (Schluß im Hauptblatt.)

Dritte Generalversammlung des Centralverbands der Bildhauer.

Dresden, 28. Mai 1901.

Ueber die etwa hundert vorliegenden Entwürfe wird die Generaldiskussion eröffnet. Besondere Beachtung findet ein Kölner Entwurf, der im Verband zwei Beitragsklassen einführen will: eine erste mit 75 Pf. und eine zweite mit 60 Pf. Wochenbeitrag. Zur ersten Klasse sollen alle Mitglieder mit 6 Wf. Tagesverdienst und darüber gehören. Doch soll auch den übrigen Mitgliedern der Eintritt freistehen.

Klöse-Gringwalde (bei Leipzig) weist darauf hin, daß die Kollegen der Kleinstädte andre Wünsche als die der Großstädte hegen. Sie begehren geringeren Lohn, aber dauerndere Stellungen. Für sie läme mehr die Krankenunterstützung und das Witwengeld in Betracht. Reichel befragt eine Beitragsberechnung auf 65 Pf. (Der Beitrag beträgt jetzt 50 Pf.). Der Gehalt der Central-Kassen-Abrech-

*) Diese Resolution weicht wesentlich ab von der ursprünglich geplanten Aufforderung an Millerand, seine Demission zu geben. Die neue Fassung hat der Linken das Eintreten für die Resolution ermöglicht.

mitig verlange unumgänglich die Verneuerung der Einmahnen. Linke spricht gegen die Erhöhung des Beitrags auf 75 Pf., um den Ortsgruppen einen Spielraum für den Lokalzuschlag zu lassen. Datschew wünscht eine Erhöhung der Leistungen der Unterstützungsabteilung, die dem Kampfscharakter der Organisation zu gute kommen. Schiller-Röhl begründet den Kölner Antrag auf Einführung des Klassenprinzips und tadelt zugleich die neuerdings auftretenden Bestrebungen, das Verbandswesen des Verbandes immer mehr auszubauen. Diese Richtung gehe gewissermaßen darauf aus, den Hirsch-Dunderschei Gewerkschaften die Hand zu reichen. Der Gedanke der Arbeitslosen-Unterstützung erweise ihr viel wertvoller als der Kampfgedanke. Das Klassenprinzip ermöglicht eine gerechtere Verteilung der Unterstüßungen. Schlaner-München bekämpft die bestehende Bestimmung, Streikunterstützung nur für 8 Wochen zu gewähren. Beim letzten Streik habe man ihnen höhnisch zu verstehen gegeben, daß sie nach 8 Wochen ohne Unterstützung seien. Man habe sich nachher an das Gewerkschaftsamt wenden müssen. Die Streikunterstützung müsse für die ganze Dauer des Streiks gezahlt werden. In betreff der Gegenseitigkeitsverträge mit den ausländischen kollegialen Berufsvereinen trete er für eine Erweiterung der Karenzzeit von 26 auf 52 Wochen ein. Jetzt würde München von den österreichischen Kollegen, die sich ihre 30 Mark Reise-Unterstützung abholten, geradezu über-schwemmt.

Groschmann befürchtet, bei Einführung des Kölner Klassen-systems würden die Kollegen der höheren Klassen die niedere Klasse über die Schulter ansehen. Man solle nicht neue Gegenstände schaffen, nachdem man die Klassenüberhebung glänzlich überwinden. Meyer zeigt, daß die Befürchtungen, infolge der Beitragserhöhungen Mitglieder zu verlieren, grundlos sei. Im Gegenteil, trotz der Beitrags-erhöhungen wüchsen die Gewerkschaften. Dupont macht darauf aufmerksam, daß das Klassenprinzip bei Maurern, Töpfern und Gut-machern besteht. Wiesbach beweist an der Hand von Beispielen, daß die Widdauer-Organisation prozentual von allen Gewerkschaften am meisten leiste. Wohl-Rürnberg befürwortet den Antrag, den örtlichen Verwaltungsstellen 10 Prozent der Einnahmen zu überlassen.

Vork leht die Unterstützung der bei Streiks in Mitleidenschaft gezogenen nicht organisierten Kollegen strikte ab. Auch von der Widenerunterstützung hält er nicht viel. Nach seiner Erfahrung sind gerade die Geschicklichen der Kollegen der Grund, daß die Mit-glieder dem Verein den Rücken kehren. Tschorn-Dresden erklärt, daß eine gut besuchte Dresdener Versammlung mit allen gegen zwei Stimmen für die Beitragserhöhung eingetreten sei.

Fladung-Frankfurt a. M. hält die achtwöchige Streikunter-stützung für ausreichend. Ein Streik, der nicht in 8 Wochen gewonnen werde, sei ein schwacher Käse. Es wäre oft besser, einen Streik schon nach 14 Tagen einfach als verloren aufzugeben und die Fort-führung auf gelegene Zeit zu verschieben.

Müllerstedt empfiehlt den Kollegen in kleinen Städten, wenn ihnen bei ihrem geringen Lohn die Beitragserhöhung zu schwer falle, diese auf die Meister abzuwälzen und endlich höhere Lohnforderungen durchzusetzen. Schön-Württemberg schildert die armseligen Verhältnisse im Schwarzwald. Für die dortigen Kollegen bedeuten 50 Pf. soviel wie für den großstädtischen Kollegen 2 M. Nach Einführung des Klassenprinzips würden sich die Ver-waltungsbeamten nicht mehr auskennen. Tschorn erklärt sich gegen die Zurückbehaltung von 10 Proz. der Einnahmen durch die Ortsgruppen. In kleinen Städten sei der Betrag zu klein; die Großstädte erhöhen aber so wie so Lokalzuschläge.

Darauf wurde der Kölner Antrag mit allen Stimmen gegen Schiller-Röhl und Bachhaus-Ramstein abgelehnt. Mit 14 gegen 9 Stimmen werden abgelehnt die Anträge auf Erhöhung des Bei-trags auf 75 Pf. und dann auf 70 Pf. Die Erhöhung auf 65 Pf. wird dagegen mit 21 gegen 2 Stimmen beschlossen. Angenommen wird auch der Antrag, von diesen 65 Pf. für den Referatsfonds 5 Pfennig bei Seite zu legen, sodas für die Erhöhung der Unter-stützung nur 10 Pfennig übrig bleiben.

Es beginnt die Spezialberatung. Zur Tagesordnung wird über eine Berliner Antrag übergegangen, der als Vorstandsmitglieder nur Widdauergeschlossenen, nicht aber allgemein Widdauer zulassen will. Meister, Werkführer und Zeichner sollen ausgeschlossen sein.

Angenommen werden folgende Anträge zum Statut:
§ 1: Bei besonderen Anlässen können Unterstüßungen und Darlehen an die Vorstände der Verwaltungsstellen, wenn es im Interesse des Vereins liegt, sowie an andere Gewerkschaften gewährt werden.

§ 2: Mitglieder, welche an Orten wohnen, wo sich weder eine Verwaltungsstelle noch ein Vertrauensmann befindet, haben sich an diejenige nächstgelegene Verwaltung des betr. Bezirks zu wenden, zu welchem der Ort gehört. In streitigen Fällen entscheidet der Centralvorstand.

§ 4 wird beschlossen, den Kollegen, welche aus andern Gewerkschaften übertreten, sofern sie 26 Wochenbeiträge geleistet haben, die 50 Pf. Eintrittsgeld zu erlassen. Man hofft damit auf viele Kollegen, die im konkurrierenden Holzarbeiter-Verband organisiert sind, einzuwirken.

Zwölfte Generalversammlung des deutschen Berg- und Hüttenarbeiter-Verbands.

Kassel, den 28. Mai 1901.

Verhandelt wurde heute zunächst über die Pensionierung der Verbandsbeamten.

Die Delegierten sprachen sich im Prinzip für Pensionierung der Verbandsbeamten aus, jedoch soll die Frage erst entschieden werden, wenn der nächste deutsche Gewerkschafts-Kongress hierüber be-raten hat.

Polorny-Jwidau referiert sodann über das Strafwesen auf den Gruben.

Redner weist darauf hin, daß es für den Arbeiter unmöglich ist, sich aus der Menge der Gesetzesparagrafen herauszufinden. Die Aus-legung der Gesetze ist auch derzeit unterschiedlich, daß sich der Arbeiter nur noch schwächer in der Materie zurechtfindet. Unser Strafwesen auf den Gruben trifft nicht das, was es bezwecken sollte. Man bestrafe wegen allerhand Sachen, die kaum der Rede wert sind. Unfre Grubenbeamten sind nicht nur Ankläger, sondern auch gleichzeitig Richter und Exekutiv. Wir haben danach zu streben, daß es nicht dem einzelnen Beamten überlassen bleibt, zu strafen, wenn er will, sondern nur da, wo es notwendig ist. Was uns ist keine Berufungsinstitution vorhanden, während man im Staat keinem Verbrecher dieses Recht abnimmt. Auf „Scham-rod“ 1 und 2 ist ein Unterstüßungsklassen-Vermögen von 80 000 M. vorhanden, mindestens 99 Prozent dieser Gelder sind durch Straf-gelder aufgebracht. Das Unsinnsige des Strafweins ist daraus zu erkennen, daß der Arbeiter, speziell der Vole, sich gar nicht vor Strafe schüßen kann, weil er die gesetzlichen Bestimmungen gar nicht kennt. Wir verlangen in erster Linie eine Entscheidungsinstitution, denn heute werden mindestens 90 Proz. der Strafen zu Unrecht verhängt. Redner schlägt im Sinne eines Referats eine Resolution vor, die einstimmig zur Annahme gelangt.

Wächter-Dortmund teilt mit: Auf einer Feste ist ein Mann entlassen worden, weil derselbe nicht auf einer Stelle arbeiten wollte, wo Wetter vorhanden waren, ferner wurde ein Arbeiter, der auf einem Stück Papier, welches er von dem Markenkontrolleur erhalten hatte, seine Kündigung einreichte, wegen Aneignung fremden Eigentums mit 3 M. bestraft. Die nachfolgenden Redner führen ebenfalls eine Reihe von Fällen an, wo nach ihrer Ansicht rigorose Strafen zu Unrecht verhängt worden sind. Wächter-Dortmund ver-leist sodann eine Resolution, die von der Versammlung angenommen wurde und in der entschieden protestiert wird gegen die Maßregelung von Bergarbeitern auf der Feste „Kaiserstuhl 1 und 11“.

Es kommt sodann zur Beratung der Punkte

Streifonds, Arbeitslosen-Unterstützung.

Hierzu liegt ein Antrag Sachs-Jwidau vor, welcher besagt, daß jedes Mitglied rechtlich wird, zweimal monatlich eine Streifonds-marke im Betrage von 25 Pf. zu entnehmen.

Dem stimmen die Delegierten zu. Alle übrigen Anträge bezüglich der Arbeitslosen-Unterstützung zc. werden abgelehnt.

Rumrehr gelangt der letzte Punkt der Tagesordnung: neuer

Statuten-Entwurf

für den Verband deutscher Bergarbeiter zur Beratung. Die Diskussion hierüber nimmt längere Zeit in Anspruch. Statt des jetzigen Statuts wurden in dem neuen Statut folgende Neuerungen eingeführt:

1. Der Verein führt den Namen Verband deutscher Berg-arbeiter.

2. Die gänzlich erwerbsunfähig gewordenen Mitglieder bezahlen die Hälfte des jeweiligen Beitrags, wenn sie vorher bereits sechs Monate dem Verbands angehört.

3. Gewährt wird für jedes Mitglied oder dessen Frau ein Sterbegeld von je 30 M. Stirbt das Mitglied vor seiner Frau, so sind zweimal 30 M. (60 M.) auf einmal zu zahlen.

Eine lebhaft diskutierte Frage über folgende Frage: Die Statutenberatungs-Kommission hatte der Versammlung den Vor-schlag gemacht, in das neue Statut den Passus aufzunehmen: „Unser Verband ist unabhängig von allen parteipolitischen und religiösen Gemeinschaften“, während es in dem alten Statut weiter heißt: „Diskussionen über parteipolitische oder religiöse Fragen sind inner-halb der Organisation verboten“.

Mit Lebhaftigkeit trat Redakteur Jüs für Beibehaltung der bisherigen Fassung des alten Statuts ein. Er meint, daß wenn man dem Vorschlag der Statutenberatungs-Kommission seine Zu-stimmung geben will, der Verband auf alle Fälle ins parteipolitische Fahrwasser hineingeworfen würde. Der Verband zähle Angehörige aller Parteien zu seinen Mitgliedern, und mit demselben Rechte, wie man von den Mitgliedern socialdemokratische Artikel aufzunehmen habe, müsse man auch den Angehörigen anderer Parteien, die zu seinen Mitgliedern zählen, Artikel in ihrem partei-politischen Sinne aufnehmen. — Schwarz-Fidel vertrat den entgegengesetzten Standpunkt. Auf Antrag Jüs fand namentliche Abstimmung statt. Die Fassung des alten Statuts, wonach Dis-kussionen über parteipolitische oder religiöse Fragen innerhalb des Verbands verboten sind, wurde wieder hergestellt mit mehr als Zweidrittel-Majorität.

Angenommen wurde ferner, das ganze Verbandsgebiet in geo-graphisch abgegrenzte Agitationsbezirke einzuteilen und die Vor-sitzer dieser Bezirke soweit nötig aus Verbandsmitteln zu befordern resp. zu entschädigen. Das Statut mit den jetzt gefassten Beschläßen tritt am 1. Juni 1901 in Kraft.

Die Anträge bezüglich der Errichtung von Rechtschutzbüros in verschiedenen Orten wurden nach längerer Debatte dem Vorstand zur eventuellen Berücksichtigung überwiesen. Der Vorstand wurde sodann ermächtigt, soweit es die Verhältnisse erlauben, andern Organisationen, die sich in bedrängter Lage befinden, Unter-stützung zu gewähren. Die hierauf vorgenommene Wahl des Vor-stands ergab folgendes Resultat: 1. Vorsitzender: Heinrich Möller-Bohum, 2. Vorsitzender: Ludwig Schröder-Dortmund. Kassierer: Johann Rier-Bohum, 1. Schriftführer: Schür-hold-Dortmund, 2. Schriftführer: Leimpeper-Ewing. Als Redakteur der Verbandszeitung wurde einstimmig Jüs-Essen wiedergewählt. Die nächste Generalversammlung findet in Ruhr-gevier, voraussichtlich in Essen statt. Schröder-Dortmund wünscht in seinem Schlußwort, daß die gefassten Beschläße zum Wohle der deutschen Bergarbeiter ausfallen mögen. Mit einem herzlichen Glück-auf! wurde die Generalversammlung geschlossen.

Fünfte Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbands.

Nürnberg, den 28. Mai.

Mit einem schwingvollen Begrüßungsschrei, vorgetragen vom Arbeiter-Gesangsverein Galgenhof, wurde heute vormittag die fünfte Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbands in der Hofbau hier selbst eröffnet. Im Namen der Verbandsmitglieder wie der Gesamtarbeiterschaft Nürnbergs begrüßte Scherm die Dele-gierten. Der erste Vorsitzende des Centralvorstands Kollege Schilde hielt die Generalversammlung im Namen des Vorstandes willkommen und gab einen kurzen Rückblick über die Ent-wicklung des Verbands in der Zeit seines jetzt zehnjährigen Bestehens. Nachdem er noch kurz die nächsten Aufgaben des Verbands und der Generalversammlung skizzierte und den als Gast anwesenden Kollegen Hansen aus Dänemark begrüßt hatte, erklärte er die Generalversammlung für eröffnet.

Anwesend sind 178 Delegierte. Bei der Wahl des Bureaus werden zu Vorsitzenden gewählt: Schmitt-München, Deisinger-Hamburg und Räber-Berlin. Die Tagesordnung wird nach Antrag des Vorstandes angenommen. Abgelehnt wird, folgende Anträge auf die Tagesordnung zu setzen: Einführung eines Kranken-zuschusses, Kaiser, Fabrik- und Gewerbe-Inspektion, Wahl der Assistenten zur Gewerbe-Inspektion durch die Arbeiter, Sozialpolitik, socialpolitische Aufgaben des Verbands. Die Ablehnung erfolgte, weil einestheils der Generalversammlung die Zeit mangelt, die höchst wichtigen Punkte eingehend zu behandeln, andererseits der eine und andre Punkt schon beim Vorstandsbericht berührt wird.

Den Vorstandsbericht erstattet der Sekretär Reichel. Zunächst stellt er einige im gedruckten Vorstandsbericht falsch wiedergegebene Zahlen richtig. So wurden in der Ge-schäftsperiode 87 Angriffstreiks geführt, von denen 10 052 Personen beteiligt waren. Davon waren 29 erfolg-reich, 40 teilweise erfolgreich und 17 gingen verloren. Der Ausgang eines Streiks war bei Abschluß des Streiks noch nicht be-kannt. Abwehrestreiks wurden 131 geführt, von denen 12 mit vollem Erfolge und 27 mit teilweise Erfolge beendet wurden, 49 gingen verloren; neun waren beim Abschluß des Streiks noch nicht beendet, 16 Streiks wurden gegenstands-los. An den Abwehrstreiks waren 6518 Personen beteiligt. Redner erklärt, auf der letzten Generalversammlung habe kaum einer einen so plötzlichen Umschwung der Geschäftslage für möglich gehalten. Trotz dieses Umschwungs sei aber der Verband in der Lage gewesen, alle seine Verpflichtungen zu erfüllen. Wenn allerdings der Vorstand manches getan habe, was einzelnen Zahl-stellen nicht paßte, so habe die allgemeine wirtschaftliche Lage dazu genötigt. Das möge man bei der Kritik beachten. Zeitweils sei der Vorstand mit Arbeit überlastet gewesen. So möge man den Vor-stand bei der provisorischen Anstellung von Hilfskräften nicht an die Zu-stimmung des Ausschusses binden, damit im Bedarfsfalle dem Bedarfs-losort Rechnung getragen werden könne. — Die Wahl der beiden Berliner Delegierten zum Pariser Kongress habe die Gesamtheit der Metallarbeiter nicht befriedigen können. Er gebe aber wohl dem Empfinden der meisten Kollegen Ausdruck, wenn er sage, es war Unrecht, wegen der Vorgänge bei der Wahl zwei verdiente Kollegen, die schließlich doch nur einen Formfehler begangen haben, zu ent-lassen. Uebrigens hätten auch diese Vorgänge bewiesen, daß es not-wendig sei, in den größeren Zahlstellen das Vertrauensmänner-System weiter auszubauen und ihnen einen gewissen Einfluß auf die Wahl der verantwortlichen Beamten einzuräumen. Auch vorläufige Werksstreiks würden dadurch verhindert werden können. Zu den Unterstüßungseinrichtungen übergehend, bemerkt der Referent, die Verzerrtheit, die bei Berechnung des Reisegelds seitens der Zahlstellen-Beamten zu Tage getreten sei, habe den Vor-stand veranlaßt, das Statut entsprechend zu interpretieren und den Verwaltungen diese Auslegung einzuführen. Durch dieses Vorgehen des Vorstandes seien dem Verband mindestens 10—15 000 M. er-spärt worden, ohne daß die Interessen der reisenden Kollegen dadurch geschädigt worden seien. — Das Circular zur Kaiserzeit sei an die Verwaltungen erlassen worden, weil große Lohnbewegungen in Aussicht standen. So habe es der Vorstand für seine Pflicht gehalten, Streiks infolge Ausperrungen bei der Kaiserzeit hantanzuhalten. Der Vorstand stehe auf dem Standpunkt, daß das Reichst wohl eine Demonstration für die Ziele der Arbeiterschaft sein solle, jedoch nicht zur Machtprobe mit dem Unternehmertum gemacht

werden solle. Bei der Beratung des Vorstandsberichts möge man sich vor Augen halten, daß der Vorstand stets das Beste des Ver-bands im Auge gehabt habe.

Die fünfte Generalversammlung des Centralverbands der Töpfer und Berufsgenossen Deutschlands.

Magdeburg, den 28. Mai 1901.

Heute wurde hier die Generalversammlung des Verbands der Töpfer eröffnet. Die Prüfung der Mandate ergab die Anwesenheit von 37 Delegierten; außerdem waren Vertreter des Vorstandes, des Ausschusses, der Generalkommission, sowie Kollege Wiedig aus Wien als Vertreter der österreichischen „Keramischen Union“ anwesend. Zu Vorsitzenden mit gleichen Rechten wurden der Vorsitzende des Central-vorstands Drunsel-Berlin sowie Braun-Magdeburg gewählt.

Der Rechenschaftsbericht des Vorsitzenden Drunsel-Berlin, der hierauf erstattet wurde, beschränkte sich auf einige Erläuterungen und Ergänzungen des den Delegierten gedruckt vorliegenden Berichts. Redner wies darauf hin, daß 57 Proz. der Einnahmen durch Streik-unterstützungen aufgezehrt worden sind. Das sei ein ungesundes Ver-hältnis, man müsse künftig vorsichtiger bei Lohnbewegungen sein. Die Statistik ergibt, daß von 6704 Kollegen, die jetzt an 70 Orten arbeiten, 4547 organisiert sind; von größeren Orten sind besonders gut organi-siert Berlin (85 Proz.), Dresden (95 Proz.); sehr unerfreulich sind die Verhältnisse in Breslau, wo nur ein Drittel der Kollegen sich der Organisation angeschlossen haben. Im allgemeinen sind die Verhältnisse im Töpfergewerbe noch recht traurige; die allerdings unvollständige Statistik ergibt, daß nur an einem Ort die Arbeits-zeit 8 Stunden beträgt; an 12 Orten beträgt sie 9 Stunden, an 38 Orten 10 Stunden, an 18 Orten 11 Stunden, an einem Ort 11—14 Stunden.

Der Kassierer Lotter erstattet sodann den Kassenbericht, aus dem sich ergibt, daß die Kasse gegenwärtig einen Bestand von 21 766,82 M. aufweist. Die Gesamteinnahmen haben 212 150,87 M., die Gesamtausgaben 190 888,55 M. betragen.

Behl-Berlin führte als Vertreter der Lokalverbände aus, daß sich bei allen Revisionen die Kasse in der tadellosesten Ordnung be-funden habe; die Verdächtigungen, die ein früherer Revisor über den Kassierer Lotter ausgesprochen habe, hätten sich als völlig grundlos herausgestellt. In Uebereinstimmung hiermit erklärte General-revisor Gruner-Dresden, daß auch er bei seinen Revisionen nichts zu monieren gehabt habe.

Behl-Dresden referierte über die Thätigkeit des Ausschusses; eigentliche Vorschläge über die Thätigkeit des Vorstandes seien nicht eingelaufen. Der Berichtsfasser regt an, das Gehalt der beiden be-sol deten Vorstandsmitglieder von 1800 auf 2100 Mark zu er-höhen.

Es begann nun eine ausgedehnte Debatte über die verschiedenen Rechenschaftsberichte. Vielesak besagt wurde die Thätigkeit der Agitationskommissionen, die absolut nicht ihre Schuldigkeit getan hätten. Außerordentlich verschieden waren die Meinungen über die Befolgung der Beamten und die eventuelle Neu-anstellung eines dritten Beamten. Die Vertreter des Vor-stands und andre Redner wiesen darauf hin, daß die letzte Generalversammlung dem Vorstande die Einführung der nament-lichen Abrechnung aufgetragen habe. Infolge der Ueberbürdung mit andern Geschäften habe dieser Auftrag nur zum Teil ausgeführt werden können. Wenn man die für die Stabilität des Mitglieds-verbands außerordentlich wichtige namentliche Abrechnung wirklich durchführen wolle, so müsse unbedingt ein dritter Beamter ange-stellt werden. In andern Arbeiterverbänden seien verhältnismäßig erheblich mehr Beamte angestellt; dort sei auch durchweg die Be-zahlung der Beamten eine bessere. Ein Gehalt von 1800 Mark sei für die Berliner Verhältnisse durchaus unzureichend. Ein Teil der Delegierten bezweifelte die Wichtigkeit der namentlichen Abrechnung. Die Anstellung eines neuen Beamten könne schon deshalb jetzt nicht beschlossen werden, weil dieser Vorschlag viel zu spät auf Tapet gebracht worden sei. Einige Redner hielten auch eine Gehalts-erhöhung der Beamten für überflüssig; ein Arbeiter verdiene meist bedeutend weniger als 1800 M. und komme auch aus.

Um 6 Uhr vertagte sich die Versammlung auf Mittwoch.

Magdeburg, den 29. Mai 1901.

Nachdem in der heutigen Sitzung die Debatte über den Bericht des Centralvorstands beendet war, wobei Wiedig-Wien interessante Mitteilungen über die Lage des Gewerbes in Oesterreich gemacht, wurde dem gesamten Vorstande Entlassung erteilt. Die Frage der Gehalts-erhöhung der Beamten wurde der Statutenkommission zur Vorberatung überwiesen. Dem Verleger des „Töpfer“, Ernst, wird in Anbetracht der Höhe der Papierpreise eine Erhöhung des Preises für die Herstellung des „Töpfer“ von 10 Prozent be-willigt.

Die Versammlung ging hierauf zu Punkt 2 der Tagesordnung über: „Die Taktik bei Lohnbewegungen und Streiks.“ Der Vor-sitzende des Centralvorstands Drunsel ging als Referent haupt-sächlich von dem Leipziger Töpferstreik aus, bei dem die Leipziger Kollegen durch ihr unbefonnenes und eigenmächtiges Vorgehen einen langen Streik infocient hätten, der von vornherein ziemlich aussichtslos war. In Leipzig hat sich wieder einmal ge-zeigt, daß vielfach über die Taktik bei Streiks noch ganz falsche An-schauungen herrschen. Man müsse bei Lohnbewegungen möglichst diplomatisch verfahren und, wenn möglich, auf gutlichem Wege zum Ziele zu kommen suchen. Der Streik dürfe nur im äußersten Not-falle beschlossen werden und nur dann, wenn er wenigstens einiger-maßen aussichtslos erscheine. Ein fehlschlagener Streik werfe die Organisation erfahrungsgemäß um Jahre zurück. Um für die Zukunft Vorurteile wie die Leipziger zu vermeiden, seien in dem neuen Statutenentwurf genaue Bestimmungen enthalten, die dem Central-vorstand einen gewissen Einfluß auf die Leitung von Lohn-bewegungen geben. Solche Befugnisse habe der Vorstand zwar eigentlich bisher auch schon gehabt, die bisherigen Be-stimmungen seien aber unklar gewesen und hätten zu Mißbräuchen Anlaß gegeben. — In der Debatte fanden die Ausführungen des Referenten ziemlich allgemeine Zustimmung; namentlich das Vor-geden der Leipziger wurde zum Teil in sehr scharfen Ausdrücken ge-geißelt. Krämer-Leipzig stand mit seinem Bewußten, die Leipziger zu verteidigen, gänzlich isoliert da.

Um 12 Uhr tritt eine zweistündige Mittagspause ein.

Der dritte christliche Gewerkschafts-Kongress.

Arsfeld, 28. Mai.

Festgestellt wurde in der heutigen Sitzung, daß der Kongress von 54 Delegierten besucht ist. Die finanzielle Lage des Gesamtverbands wurde als sehr schlecht bezeichnet; es sei mit einem Beitrag von 5 Pfennig pro Quartal und Mitglied nicht auszukommen. Der Beitrag muß auf 10 Pfennig erhöht werden.

Es wurde bekannt gegeben, daß die Delegierten, welche gegen die bekannte Kölner Erklärung gestimmt haben, die also in den christlichen Gewerkschaften radikale Politik treiben wollen, 7730 Mit-glieder vertreten. Diese Opposition hat ihren Sitz in Berlin, Köln, Aachen, Düren, Elberfeld und Duisburg.

Wildeberg-Berlin hielt ein Referat über das Unterstüßungswesen in den christlichen Gewerkschaften.

Der Referent steht in der Einrichtung von Unterstüßungskassen ein Agitationsmittel für die Gewerkschaften. Interessant sind seine Ausführungen nur insoweit, daß er im Gegensatz zu andern christ-lichen Gewerkschaftsführern anerkennt, daß die Unternehmer, ob christlich oder nicht, sich nur der Macht fügen. Das ganze Bestreben der Unternehmer, auch der christlichen, gehe dahin, die Arbeiter-Organisationen zu zertrümmern, deshalb müsse durch hohe Beiträge für eine gute Kriegskasse gesorgt werden.

In der Debatte wurde darauf hingewiesen, daß die Schäden, die das Wirtschaftsleben schädige, nicht durch Selbsthilfe beseitigt werden können. Der Kongress wäre der Ort, wo dagegen protestiert werden müsse, daß keine gesetzlichen Reformen eingeführt würden. Der

Staat sei verpflichtet einzugreifen und deshalb müsse man versuchen, Einfluss auf die Gesetzgebung zu gewinnen. Es müsse für den geordneten Arbeiter geordnet werden, wenn alle die Unterstufungseinrichtungen eingeführt würden, dann veränderten sie wie die Dirsch-Dunderschen Gewerkschaften.

Schließlich gelangte folgende Resolution zur Annahme: „Der Kongress erklärt als Hauptaufgabe die Erzielung guter Lohn- und Arbeitsbedingungen. Dazu bedarf es aber hoher, stabiler Mitgliederzahlen und genügender Kassennittel. Diese zu erlangen, empfiehlt der Kongress den Gewerkschaften, entsprechend hohe Beiträge anzusetzen, um den Mitgliedern Kranken- und Sterbegeld, sowie Arbeitslosen- und Reise-Unterstützung gewähren zu können.“

Da die gesetzliche Arbeiterversicherung für alle Wechselfälle keine Fürsorge trifft, ist seitens der Gewerkschaften auf geeignete Unterstützungsanstalten Bedacht zu nehmen.

Da die Zahlung jeglicher Unterstützung nur als Mittel zum Hauptzweck der Gewerkschaft dienen soll, sind besondere Kasseneinrichtungen thunlichst fernzubehalten, damit alle Gelder der Gewerkschaft zu jeweiliger Aufgabe zur Verfügung stehen. Besondere Kasseneinrichtungen sind nur da zu schaffen, wo es die Verhältnisse absolut bedingen.“

Sodann hielt Herr Kruse-Altenessen einen Vortrag über „Die Verleihung von Korporationsrechten und Rechtsfähigkeit an Berufsvereine“. Dieses Referat und die nachfolgende Diskussion, welche keine beachtenswerten Punkte bot, zitierte folgende Resolution:

Der 3. Kongress sieht in der Verleihung von Korporationsrechten und Rechtsfähigkeit an Berufsvereine einen wesentlichen Fortschritt zum Schutze und zur freiwilligen Entwicklung derselben, wenn gleichzeitig anderweitige hemmende Gesetzesbestimmungen aufgehoben und den Berufsvereinen keine anderen, die notwendige Bewegungsfreiheit derselben hindernden Verpflichtungen auferlegt werden.

Inbesondere ist die Einreichung der Mitgliederlisten in Formfall zu bringen und die Einreichung der Statuten, der Listen der Vorstandsmitglieder sowie die befürdliche Uebersetzung der Vereinsverfassungen als ausreichend zu erachten.

Auf Befinden der Vereinsleiter müssen beliebige Nichtmitglieder in jedweder Zahl zu den Vereinsversammlungen ungestörten Zutritt haben.

Den Berufsvereinen ist ferner die freie Verfügung über alles Vereinsvermögen zu jedem Zwecke im Rahmen der Statuten zu belassen.

Endlich ist den über 14 Jahre alten Personen beiderlei Geschlechts, sobald sie irgend welche Berufsarbeit verrichten, der freie Zutritt zum gemeinsamen Berufsvereine für die verschiedenen Gruppen zu ermöglichen.

Der Kongress erachtet die bisherigen Bestimmungen des Vereinsgesetzes, nach welchem alle Vereine, welche sich mit öffentlichen Angelegenheiten befassen, also auch solche, welche sich nur mit Socialpolitik beschäftigen, als politische Vereine betrachtet werden, als unzeitgemäß, und der freien Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung und der sozialen Vereine hinderlich.

Der Kongress fordert deshalb die politischen Parteien auf, daß ihre Vertreter in den gesetzgebenden Körperschaften auf eine Abänderung des Vereinsrechts drängen. Und zwar durch Reichsgesetz unter dem Vorbehalte, daß dadurch bei den Einzelstaaten keine Verschlechterungen der gesetzlichen Bestimmungen eintreten.“

Der letzte Zusatz war auf Betreiben der Süddeutschen hinzugenommen worden, weil diese befürchteten, es könne das preussische Vereinsrecht im ganzen Reich eingeführt und sie dadurch benachteiligt werden.

Es wurde dann bekannt gegeben, daß am Nachmittag die Generalversammlung des Gesamtverbandes stattfindet, wozu die Vertreter der Presse keinen Zutritt erhalten. Auf dieser Generalversammlung will man versuchen, den Riß zu verkleben, der durch den Vorsitzenden des christlichen Metallarbeiter-Verbands, Wieder-Duisburg, verursacht worden ist.

Krefeld, 29. Mai. Wie telegraphisch berichtet wird, wurde in der heutigen Sitzung des Kongresses christlicher Gewerkschaften eine Resolution angenommen, in welcher die christlichen Arbeiterorganisationen aufgefordert werden, dem Ausbau der Krankenkassen ihre Aufmerksamkeit zu schenken. Ferner fand folgende Resolution Annahme: „Der dritte Kongress christlicher Gewerkschaften sieht in der im Reichstag bereits in zweiter Lesung angenommenen Reform des Gesetzes betreffend Gewerbebetriebe, besonders in der Erweiterung der Tätigkeit derselben durch Einführung des Verhandlungszwangs vor dem Einigungsamt einen erfreulichen Fortschritt zur friedlichen Beilegung gewerkschaftlicher Streitigkeiten. Die christlichen Gewerkschaften protestieren entschieden gegen die Versuche verschiedener Unternehmerverbände, den Verhandlungszwang auf dem Boden der Gleichberechtigung aus den Reformbeschlüssen des Reichstags wieder zu beseitigen; sie fordern die Reichsregierung und die politischen Parteien auf, diesen Bestrebungen keine Folge zu geben. Die christlichen Gewerkschaften haben zu der Reichsregierung das Vertrauen, daß sie den in der Novelle zu dem fraglichen Gesetz enthaltenen Reformbeschlüssen des Reichstags ihre Zustimmung nicht vorenthalten werde.“

Um 1 Uhr mittags wurde der Kongress geschlossen. Der nächste findet 1902 in München statt.

Der Verbandstag der Dirsch-Dunderschen Gewerkschaften

findet in Köln statt. Auf der Tagesordnung stehen u. a.: Die Arbeiterwohnungsfrage; die Krankenversicherungs-Novelle; die Neutralisierung der Berufsvereine. Von besonderem Interesse sind die Anträge der Dirsch-Dunderschen auf Befreiung des berichtigten „Reveres“, der den Socialdemokraten die Mitgliedschaft verbietet.

und ferner ein Antrag auf Abschaffung der Stelle des Verbandsanwalts.

Das Organ der unzufriedenen Düsseldorf, der „Gewerkschaftsbote“, widmet dem Verbandstag einen heißen Artikel, dem wir folgendes entnehmen:

„Schwieriger als sonst ist die Aufgabe der Versammlung. Wiederum steht sie vor der schwierigsten und schwerwiegendsten Frage unserer Organisation, vor der Frage: Wie kommt es, daß während alle anderen deutschen Arbeiterorganisationen mit Hunderttausenden rechnen und mit Hunderttausend Mitgliedern wachsen, wir als die älteste Organisation keine Fortschritte machen und die schwächste und bedeutungsloseste bleiben? ...“

Die aus der Socialdemokratie hervorgegangenen Gewerkschaften haben unsere Organisation um Hunderttausende überflügelt, und selbst die kaum einige Jahre alten christlichen Gewerkschaften haben uns ebenfalls bei weitem überholt, und sie nehmen in der öffentlichen Meinung eine bei weitem größere Bedeutung in Anspruch als unsere alte Organisation. Wir allein bleiben gerade stark genug, um unsere Organisation bestehen zu lassen, und wenn nicht der Gewerkschaften der Maschinenbauer sich noch einermäßen regte und vermehrte, so würde unsere Organisation, dank dem Stillstand in vielen der kleinen Gewerkschaften, nicht einmal den geringen Zuwachs von sechs Prozent zu verzeichnen haben, aber den wir im vorigen Jahre verzeichnen konnten. Woher kommt das? Ohne Zweifel wird die Verbandsleitung auf diesmal wieder über eine Reihe von Hindernissen, die ihr als Entschuldigungsgründe dienen müssen zu berichten wissen. ... Aber diese Gründe haben wir nun schon auf allen Verbandstagen zum Ueberdruß hören müssen. ... Unsere Organisation ist krank an ihrer Berliner Centralisation und an ihrer Beamtenhierarchie. Man ordonniert und beschließt von Berlin aus, unsere Beamten haben sich daran gewöhnt, autoritativ zu regieren, und demgemäß läßt denn auch der Ton, worin manche von ihnen replemetieren, an autokratischer Bestimmtheit nichts zu wünschen übrig. ...“

Die erste Hauptverhandlung fand am Dienstag statt. Redacteur Goldschmidt verlas den von Dr. Max Girsch verfaßten dreizeh gehaltenen Bericht über die Entwicklung und die Tätigkeit der Gewerkschaften und des Verbands seit dem vorigen Verbandstag (1898). Daraus geht hervor, daß der Verband Ende 1900 in rund 1800 Ortsvereinen 92 000 Mitglieder zählte gegen 80 000 in 1688 Ortsverbänden Ende 1897. Nach einer kurzen Diskussion über den Bericht redeten die Herren Goldschmidt-Fischer und Herberger-Galle über die Arbeiterwohnungsfrage. Die sich daran anschließende Beratung nahm den ganzen Dienstagnachmittag in Anspruch.

Gerichts-Beitrag.

Verschmitzte Beträgerinnen und Diebstähle eines erst 16 Jahre alten Mädchens beschäftigten gestern die 6. Berufungs-Strasammer des Landgerichts I. Aus der Untersuchungshaft wurde die im Oktober 1885 geborene Ludovika Kleinheldt vorgeführt, die vom Schöffengericht zu einem Jahre Gefängnis verurteilt worden war. Die Angeklagte, die eine gute Erziehung genossen hat und einen gewinnenden Eindruck macht, hat ihren Eltern nur kümmerlich bereitet. Sie hatte kaum das strafmündige Alter erreicht, als sie wegen Betrugs mit einem Verweise bestraft wurde. Schon mit dem 14. Lebensjahre ergab sie sich einem lieblichen Lebenswandel, wodurch sie sich eine Gefängnisstrafe von 4 Monaten zuzog. Dann folgte eine zweite Verurteilung wegen Betrugs, und nun verfiel die Angeklagte auf einen eigenartigen Trick, vor dem damals in den Blättern gewornt wurde. Die zur Auflage stehenden Fälle waren übereinstimmend ausgeführt. Die Angeklagte ermittelte die Wohnungen alleinstehender, in armen Verhältnissen wohnender Witwen. Am 21. November stellte sie sich bei einer Witwe Reichardt ein. Sie gab an, daß sie die Besichtigung eines Herrn v. Krause sei, der in der Mathenwerstraße 51 wohne und dem der Kaiser von Rußland aus Anlaß eines freudigen Familienereignisses eine größere Summe zur Verfügung gestellt habe, mit der Bestimmung, dieselbe an alle hilfsbedürftigen Witwen zu verteilen, welche keine Armenunterstützung erhielten. Die Witwe war natürlich ob der Nachricht hoch erfreut und die Besucherin fand freundliche Aufnahme. Die Angeklagte erklärte, daß das Geld schon am Nachmittag des folgenden Tags abgeholt werden könne, sie werde sich dann zu einer bestimmten Zeit bei ihr einfinden und sie zu Herrn v. Krause begleiten. Der Sicherheit halber wollte sie dessen Adresse aber auf ein Stück Papier schreiben. War Schreibmaterial sofort zur Stelle, so hat die Besucherin um eine Tasse Kaffe und bewirkte dadurch, daß die Wohnungsinhaberin die Stube für kurze Zeit verlassen mußte. So geschah es bei der Witwe Reichardt, die nach dem Fortgange der Angeklagten erbedachte, daß ihr Portemonnaie mit einigen Mark Inhalt gestohlen worden war. In anderen Fällen hatte die Angeklagte Ringe oder andre Wertgegenstände gestohlen. Der angebliche Herr v. Krause war natürlich nicht zu finden. Eine arme Witwe opferte der Angeklagten ihre letzten 20 Pfennig, da die letztere sagte, daß sie ihr Portemonnaie vergessen habe und kein Wiederholungs-geld bestimme. Vor der Berufungsinzanz beharrte die Angeklagte bei ihrem hartnäckigen Leugnen, trotzdem der Verteidiger, Rechtsanwalt Leonhard Friedmann, selbst anerkennen mußte, daß die geschädigten Frauen sie mit aller Bestimmtheit als die Diebin wieder erkannt hätten. Der Verteidiger mußte sich darauf beschränken, um eine niedrigere Strafe zu bitten.

Der Gerichtshof erkannte auf sechs Monate Gefängnis.

Eine Reihe grober Vertrauensbrüche füllten gestern den Reisenden Albert Mathias unter der Auflage des wiederholten Betrugs vor die 3. Strafkammer des Landgerichts I. Neben ihm saßen 10 Personen wegen Beihilfe auf der Anklagebank. Der Angeklagte war von dem Subdirektor Geist auf Grund einer Annonce als Generalagent für eine auswärtige Versicherungsgesellschaft angestellt worden. Er hatte sich dabei ganz das Gepräge eines soliden, reellen Mannes gegeben und es verstanden, einen sehr vertrauenswürdigem Eindruck zu machen. Er erklärte, zur Zeit Geld nicht zu

besitzen, stellte aber eine halbjährige Erbschaft in Aussicht und wartete auf Verlangen mit Bürgen auf, die in Höhe von 2000 M. für ihn aufлагten. Thatsächlich waren dies aber Bürgen von der Sorte, die man in Berlin nötigenfalls für einen Schnaps haben kann; sie besaßen selbst nicht einen Heller, übernahmen aber schlantweg die Bürgschaft in genannter Höhe. Als Mathias auf Grund der falschen Vorspiegelungen und des günstigen persönlichen Eindrucks, den er gemacht, als Generalagent engagiert worden war, gingen die Betrügereien im großen Maßstabe los. Er verschickte alles, was ihm unter die Finger kam, zu recht hohen Summen. Seine Mitangeklagten gehörten zu denen, die er leicht dazu überredete, Versicherungsanträge zu unterschreiben, die niemals ernst gemeint waren und für ihn nur als Mittel zum Zweck dienten. Er bezahlte die erste Prämie aus seiner Tasche, gab ihnen selbst noch ein kleines Douceur und ließ sich auf Grund der fingierten Versicherungen Provisionsvorschlüsse in Höhe von etwa 2800 M. von der Direktion auszahlen. Die Mitangeklagten haben keinerlei weitere Zahlungen auf die Policen gemacht. Daneben fielen dem Angeklagten Mathias noch zwei Fälle der Kautionsdelinquenz zur Last: er hat zwei Leuten, die er als Kaffierer angenommen, Beiträge von 500 M. und 80 M. abgeschwindelt. Der Staatsanwalt hielt das Treiben des Angeklagten Mathias für gemeingefährlich und beantragte gegen ihn 5 Jahre Gefängnis und 5 Jahre Ehrverlust, gegen die übrigen Angeklagten mehrmonatige Gefängnisstrafen. Das Gericht verurteilte Mathias zu 3 Jahren 2 Monaten Gefängnis, wovon vier Monate für verbißt erachtet wurden, nebst Ehrverlust auf 5 Jahre. Die übrigen Angeklagten wurden mangels hinreichenden Schuldbeweises freigesprochen.

Wegen gefährlicher Körperverletzung hatte sich gestern der Arbeiter Richard Reiche vor der VI. Strafkammer Landgerichts I. zu verantworten. In einem Lokal des Nordens tagte am 6. Februar der Theaterverein „Sirena“. Vierzehn Tage vorher war der Arbeiter Joachim, ein Bekannter des Angeklagten, in demselben Lokal durch Messerstiche verletzt worden, und als er am 6. Februar zusammen mit Reiche das Lokal wieder besuchte, öffnete der letztere die Thür des Raums, in welchem der Theaterverein tagte und rief hinein: „Wo sind denn die Messerstecher?“ Darob große Entrüstung bei den Verehrern Thalias, die dadurch ihren Ausdruck fand, daß man den unangenehmen Frager zur Thür hinausdrängte. Er wartete auf der Straße auf seine Begleiter, die inzwischen mit den Mitgliedern des Theatervereins in Wortstreit geraten waren. Einige Vereinsmitglieder begaben sich auf die Straße und verfolgten den Angeklagten Reiche bis zum Sirenaplatz, wo sie ihn einholten. Als ihn der Arbeiter Reiche am Arm festhalten wollte, verfecht ihm der Angeklagte mit einem Messer einen Stich in den rechten Oberarm und brachte ihm eine 7-8 Centimeter lange Wunde bei. Reiche ist 4 Wochen arbeitsunfähig gewesen. Wie bei allen Messerstechereien griff auch hier das Schöffengericht zu einer nachdrücklichen Strafe und verurteilte den Angeklagten zu 8 Monaten Gefängnis. In der Berufungsinzanz stellte sich der Vorgang wesentlich anders dar, als vor dem Schöffengericht. Auf Grund der erneuten Weisungsaufnahme kamte Rechtsanwalt Dr. Schwindt die Freisprechung des Angeklagten beantragen, denn es ergab sich, daß derselbe von etwa 12-15 Personen verfolgt worden war, daß sich eine Art wilder Jagd hinter ihm her entwickelte hatte und sich Reiche einer Ueberzahl von Personen gegenüber befand, die recht bedrohlich auf ihn eindrangen. Die Strafkammer war mit dem Verteidiger der Ansicht, daß sich der Angeklagte im Stande der Notwehr befunden habe; sie hob daher das schöffengerichtliche Urteil auf und erkannte auf Freisprechung.

Versammlungen.

Der socialdemokratische Wahlverein für Charlottenburg hielt am 23. Mai eine gut besuchte Generalversammlung ab, in welcher Genosse Göhre einen interessanten Vortrag über Erziehungsfragen hielt. Seinen Ausführungen folgte eine längere Diskussion, an welcher sich die Genossen Schneider, Göhre, Waale, Später, Dr. Conrad Schmidt u. a. beteiligten. Als Delegierte für die am 9. Juni stattfindende Generalversammlung des Centralwahlvereins wurden die Genossen Waale, Sellin und Viebke gewählt. Waale macht sodann auf die Möglichkeit der Auflösung und Neuwahl des Landtags aufmerksam und regt an, daß der Central-Wahlverein die Wahlvorbereitungen rechtzeitig treffe.

Nach Neuaufnahme von 20 Mitgliedern wird auf den Beschluß der letzten Generalversammlung verwiesen, daß ein jedes Mitglied seine Beiträge nur in dem Bezirk, in dem es wohnt, zu entrichten hat.

Alle diejenigen, welche ihre Mitgliedsbücher noch nicht umgetauscht oder die neuen noch nicht abgeholt haben, werden ersucht, das unverzüglich zu thun.

Berein abstinenter Arbeiter und Arbeiterinnen. Heute abend 8 1/2 Uhr: Versammlung bei Jakob Landa, An der Stadtbahn 5. Gäste willkommen.

Witterungsübersicht vom 29. Mai 1901, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. (° C)	Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. (° C)
Swintende	761	SSW	1	heiter	15	Dapartanda	758	—	4	heiter	4
Dansburg	760	SS	1	hb. beb.	15	Petersburg	754	SS	1	wolkig	13
Berlin	761	SS	3	heiter	15	Gort	760	SS	4	Regen	13
Frankf./M.	760	SS	2	heiter	17	Koblenz	—	—	—	—	—
München	763	SS	2	hb. beb.	17	Hann.	760	—	1	wolkig	20
Wien	761	SS	1	wolkig	15	—	—	—	—	—	—

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 30. Mai 1901. Warm und vielfach heiter bei schwachen südlichen Winden und etwas Neigung zu Gewittern.

Berliner Wetterbureau.

Am 28. Mai, vormittags, nach kurzer Krankheit unser lieber Mitarbeiter, der Steinbruder

Paul Schnitger

im 32. Lebensjahre.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 31. Mai, nachm. 5 Uhr, von der Leichenhalle des Thomas-Richthof in Hildorf, Hermannstraße, aus statt.
Berlin, 29. Mai. (10952)

Das Personal der G. E. Hermannschen Buchdruckerei.

Centralverband deutscher Maurer.

Zahlstelle Berlin II.

Am Montag, den 27. d. M., verstarb unser Verbandskollege

Wilhelm Hennig

im Alter von 54 Jahren infolge eines Unfalls.

Ehre seltsam Andenken.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 30. d. M., nachm. 5 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofs der St. Johannsgemeinde Wilmersdorf aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung bittet
137/16 Die Verbandsleitung.

Wohlfahrts-Geld-Lotterie

zu Zwecken der deutschen Schutzgebiete.
16 870 Gewinne im Betrage von

575 000 Mark.

Ziehung 31. Mai bis 5. Juni.

Die Hauptgewinne sind
100 000—50 000—25 000—15 000 Mk. etc.

Original-Lose a 3,30 Mk. (Porto und Liste 30 Pf. extra) empfohlen und versenden auch gegen Nachnahme, Coupons und Briefmarken

Bank-Berlin W.,
Neubauer & Co., Geschäft, Friedrichstr. 198/199, Ecke Krusenstr.

Telegr.-Adr: Millionenecke.

Berufs-Bekleidung und Wäsche-Fabrik

D. Wurzel & Co.

11619*)
jetzt: Köpniekerstrasse 160, Hantelcolstrasse.
Ecke

Möbelstoffe!

auch Reise Gelegenheitskauf:
Moquelet-Plüsch 5,35 M.
per Meter (130 Centimeter breit).
Wanter bei näher. Angabe franco.
Berlin S.,
Emil Lefevre, Oranienstr. 158.

F. BALZER'S OPTIMUM

ist das einzige Kopfwaschwasser, welches alle in den Wunden überzogene Stellen für Kopfle und Haarpflege überaus geeignet ist.
In jeder Drogerie, Friseurgeschäft, Apothek.

Alle Wanzen

sterben sofort nebst Brut durch meinen Wanzentod. Fl. 0,50 u. 1 M.
Schwaben, Rassen, Flöhe werden durch mein Pulver vollständig vernichtet. Schfl. 30 Pf., 60 Pf., 1 M.
1000 Mark Belohnung zahle demjenigen, der mir einen Nichterfolg nachweist. Zahlreiche Anerkennungen. Nur allein echt bei
Hugo Barth, Drogerie, Brunnenstr. 18. Gde. Veteranenstr.

Maschinen-Anzüge

in allen Grössen.
Anzug 3,00 und 5,50 Mk.
Jacken 1,50 und 2,75 Mk.
Hosen 1,50 und 2,75 Mk.
Carl Stier, 7852*) Oranienstr. 166.

Verband der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.

Zahlstelle Berlin III.

Sonntag, den 2. Juni, nachmittags 4 Uhr, im Kolberger Salon, Kolbergerstrasse Nr. 23:

Mitglieder-Versammlung mit Frauen.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag über: Der Kampf ums Dasein. Referentin: Genossin Frau Meich. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten und Beschiedenes.
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht
Die Ortsverwaltung.

Zähne

vorgut, feyn, Garantie, Teilzahl. Plambieren. Schmerzloses Zahnziehen, Amalgam, schlechtes Gebisse. Goldsteln, Oranienstr. 123.

Arbeits-Anzüge

für jeden Industriezweig, kauft man billig bei (14022*)

Adolf Wecker

3. Mühlendamm 3.

Wer sich wie ein Wurm gewunden, Weill sein Magen ihn verdummt: Durch 'nen 'Wurm' wird er gesund, Wenn er öfters davon nimmt!
Berlangen Sie gef. ausdrückl. **Wurms Hagendoktor!**

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion kein Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 30. Mai.
Cyrenaus. Margarete. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Emilia Galotti. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues Opern-Theater (Kroll). Rommel Angst. Anf. 7 1/2 Uhr.
Schiller. Der Erlöser. Anfang 8 Uhr.
Deutsches. Ein Volksfeind. Anfang 7 1/2 Uhr.
Kessling. Der tolle Vidmar. Anfang 7 1/2 Uhr.
Vestner. Ueber unsre Kraft. (2. Teil.) Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichens. Rosa. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Schauspiel des Schiller'schen Bauern-Theaters. Der Propstbauer von Tegernsee. Anfang 8 Uhr.
Westen. La Traviata. Anfang 7 1/2 Uhr.
Secessionsbühne. United Theater: Ueberbrett. Anf. 8 Uhr.
Thalia. Gespiel der Deutschen Genossenschaftsbühne: '3 Kaiserl.'. - Dreas Frau. Anfang 8 Uhr.
Central. Die Geisha. Anfang 8 Uhr.
Palmen. Proff! Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmsbühne. Mit Selbst. Anfang 7 1/2 Uhr.
Carl Weich. Pension Schöller. Anfang 8 Uhr.
Welle & Alliance. Auftreten der edlen Geisha-Troupe. Vorführung. Anfang 7 1/2 Uhr.
Metropol. Spezialitätenvorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr.
Wpello. Spezialitäten-Vorstellung. Anf. um Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. in. Steintiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Vollage. Varietät. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr.
Vollage. Theater. Damen-Kings-Kampfe. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr.
Urania. Zauberspiel. 18/19. (Im Theaterbau) Abends 8 Uhr.
Su kleinen Preisen: Malerische Wanderungen durch die Mark Brandenburg.
Jubiläumskasse 57/62.
Täglich abends von 8-10 Uhr.
Sternwarte.

Urania

Tauben-Strasse 48/49.
 Im Theater um 8 Uhr:
 zu kleinen Preisen:
Malerische Wanderungen durch die Mark Brandenburg.
 Invalidenstr. 57/62.
Tägl. Sternwarte.

Neu! Neu! Neu!
 Die sensationellen
 Mintra-Malaysen v.
 Malakka und
 Singapur.
Castans Panopticon
 geöffnet
 v. 9 Uhr früh
 bis 10 Uhr abds.
 Entree 50 Pf.
 Kinder die Hälfte.

Zoologischer Garten

Täglich nachmittags 4 Uhr:
Militär-Doppel-Konzert.
 Entree 1 Mark
 von abends 7 Uhr ab 50 Pf.
 Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.
 In der „Völker-Arena“:

Beduinen-Karawane

Männer, Frauen, Kinder, mit
 Pferden, Dromedaren, Eseln etc.
 Schanzstellungen, Wochentags: 1/2, 5, 1/2, 7 Uhr nachmittags. Sonntags:
 12, 4, 5, 6, 7 Uhr.
Entree direkt v. d. Strasse an d.
 Stadtbahn: 50 Pfennig.
 Kinder 25 Pf. Cartenschauher
 zahlen 25 Pf., Kinder 15 Pf.

Central-Theater.

Neu! **Die Geisha.**
 Operette in 3 Akten v. Sudner Jones.
 Abends folgende Tage: Die
 Geisha. - Anfang 8 Uhr.

Thalia-Theater

Neu! **Der Dieb. Neu!**
 Komische Operette in einem Akt
 von G. Willstätter.
 Im Saale: Gr. Wall.

W. Noacks Theater.

**Konzert, Theater- und
 Spezialitäten-Vorstellung.**
Der arme Poet.
Neu! Der Dieb. Neu!
 Komische Operette in einem Akt
 von G. Willstätter.
 Im Saale: Gr. Wall.

Freie Volksbühne.

Sonntag, den 2. Juni, nachmittags 2 1/2 Uhr
 im Carl Weiss-Theater V. Abteilung:
Der grüne Kakadu.
 Hieraus:
Scherz und Ernst. Szenen und Lieder.
 Zur Orientierung über die Neueinteilung
 der Abteilungen in nächster Saison und
 den Spielplan werden die Mitglieder ersucht,
 die im Programm-Haft 10 d. J. erlassene Be-
 kanntmachung des Vorstands genau zu beachten
 und zu verbreiten.
 Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

Max Kliems Sommer-Theater

Hasenheide 13-15. - Künstliche Leitung: Paul Milbitz.
 Täglich: [16492]
Gr. Konzert, Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.
 Jeden Montag: Sommerfest. - Jeden Mittwoch: Die beliebtesten
 Klavierstücke. - Jeden Donnerstag: Elite-Tag.
 Die Kaffeeküche ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet.
 2 hochlegante Regeldamen, Würfelreden, Konditorei, Blumenstand etc.
 Sonntag, Montag und Donnerstag in den Sälen:
Familien-Fränkchen.

Metropol-Theater

W., Behrenstraße 35/37.
**Das anerkannt beste
 Mai-Spezialit.-Programm.**
 18 Nummern.
 Anfang 8 Uhr.
 Familien überall gebietet.

Prater-Theater

Kastanien-Allee 7/9.
Aus dem Volke.
 Vollständig mit Gesang und Tanz in
 4 Bildern
 Auftreten der Excellent-Charlotten
 Hedwig Döring, des Cordesque-
 Komikers Paul Coradini, der Gebrüder
 Damm, Uffobaten, The Garays, Rab-
 jahler, Mr. Barillaga lebende Photo-
 graphien, Konzert im Ball.
 Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf.
 Nummerierter Platz 50 Pf.
 Kalbo.

**Deutsche
 Konzerthallen**

An der Spandauer Brücke 3.
**Der grosse schattige
 Sommergarten ist er-
 öffnet.**
 Täglich: Internationale
Künstler-Konzerte.
 4 ausländische Kapellen.
Die Boeren.
 Im 6. und 7. Bogen: Theater-
 Abteilung: „Die Bohème“
 (Künstler-Varieté).
 Von mittags 12 Uhr bis
 3 Uhr nachm. „Bürgerliches
 Diner“. Preis pro Couvert
 75 Pf. 4 Gänge.

**Reichshallen
 Steffiner Sänger.**

Gute Hochzeit in
 de Müllerstraße.
 Anfang:
 Donnerstag 8 Uhr.
 Sonntags 7 Uhr.

Carl Weiss-Theater

Gr. Frankfurterstr. 132.
 Anfang 8 Uhr
Pension Schöller.
 Im Garten: Theater, Konzert
 und Spezialitäten. Anfang 6 1/2 Uhr.

Schweizergarten

Am Königsthor. Am Friedrichshain.
 Täglich:
**Konzert, Theater, Speciali-
 täten-Vorstellung und Ball.**
**Volksbelustigungen aller
 Art.**
 Jeden Abend 10 Uhr:
**Hoppla, Vater siehst ja
 nicht.**

Sanssouci

Im Garten:
**Täglich:
 Nordd. Sänger
 und Konzert.**
 Anfang d. Konzerts 5 Uhr,
 der Sotree 7 Uhr. Wochen-
 tage 6 Uhr, d. Sotree 8 Uhr.
 Entree 30 Pf.
 Sonntag, Montag und Donnerstag:
Tanzkränzchen.
 Wochentags Vereinsbillard gültig.
 Tanz frei.
 Kaffeeküche täglich ab 4 Uhr geöffnet.
 Zum Besuche d. Restaurationsgartens
 (ohne Entree) wird höf. eingeladen.

**Sommer-Theater
 „Alter Dessauer“**

Artilleriestr. 32.
 Kritischer Leiter: Hans Johannes
 Schatiger, geleiteter Theater-Garten.
 Täglich:
**Gr. Spezialitäten- u. Theater-
 Vorstellung.**
 Heute, Donnerstag:
Elite-Familien-Abend.
 Novität. Nielsen-Erfolg.
 Freiwillaige nach China.
 Selbständ mit Gesang und Tanz in
 2 Bildern von Johannes Eißner.
 Anfang: 1/2 8 Uhr.
 Nach der Vorstellung: Tanzkränzchen.
 Kaffeeküche von 3-5 Uhr geöffnet.
 Diese Elite-Familien-Abende, ver-
 bunden mit Premiere neuer Theater-
 stücke, finden jeden Donnerstag statt.
A. Ladewig.

**Rad-Rennbahn
 „Kurfürsten-Damm“**

Donnerstag, 30. Mai,
 abends 8 Uhr.
**Bis zur Entscheidung!!
 Hackenschmidt
 Petersen
 eventuell
 Lurich
 Piening
 Bis zur Entscheidung!!**

Klein-Klinke Böhne

ohne Wurzel-
 Entfernung!
 Garantiert
 schmerzlos!
 Zahn- u. Wurzel-
 operat. Plomben etc.
 Volljährige Garantie.
Zeitsparung Woche 1 Mark.
Bruno Steffens, Alexanderstr. 21
Herren-Anzüge
 u. Paleots, eleg. Ausführung, auch
 nach Maß, geg. Kaffe u. Teitzahlung.
J. Kurzberg, part., kein Laden.

Vorsicht Mütter!

Zum Schrecken der Eltern erkrankten sehr viele Kinder
 nach dem Genuss von Milch in der Zeit, wo die Mütter mit
 Gras oder Rüben gefüttert werden, weil die Nahrung infolge
 dieser Futtermittel bei den Kindern die heftigsten Darmtran-
 beiten hervorruft.
 Gewissenhafte Eltern bestellen deshalb während der heißen
 Jahreszeit die bewährte Trockenmilch bei der „Milch-
 turanstalt Schweizerhof“.
1 Ltr. Kindermilch 35-50 Pf.
 Für Säuglinge, die diesen Gefahren besonders ausgesetzt
 sind, wähle man die bewährte Prof. Gärtner's Säuglings-
 milch, welche wir in mehreren, dem Alter des Kindes an-
 gepassten Mischungen, trinkfertig und sterilisiert liefern.
 Gärtner's Säuglingsmilch ist der natürlichste Ersatz der
 Frauenmilch und weiß die glänzendsten Ernährungserfolge
 auf, die sie bei der Säuglingsernährung erzielt worden sind.
Bollmilch in plombierten Flaschen 1 Ltr. 20 Pf.
 frei Küche. (16935*)

**Milchkuranstalt
 Schweizerhof**

NW., Embeserstr. 40/41. Telefon: Amt II, Nr. 2517.
Dresdener Kasino
 86 Dresdenerstrasse 86
 empfängt seine 2-800 Personen fassenden Festabte zu Privat- und
 Vereinsfeiern, Hochzeiten u. Versammlungen zu coustanten Bedingungen.
 15412*
 Martin Herzberg, Gastwirt.

Möbel- u. Polsterwaren-Fabrik

von **A. Schulz, Reichenbergerstr. 5.**
 empfängt Einrichtungen von 250 bis 10000 M. 14482*
 anerkannt geübene Arbeit, billige Preise, coustante Zahlungsbedingungen.

Kleine Anzeigen.

Verkäufe.
**Einige der Materialwaren und
 Tischgeschäfte in Familienverhät-
 nisse wegen sofort zu verkaufen.**
 Dietze J. 6 des Waldes. 15498
**Kardinenhaus Große Frankfurter-
 straße 9, part. 5/45***
**Elegante 2-jährige Herrenhofen,
 feinste Stoffe 9-12 Mark. Verkauf
 Sonnabend und Sonntag. Verlan-
 derungs-Formen, hinter den Linden 21 II
 5592***
**Waidhänge, Balmfläschchen, so-
 wie Stoffwaren sehr billig. Hofmann,
 Peterstrasse 14. 5592***
**Kinderräder, Spielzeug,
 Spielwaren, Bazar Baby, Invali-
 denstrasse 160, Frankfurterstrasse 115,
 Oranienstrasse 31, Welle-Alliance-
 straße 107, Reinholdstrasse 24, a,
 Charlottenburg, Wilmersdorferstrasse
 Nr. 55. Teilzahlung gebietet. 6472***
**Kinderräder, Spielzeug,
 Spielwaren, Bazar Baby, Invali-
 denstrasse 160, Frankfurterstrasse 115,
 Oranienstrasse 31, Welle-Alliance-
 straße 107, Reinholdstrasse 24, a,
 Charlottenburg, Wilmersdorferstrasse
 Nr. 55. Teilzahlung gebietet. 6472***
**Kinderräder! Teilzahlungen. Spielzeu-
 g, Spielwaren, Bazar Baby, Invali-
 denstrasse 160, Frankfurterstrasse 115,
 Oranienstrasse 31, Welle-Alliance-
 straße 107, Reinholdstrasse 24, a,
 Charlottenburg, Wilmersdorferstrasse
 Nr. 55. Teilzahlung gebietet. 6472***
**Kinderräder! Teilzahlungen. Spielzeu-
 g, Spielwaren, Bazar Baby, Invali-
 denstrasse 160, Frankfurterstrasse 115,
 Oranienstrasse 31, Welle-Alliance-
 straße 107, Reinholdstrasse 24, a,
 Charlottenburg, Wilmersdorferstrasse
 Nr. 55. Teilzahlung gebietet. 6472***
**Kinderräder! Teilzahlungen. Spielzeu-
 g, Spielwaren, Bazar Baby, Invali-
 denstrasse 160, Frankfurterstrasse 115,
 Oranienstrasse 31, Welle-Alliance-
 straße 107, Reinholdstrasse 24, a,
 Charlottenburg, Wilmersdorferstrasse
 Nr. 55. Teilzahlung gebietet. 6472***

Wäschmaschinen: Krone, Adler,
 Ringelmann, Wald und Spring-
 wasser, Maschinen auf Teilzahlung, Kofmayer,
 Wilmersdorferstrasse 118, Vaden. 6402*

**Wäschmaschinen und Fern-Be-
 leuchtung vermittelt Gehren Schmid,
 Seidenstrasse 43, Hof Keller. 2578**

Gastgeber: Sparschmelze 1,50,
 Spezialkaffee 6,-, Drei-Schokker 10,-,
 Glas-Pflanzenerde, Bügelapparat billig,
 Was- u. Stralstr. 12,-, Wollwaser
 Wollwaserstrasse 32. 11895

**Laubhäuser! Gebrauchtes und
 neues Kautschuk, Bretter, Gärten,
 Leisten, Türen, Fenster, Dachpappe,
 Zier, billig. Köthler Damm 22.**

**Vier Laubhäuser, sämtliche Baum-
 materialien, Dachpappe, Brennholz,
 5 Mark, Charlottenburg, Widmar-
 straße 69. 15055***

**Steppeden billig! Fabrik Große
 Frankfurterstrasse 9, part. 5/45***

**Vapoge: Aussenwahl, fingerwarm,
 sprechend, 25 Mark, junge Einlage
 zum Ansetzen, kosten aus der Hand,
 billig. Oranienstrasse 87, Vogel-
 handlung. 15778**

**Aquarium, kleines, 2,50. Raum-
 strasse 88, Schläper. 15788**

**Lebendes Fischfutter, Daphnien,
 Raumstrasse 88. 15788**

**Restoration mit Vorgarten zu
 verkaufen. Zu erköhen Nirbort,
 Berlinstrasse 1a. Nähe Bahnhof
 Nirbort. 15756**

**Milch, Radfahrer. Wer sich ein
 gutes Fahrrad kaufen will, wende sich
 an die Berliner Genossenschaft-Genossen-
 schaft, Berlin, Reichstrasse 19. ***

**Verren. Steppeden, Regulator,
 Spielzeug, Viehhaus, Reichenbergerstrasse 5.**

**Fahrräder, verlässliche, Klei-
 nanbau, Viehhaus, Neue Schin-
 nenstrasse 11. 977**

**Teppiche, Gardinen, Remontir-
 uren, Spielzeug, Viehhaus, Reichen-
 bergerstrasse 6. 684***

**Eingerringschmuck (wie neu) 30,-,
 reelle Garantie. Koch, Bremer-
 straße 67. 1578**

**Vapogeien, grobe Auswahl,
 Kommandantenstrasse 69, Restauration.**

Vermischte Anzeigen.
**Hans Rogg, Toni Zimmermann,
 Berlade. 15828**

**Holins, Klavier, Unterricht, Re-
 chende Ostor, Sternstrasse, Monats-
 honorar 10,00, Oranienstrasse 118. ***

**Patentanwalt Dammann, Dra-
 menstrasse 67, Wilmersdorf. Größtem
 fohrtstrasse Teil abends 6/8 wenn**

**Rechtsbureau, Rechtsanw., Andre-
 asstrasse dreihundertzwei. 15816**

**Schrittweise Arbeit jeder Art,
 Klagen und Geschäftsachen, Steuer-
 Reparationen, Briefe, fertigt erfolg-
 reich und billig. Hans Willhögen,
 Charlottenburgerstr. 32, Darggebäude III.**

**Wernerlexikon, Brockhaus, Vocher,
 Gedächtniswerk und alle andren Bücher
 befehlt und lantl. Dammann, Koch-
 strasse 65, Umr 4a. 6844. 6842***

**Damenkleider reinigen, färben,
 Herrenanzüge reinigen, von 2,50 Mark
 an. Koimich Barbieri, Andras-
 strasse 78 part. 2, Eisenbahnstrasse 18.**

**Unfallklagen. Invalidenachen,
 Restitutionsen fertig. Schulze, Berg-
 mannstrasse 107. 10995***

**Auskopiererei von Frau Kolodin
 Steinwegstrasse 48.**

**Dachbinder-Arbeit jeder Art
 fertigt Ferdinand Kleinert, W. Baltes-
 straße 56, 2 Hof part. 2. 23876**

**Wiederaus Gehfälle und Gärten,
 Schwedterstrasse 23. Sonnabend an
 Bereme zu vergeben. 142***

**Schwarzes Vortensomale, in dem
 60er Mark Erhalt, ist am zweiten
 Feiertag in Reimanns Volksgarten
 zwischen 7-12 Uhr bestoren ge-
 gangen. Der ehsliche Finder erhält
 eine Belohnung von 10 Mark. Ab-
 gegeben Reimandsborjestr. 53. Quer-
 gebäude rechter Aufgang, 3 Treppen,
 bei Karl Bäter. 6049**

**Gefangs. Unterrichts. Zeitsun-
 strasse 11. Juchent. 15853**

**Schwarz-Perlschmuck zu ver-
 geben, eignet sich vorzüglich als Jagd-
 gesche. Vongreier, Sternstrasse 8.**

**Osterrück erklärt, daß ich im
 Weiteinsandweid die Forderungen ge-
 willigt, aber keine Wechsen erhalten
 habe. Paul Wet, Barbieri, Naderstrasse
 strasse 18. 1101**

**Schloßstelle vermietet. Behner,
 Blumenstrasse 5. 1116***

**Schloßstelle, reparat. Ritterstr. 124
 Hof III. Eisenholz. 15838**

**Unabhängige Schloßstelle für Herrn
 Scholl, Wilmersdorferstrasse 34 vom IV.**

**Gute Schloßstelle, zwei Herren,
 vermietet. Sonnenfeld, Köthler-
 strasse 45. 15716**

**Schloßstelle, zwei Herren, Raum-
 strasse 90, I Trepp. Weins. 15909**

**Schloßstelle zum 1. Juni sofort zu
 vermieten bei Witwe Holz, Schloß-
 strasse 58, Hof 4 Treppen. 15939**

**Schloßstelle vermietet 1. Juni
 Ballhofstrasse 57 part. Gräbent
 und Oranienstrasse. 15889**

**Wohlierte Schloßstelle, 3 Herren,
 Boderzimmer, Badste, Büdendeber-
 gstrasse 20 III. 168**

**Gründliche Schloßstelle, reparat,
 für 2 oder 3 Kollegen. Mühlste,
 Teilweisestrasse 47/48, Part. II part.**

**Schloßstelle, zwei Herren, Elisabeth-
 strasse 31, Küche. 15738**

**Schloßstelle, reparat, Herrn, Mühl-
 strasse 21-23, Darggebäude, Eurtz.**

**Unabhängiger Herr findet gute
 Schloßstelle bei Frau King, Gold-
 strasse 25. 15946**

**Kleines schmuckes Stübchen als
 Schloßstelle vermietet. Brandenburg-
 strasse 30/31, IV Unt. 15988**

**Bessere Schloßstelle, beide allein
 bei Frau, Berlin, Palaststrasse 7-8,
 gegenüber der Reuen Welt. 15978**

**Schloßstelle für 1 Herrn, allein,
 Köthlerstrasse 25, vorn III rechts.**

**Wohlierte Schloßstelle für zwei
 Herren zu vermieten. Prinzengasse 99
 vorn III bei Seny. 13916**

**Wohlierte Schloßstelle, 2 Herren,
 Wälder, Briggelstrasse 1, vorn 2 Treppen.**

**Schloßstelle, reparat, vermietet,
 Vieha, Adolfsstrasse 26, vorn part. 2.**

Arbeitsmarkt.
Stellenangebote.
**Ein Einpader für Goldschmied
 Andrasstrasse 10. 15998**

**Schilbermacher-Gehilfen verlangt
 Riechers, Dammannstrasse 17, part.
 Hof 1 Trepp. 15849**

**Steinmetz für Großstein-Gebäude
 verlangen Frau Weinsing, Neu-
 Weibener, Vöhringstrasse 6. 15936**

**Belagerin für Goldschmied verlangt
 Erich Wradt, Köthlerstrasse 37.**

**Tailnerarbeiterin in oder ausser
 Hause verlangt Frau Weinsing,
 Wilmersdorf, Reichstrasse 7. 15736**

**Wohlierte Schloßstelle, 2 Herren,
 Wälder, Briggelstrasse 1, vorn 2 Treppen.**

**Schloßstelle, reparat, vermietet,
 Vieha, Adolfsstrasse 26, vorn part. 2.**

**Stellenangebote.
 Ein Einpader für Goldschmied
 Andrasstrasse 10. 15998**

**Schilbermacher-Gehilfen verlangt
 Riechers, Dammannstrasse 17, part.
 Hof 1 Trepp. 15849**

**Steinmetz für Großstein-Gebäude
 verlangen Frau Weinsing, Neu-
 Weibener, Vöhringstrasse 6. 15936**

**Belagerin für Goldschmied verlangt
 Erich Wradt, Köthlerstrasse 37.**

**Tailnerarbeiterin in oder ausser
 Hause verlangt Frau Weinsing,
 Wilmersdorf, Reichstrasse 7. 15736**

**Wohlierte Schloßstelle, 2 Herren,
 Wälder, Briggelstrasse 1, vorn 2 Treppen.**

**Schloßstelle, reparat, vermietet,
 Vieha, Adolfsstrasse 26, vorn part. 2.**

Achtung! Holzarbeiter.
**Im Arbeitsmarkt durch
 bezondere Druck hervorgehobene
 Anzeigen sollen 40 Pf. pro Seite**

**Am Arbeitsmarkt durch
 bezondere Druck hervorgehobene
 Anzeigen sollen 40 Pf. pro Seite**

Achtung! Holzarbeiter.
 In der Arbeitsmarkt durch
 bezondere Druck hervorgehobene
 Anzeigen sollen 40 Pf. pro Seite

**Die Kreisverwaltung
 des Holzarbeiter-Verbands.**

Verantwortlicher Redacteur: Heinrich Wehler in Gr. Lichterfelde. Für den Inseratenteil verantwortlich: Tb. Glöde in Berlin. Druck und Verlag von Max Wobing in Berlin.

Sechster Parteitag der polnisch-socialistischen Partei. Berlin, 28. Mai 1901.

Zweiter Beratungstag.

Die Verhandlungen beginnen um 9 Uhr mit Situationsberichten, welche die Delegierten aus Polen und Oberschlesien erstatten. Die oberschlesischen Genossen klagen über den großen Druck, welcher seitens des Alerus, der Polizei und der Kapitalisten auf die Socialisten ausgeübt wird.

Die Gnesener Genossen stellen folgenden Antrag: Der Kongreß überlegt die Angelegenheit des Verbots des VI. Parteitags der polnisch-socialistischen Partei in Gnesen der socialdemokratischen Reichstagsfraktion zur Interpellation der Regierung.

Der Antrag wird einstimmig angenommen. Den Bericht der Kommission, welche den Stand der Zeitung geprüft hat, erstattet der Genosse Morawski: Wir können den Genossen mitteilen, daß die „Gazeta Robotnicza“ vom 1. Juli ab in Katowitz erscheinen wird.

Ueber die „polnisch-socialistische Partei und die nationale Frage“ referiert hierauf Haase-Königschütze: Die nationale Frage besteht überall dort, wo Völker von fremden Mächtern unterdrückt werden. Auch wir Socialisten haben zu dieser Frage Stellung zu nehmen, denn sie ist in erster Linie eine Kulturfrage.

An Erwägung, daß 1. die Arbeiterklasse ein unmittelbares Interesse an der günstigen kulturellen Entwicklung des Landes hat und die nationale Unterdrückung durch die Ankerregierung mit empfindet, 2. daß die polnischen bürgerlichen Parteien keine wirksame Opposition gegen die Germanisationsregierung bilden können, da sie auf dem Klassenstandpunkt stehen und die vitalsten Interessen der Arbeiterklasse nicht verstehen und 3. daß die nationale Unterdrückung den wirtschaftlichen und politischen Kampf des Proletariats erschwert, erkennt der Kongreß an, daß die polnisch-socialistische Partei verpflichtet ist, gegen die Germanisationsbestrebungen der Regierung und der konservativen Elemente zu kämpfen.

Zum Punkt 5 der Tagesordnung: „Besprechung und Festsetzung eines klaren Postulats in Bezug auf unsere Partei-Organisationen zu der socialdemokratischen Partei Deutschlands“ wurde nach einem Referat der Genossin Gulinska-Verlin folgende Resolution einstimmig angenommen: „Der VI. Parteitag der P. P. S. beurteilt das Verhalten von Personen und Gruppen der deutschen Genossen und einiger Parteiblätter, wie z. B. des „Vorwärts“, der „Breslauer Volkswacht“, welche gegen unsere Agitation und Organisation systematisch auftraten und spricht sein tiefes Bedauern darüber aus, daß die socialdemokratische Partei Deutschlands den gegen uns gerichteten Verleumdungen Gehör geschenkt und den Standpunkt, den sie 1893 uns gegenüber eingenommen, verlassen hat.“

Die weiteren Resolutionen des Vorstandes wollen die Selbstständigkeit der P. P. S., aber im allgemeinen eine Verständigung mit dem deutschen Parteivorstande bei allen wichtigen staatlichen Fragen. Ferner wird gegen die Entsendung deutscher Agitatoren in polnische Gegenden protestiert, weil sie die Sprache und die Bedürfnisse der Bevölkerung nicht kennen und keinerlei Erfolg aufzuweisen haben.

„In vorwiegend polnischen Gegenden werden als Reichstagskandidaten nur Mitglieder der polnisch-socialistischen Partei aufgestellt. Der Kongreß verpflichtet den Vorstand, sich an diesen Beschluß zu halten.“ Ein Antrag Dr. Golde, Haase und Genossen, der bei der Aufstellung von Reichstagskandidaten nur eine Verständigung mit der P. P. S. will, wird abgelehnt.

(Nachschrift der Redaktion): Zu den gegen uns und die Partei gerichteten Angriffen bemerken wir, daß wir gegen socialdemokratische Agitation unter der polnisch sprechenden Bevölkerung Deutschlands niemals aufgetreten sind. Wohl aber ist es unsere Pflicht, entschieden aufzutreten gegen Handlungen der polnisch-socialistischen Partei der Art, wie sie sich in dem Beschlusse ausdrücken, in polnisch sprechenden Gegenden nur Mitglieder der polnisch-socialdemokratischen Partei als Reichstagskandidaten aufzustellen, einem Beschlusse, der gefaßt ist unter ausdrücklicher Ablehnung des einzig vernünftigen Antrags, in solchen Fällen eine Verständigung der maßgebenden Faktoren herbeizuführen.

Tokales.

Die Arbeiter-Bildungsschule

hat vor einigen Tagen ihren Jahresbericht für die Zeit vom 1. April vorigen Jahres bis 31. März dieses Jahres herausgegeben. An diesem Tage ward das zehnte Geschäftsjahr der Schule abgeschlossen. Es ist bekannt, daß auch der Arbeiter-Bildungsschule nicht alle Witterungsträume reisten und manche Enttäuschung einem gewissen Ueberflusse der Hoffnungen Platz machte.

„Im Jahre 1897“, so heißt es im Jahresbericht, „als man sich mit dem Gedanken trug, die Schule aufzulösen, da die finanziellen Schwierigkeiten unüberwindlich schienen, wurde einer weiteren Reorganisation stattgegeben. Man hielt eine Centralisation des gesamten Unterrichts in einer Anstalt für das Zweckmäßigste und die Beschränkung der bisherigen Fächer auf Geschichte, Geographie, Nationalökonomie, Naturerkenntnis und Redelehre für vorteilhaft.“

„Dieser Weg erwies sich als praktisch und nutzbringend, so daß der Bericht speziell über das letzte Jahr sich wie folgt fassen konnte: Betrachtet man die Entwicklung der Schule im letzten Geschäftsjahr, so ist es zweifellos, daß das Interesse an derselben im Wachstum begriffen ist. Der Besuch der einzelnen Unterrichtsfächer, mit Ausnahme von Naturerkenntnis, war ein ausgezeichneter, so daß die Mittel zur Erhaltung des Instituts aus den Mitgliedsbeiträgen und den Schuleinnahmen gedeckt werden konnten. Die Beteiligung und das Interesse am Unterricht war sehr reger; es wäre zu wünschen, daß es auch für die Dauer so bleiben möchte, damit es der Schule möglich sei, allen an sie gestellten Anforderungen gerecht zu werden, damit Bildung und Wissen immer weiteren Kreisen der Arbeiterklasse zugänglich gemacht werde.“

Die Arbeiter-Bildungsschule zählte im ersten Quartal dieses Kalenderjahres 466 Mitglieder (58 Damen, 408 Herren), davon besuchten seinen Kursus 156, einen 223, zwei 78, drei 7 und vier Kurse 2 Mitglieder. Der Durchschnittsbetrag in Nationalökonomie betrug 75, in Naturerkenntnis 26, in Redelehre 41 und in Geschichte 120. Ihrem Beruf nach waren: Tischler 78, Buchdrucker 44, Schlosser 39, Schneider 28, Maler 23, Handlungsgesellen 20, Arbeiter 22, Schneiderinnen 19, Kaufleute 18, Schuhmacher 18, Mechaniker 17, Bildhauer 14, Klempner 14, Drechsler 13, Maurer 13, Buchbinder 12, Sattler 10, Köchinnen 9, Studenten 8, Arbeiterinnen 6 usw.

Selbstverständlich gedenkt der Bericht in ehrender Weise ihres Gründers, des vor nun bald Jahresfrist verstorbenen Genossen Lieblincht:

„So sehr, wie sich die Schule durch alle diese Wirrnisse durchgerungen hat, so schmerzlich berührt das plötzliche Hinscheiden ihres unvergesslichen Gründers der Schule: Wilhelm Lieblincht. In allen ihren Entwicklungsphasen war er ihr ein treuer, unermüdlicher Berater und Förderer. Durch Rat und That zu helfen, war er stets gern bereit. Sein Tod muß ein neuer Ansporn für alle sein, welche ein Interesse an der Entwicklung der Volksbildung haben, daß in seinem Geiste und seinem Sinne weitergearbeitet wird, damit die Schule im Stande ist, ihre Teil mit beizutragen an dem großen Emancipationskampfe der Arbeiterklasse.“

Möge dieser Wunsch sich erfüllen. In ihren neuen Räumen im Gewerkschaftshause sind der Schule alle Bedingungen zu ruhiger, stetiger Entwicklung gegeben; und wenn das Ziel, das man anfangs im Sturm zu erobern trachtete, sich allmählich erst einer bedächtigen, der Schwierigkeiten achtenden Arbeit aufhüt, so darf das die Weiter nicht verdrießen. Ein Gewinn ist schon erreicht mit der Einsicht, daß dem Erfolg, der in der Breite nicht zu erringen war, in der Tiefe nachgestrebt werden muß, daß ein enges Gebiet um so gründlicher zu bearbeiten ist, wenn dem Schaffen Freude erblühen, der Allgemeinheit aus dem Wirken der Schule sichtbar Nutzen reifen soll.

Zum kommunalen Titelstreit wird uns aus gelehrten Kreisen geschrieben: Mit Titeln soll man nicht sparen, sagte die Braut zum Pfarrer, als sie das Aufgebot bestellte und dabei hat: Ich bitte um den Ehrentitel von eiland vor Jungfrau, den die selbige Amtsmännin bekam.“ Wehlich scheint das Oberhaupt der Haupt- und Residenzstadt gedacht zu haben, als er 13 Magistratsassessoren zum „Magistratsrat“ ernannte. Der Magistrat ist der Rat der Magister, der Rat der Ratsmänner, das Kollegium der zu Mitgliedern der Stadtverwaltung von der Stadtverordneten-Versammlung ernannten Leute, so auch in anderen Gegenden Deutschlands Gemeinderat genannt werden. Die Gesamtheit dieser Körperschaft wie jedes einzelne Mitglied wird von altersher Rat genannt, weil er, so gut er es vermag, zum Besten der Stadt raten, sich mit der Bürgerhaft und seinen Kollegen beraten und thaten soll. Der famose neue Titel bedeutet also: „Rat des Rats der städtischen Verwaltungskörperschaft und seiner Ratsmänner“. Er ist fast so schön wie der seit einigen Jahren geschaffene Staatsanwaltschaftsrat. Der Streit, ob der Oberbürgermeister und der Magistrat oder nur die Krone das Recht hat, einen Titel zu verleihen, läßt uns sehr kalt. Selbst wenn dies Recht einer städtischen Verwaltung zusteht, ist es für eine Verwaltung, die den Bürgersinn hegen soll, durchaus unangebrachte Raubeiherung byzantinischer Schweißwebele und militärischer und bürokratischer Annäherung, wenn sie der Eitelkeit der von ihr angestellten Beamten oder ihrer Sippe einen Tribut durch Schaffung von Titeln soll. Der mit dem zinnernen Popstiel nicht befreundete Bürger wird sich nicht bis zu der Ansicht des sächsischen kaiserlichen Friedrich versteigen: „Was in Eurem Hause Rat ist, ist in meinem Hause Unrat“. Aber selbst wenn auf der Titulaturleiter der Oberrat, Wirklicher Rat, Geheimrat, Wirklicher Geheimrat oder ein Wahrhaftig Wirklicher Geheimrat erklimmen ist, wird der Mann lediglich nach seinen Leistungen, nicht nach dem Titelklimakams zu bewerten sein: Der Titel rühmt sich mancher groß und ist des echten Geistes bloß. Bloß des rechten Geistes waren auch die Herren vom Magistrat, als sie den recht weniger durch tüchtige Leistungen hervorragenden Vorsitzenden der Landes-Versicherungsanstalt, Professor Freund, just zu der Zeit zum „Direktor“ (zu deutsch Leiter) ernannten, als dieser im Widerstreit mit der Vertretung der Arbeiter für Kirchenbau und Zeitungskrieg eintrat. Die Angel war im Rollen — sie traf dann die Assessoren Straeter und v. Schulz, wendelte diese aus Assessoren (zu deutsch: Beschäftigte) zu Direktoren und hat nun längst noch 13 Assessoren im Magistratsrat umgewandelt. Der Verteilungsdrang soll auf einer Abschiedsfeier, die für einen wichtigen Ratsmann und lustigen Rat stattfand, angeregt sein. Das mag als mildender Umstand passieren. Dem Herrn Oberbürgermeister — warum nicht: wirklicher Meister, auch wenn er auf eine Alexandrinerrede keine Antwort findet? — möchten wir wünschen, daß nicht in Bezug auf seine Direktoren und Raträte dernalteinst das Wort umgewandelt werde: „Was helfen alle ärztlichen Titel? Sie wissen doch kein Choleramittel“. — Es geht doch nichts über liberalen Bürgerstolz.

Weißgekleidete Jungfrauen werden Freitag am Brandenburger Thor aufgestellt sein. Und das kommt also. Die Königin von Holland trifft mit ihrem Namen und dem Großherzog von Mecklenburg heute nachmittag in Potsdam beim Kaiser zu Besuch ein. Freitag bereitet der Kaiser der jungen Königin und ihrer Begleitung insoweit ein fürstliches Vergnügen, als die Gäste

zu der an diesem Tage auf dem Tempelhofer Felde stattfindenden Frühjahrsparade eingeladen werden.

Auf Wunsch des Kaisers wird nun, wie der Magistrats-Berichterstatter wörtlich meldet, nach der Parade die Königin Wilhelmine von Holland beim Besuch der Reichshauptstadt am Brandenburger Thor vom Oberhaupt der Stadt, Oberbürgermeister Kirchner, begrüßt werden. An der Begrüßung, so heißt es weiter, werden wahrscheinlich auch Mitglieder des Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung mit ihren weißgekleideten Töchtern teilnehmen. Das Brandenburger Thor und der Pariser Platz werden, so weit es noch die Kürze der Zeit erlaubt, gesäumt werden.

Unklar ist, ob der Oberbürgermeister der Königin von Holland einen Willkommensgruß oder einen Abschiedsgruß am Brandenburger Thor darbieten wird. Der letztere Fall ist der wahrscheinlichere, da sonst die Begrüßung doch am Kreuzberge vor sich gehen müßte und nicht gut erfolgen könnte, nachdem die Königin bereits die ganze Stadt durchfahren hat.

Die Aufschmückung des Friedhofs der Märzgefallenen ist jetzt beendet, so daß er wieder besucht werden kann. Der Erpheu auf den Gräbern ist sorgfältig vervollständigt und die Bepflanzung gegen den Weg durch Granitsockeln befestigt worden. Die Wege selbst sind neu hergestellt worden und haben eine feste Unterbettung von Kautschuksteinen und einer Lage zer Schlagener Feldsteine erhalten. Außerdem sind längs der Wege Gebinde von amerikanischen Weinstöcken gebildet worden. Aufpflanzungen immergrüner Gehölze sind zur Verbedung des Stadterzans vorgenommen und eine niedrige immergrüne Hecke und vier Gruppen von Alpenrosen als Begrenzung der mittleren Partie mit der Linde hergestellt worden. Das hölzerne Eingangsthor hat einen grünen Anstrich erhalten.

Die Stadtverordneten-Versammlung hält in dieser Woche keine Sitzung ab.

Das Magistratsbureau für Invaliditäts- und Altersversicherungs-Sachen, das in der Klosterstr. 55/57 sich befindet, wird wegen Abruch des Hauses am 1. Juni nach dem Hause Breite str. 24 verlegt. In diesem Bureau sind die Anträge auf Gewährung von Invaliden- und Altersrente, sowie auf Erstattung von Beiträgen anzubringen, auch wird dort Auskunft in Angelegenheiten der Invalidenversicherung erteilt.

Nachdem auf der Ringbahn zwischen Rixdorf und Tempelhof der viergleisige Betrieb eröffnet worden ist, geht die Eisenbahnverwaltung jetzt daran, auch die Strecke Tempelhof-Ebersstraße viergleisig auszubauen. Eine Reihe von Ländereien muß zu diesem Zwecke erst erworben werden. Da mit den Besitzern bisher über den Preis keine Einigung erzielt werden konnte, soll unverzüglich das Enteignungsverfahren eingeleitet werden.

Zur Nachahmung empfohlen. Ein weiser Rabe unter den Arbeitgebern ist Herr Max Krause, der Inhaber der Papierausstattungsabrik Weuthstraße 7. Herr Krause hat den gesamten 350 Arbeitern und Arbeiterinnen, die bei ihm beschäftigt sind, zur Erholung einen Pfingsturlaub von einer vollen Woche gewährt und ihnen für diese Ferien den vollen Lohn gezahlt.

Eine Selbstkate für Syphiliskranke beabsichtigt die Landes-Versicherungsanstalt Berlin in Lichtenberg zu errichten.

Ein Opfer des Pfingstverkehrs ist der Handlungsgehilfe Moriz Lipschitz geworden, der sich seit einem halben Jahre in Berlin aufhielt. Der junge Mann besuchte am ersten Feiertage Freunde in der Friedländerstraße. Abends gegen 8 Uhr machte er sich auf den Heimweg. Gegen 8 1/2 Uhr wollte er auf dem Bahnhof Friedrichstraße einen Stadtbahnzug besteigen, um bis zum Bahnhof Wörte zu fahren. Schon stand er auf dem Trepptritt, als er von einem andern Fahrgast in dem Sturm auf den Wagen einen Stoß erhielt, daß er hinterwärts auf den Bahnsteig fiel und mit dem Hinterkopfe aufschlag. Bahnbeamte nahmen sich seiner an, brachten ihn in das Stationshaus und kühlten ihm den Kopf mit nassen Umschlägen, da er über Kopfschmerzen klagte, obwohl eine Verletzung äußerlich nicht wahrzunehmen war. Der Verunglückte erholte sich unter dieser Behandlung sehr bald, seine Schmerzen schwanden, und er konnte sich anscheinend ganz wiederhergestellt ohne fremde Hilfe nach Hause begeben. Am andern Morgen aber stellten sich wieder Kopfschmerzen ein und dazu gefellte sich Erbrechen. Ein Arzt, der nun zu Rate gezogen wurde, stellte eine schwere Gehirnerschütterung fest. Gestern vormittag um 10 1/2 Uhr verlor der Verunglückte das Bewußtsein und um 3 1/2 Uhr nachmittags starb er, ohne wieder zum Bewußtsein gekommen zu sein.

Einen entsetzlichen Tod fand in den Pfingstfeiertagen die 9 Jahre alte Tochter Elsa des Arbeiter Marzjahn Ehepaars aus der Bernauerstraße 114c. Die Familie hatte sich am Heiligabend zeitig schlafen gelegt und ließ eines jüngeren Kindes wegen, das unruhig schlief, wie immer eine Petroleumlampe brennen. Diese stand auf einem Tisch in der Stube. Nachts gegen 11 1/2 Uhr wachte Elsa auf, da sie Durst hatte. Sie stand auf und wollte, nur mit dem Hemdchen bekleidet, nach der Küche gehen, um Wasser zu trinken. In der Schlaftrunkenheit lief sie gegen den Tisch und stieß die Lampe um. Der Behälter platzte und das brennende Öl ergoß sich der Kleinen über die Schultern, die Brust und den Rücken. Da das Hemd sich sofort entzündete, so stand das Kind in hellen Flammen. Der Vater häufte es in eine Decke ein und trug es mitten in der Nacht nach dem Lazarus-Krankenhaus. Eine Rettung war jedoch nicht mehr möglich, da Brandwunden die Aernste von den Schultern bis zu den Knien förmlich bedeckten. Nach 24 Stunden erlöste der Tod die Verunglückte von ihren Qualen.

Das Glend. Ein Leser schreibt uns: In den nächsten Tagen wird der Polizeibericht die folgende Mitteilung enthalten: Am zweiten Pfingstfeiertage gegen 11 Uhr früh stürzte sich der Arbeiter Melde im Verfolgungswahn aus seiner zwei Treppen hoch auf dem Hofe des Hauses Nr. 4 der Straße 4a gelegenen Wohnung, blieb mit zerstücktem Schädel liegen und starb bald nachher auf der Unfallstation. „Das ist ein bedauernswertes Unglück“, wird der Leser sagen, „gegen Krankheiten sind wir machtlos“. Ich möchte aber durch diese wenigen Zeilen darauf hinweisen, daß dieser Verfolgungswahn die Folge von jahrelang erduldetem bitterer Armut und Not ist. Der Mann, der sehr an seiner Familie hing, war brustleidend und konnte daher nur wenig für seine ans Frau und vier unmündigen Kindern bestehenden Angehörigen verdienen. Die Härte der Frau konnte den Bedürfnissen der Familie selbstverständlich auch keineswegs gerecht werden. Die andauernde Sorge wirkte so auf den Mann, daß er von seinem bevorstehenden Ende wie von einer unaussprechlichen Notlage sprach. Auf die Bitte der Frau, er möge denn doch wenigstens so lange mit der schrecklichen Last warten, bis sie ihre Entbindung hinter sich habe, lautete die Antwort, daß das nicht angehe, er könne durchaus nicht länger leben. Als beide Ehegatten nun am Montag wieder über diesen traurigen Gegenstand sprachen, stürzte sich der Mann, als er den Hof von hinten leer sah, plötzlich aus dem Fenster, ohne daß die in der Nähe stehende Frau, die das jüngste Kind auf dem Arm trug, ihn daran hindern konnte. Das arme Weib, deren Herzen durch die fortwährende Angst um ihren Mann und durch die mitgetragene Sorge zerrüttet sind, konnte, vor Schrecken starr, nur ausrufen: „Mein Mann, mein armer Mann!“ Es bot einen trostlosen Anblick, die von allen Mitteln entblößte Frau mit dem kleinsten Kinde auf dem Arm, während die andern drei hinter ihr hergingen, am Abend auf dem Wdowischen Felde traurig einhergehen zu sehen.

Für 6000 M. Straußfedern gestohlen. Ein Einbruchsdiebstahl, bei dem den Dieben Straußfedern im Werte von nahezu

6000 M. zur Seite stellen, ist im Hofe des Grundstücks Beuthstr. 1 verbrannt worden. Der Geschäftsinhaber C. Ramm hatte mit seiner Frau eine Pfingsttour unternommen und fand, als er abends vom Bahnhof heimkehrte, die Thür zu seinem Laden erbrochen. Der oder die Einbrecher müssen mit den Räumern bekannt gewesen sein und gewußt haben, daß sich gerade jetzt ein so bedeutender Posten Straußfebern dort befindet, die Herr Ramm von den Fabrikanten zum Schwarzfärben erhalten hatte. Herr Ramm muß für den empfindlichen Verlust aufkommen und setzt 150 M. Belohnung für die Ermittlung der Diebe aus.

Samariterwesen auf dem Straßenbahn-Arbeitschaussee. Das Verhalten der Betriebsbeamten der Straßenbahn bei Unfällen regelt ein Dienstbefehl, welchen die Direktion der „Großen“ erlassen hat. Die umfangreichen Bestimmungen regeln lediglich die möglichst schnelle Befreiung der Verunglückten.

Es haben danach das Aufsicht-, Fahr- und Streckenpersonal von vornherein alles zu thun, was die Lage des zu Unfall gekommenen erleichtert, dagegen jede Handlung zu unterlassen, die dem Verunglückten weiteren Schaden bereiten kann. Der Schaffner des Wagens, der Unfall zu dem Unfall gegeben hat, übernimmt sofort die Anordnungen bis zum Eintreffen des Vorgesetzten oder der Feuerwehr. Sämtliche Schaffner der nachfolgenden und, soweit es erforderlich ist, auch der entgegenkommenden Wagen, haben sich den auftretenden Beamten zur Verfügung zu stellen. In unbedenklichen Fällen, wo es ohne Gefahr für den Verletzten geschehen kann, ist der Wagen anzuhalten und der Verunglückte zu befreien. Vielfach wird es möglich sein, mit der bei jedem Motorwagen befindlichen Stichtüte die Schulpflicht abzugeben und so den Verunglückten frei zu machen. Sämtliche Expedienten sind zu diesem Zweck mit Stichtüten ausgerüstet. Fahrversuche sind unbedingt zu unterlassen. Wo die Befreiung nicht ohne weiteres gelingt, ist die Feuerwehr zu requirieren. Diese übernimmt die Leitung des Rettungswerkes und die Fürsorge für die Verletzten. Die Betriebsbeamten haben die Feuerwehr nach deren Anordnungen in jeder Weise zu unterstützen. Die in der Regel telefonisch erfolgende Meldung muß kurz und klar sein, z. B.: „Hier Schaffner Meier 4520. Schwere Unfall — Aufzufahrtstr. 20 — Linde Hahndorfer — Königsbergerstraße — Menschenleben in Gefahr.“ Jeder Schaffner und Fahrer vorbestehender Wagen meldet den Unfall jedem begegnenden Vorgesetzten. Diese haben sich sofort zur Stelle zu begeben. Der alarmierte nächste gelegene Bahnhof setzt die Alarmglocke in Bewegung. Die Hilfsmannschaft eilt an Ort und Stelle mit Verbandstoffen und Geräten zu.

Von einer Luftkugel getroffen und schwer verletzt wurde am Abend des zweiten Pfingstfeiertags in einem Gartenlokal der in der Hochmeisterstraße wohnende Arbeiter Lemke. Die in vollem Schwünge befindliche Kugel traf den vorübergehenden L. im Rücken und zerbrach ihm mehrere Rippen. Der Verunglückte wurde in das Krankenhaus Am Friedrichshain gebracht.

Die ordentliche Straßensperrung wird der Einwohnerschaft Berlins am 31. Mai aus Anlaß der Parade beschert. Es wird die Tempelhofer Chaussee von 8 Uhr an bis zur Beendigung der Parade für jeden Verkehr gesperrt. Die Volkalianerstraße und die Lichterfeldestraße dürfen von Lastwagen während der Zeit vom Ausmarsch der Truppen bis nach dem Einmarsch derselben in die Stadt nicht befahren werden. Der Betrieb der Straßen- bzw. Pferdebahn- und Omnibuslinien wird auf der Tempelhofer Chaussee und den aus Berlin nach dem Tempelhofer Felde führenden Straßen (insbesondere auch in der Friedrichstraße) mit dem Beginn des Ausmarsches der Truppen (etwa von 7 Uhr ab) bis zur Aufhebung der Sperrung eingestellt bzw. eingeschränkt oder abgelenkt.

Die Vorfahrungen der Berliner Feuerwehr auf der Feuerschau-Ausstellung lauden Dienstag einen etwas unangenehmen Abschluß. Das Leiternmanöver war von 24 Steigern mit gewohnter Präzision ausgeführt. Das große Löschmanöver hatte begonnen, die in Lebensgefahr schwebende „Puppe“ war bereits im Sprungtuch sicher aufgefangen, die eine der beiden mechanischen Leitern schon hochgedreht, als die Dampfmaschine ausfiel. Die Dampfmaschine der 1. Compagnie sollte am Tisch aufgestellt nehmen und von den aufsichtsführenden Gendarmen war eine breite Fahrstraße bis dahin frei gehalten. Der Kutscher der Spritze bog aber vorzeitig rechts ab. Die Lage war für das Publikum um so kritischer, als viele Schaulustige sich auf Stühle gestellt hatten und infolge dessen nicht so schnell beiseite springen konnten. Die schwere Spritze war inzwischen selbst vom Schicksal ereilt worden. Sie war auf nicht befestigten Boden geraten, auf der einen Seite tief eingesunken und festgefahren. Trotz der schiefen Stellung setzte man die Spritze in Tätigkeit, kaum aber hatte sie kurze Zeit Wasser gegeben, als auf der niedergedrückten Seite, anscheinend infolge des Drucks, ein Defekt am Schlauchverbinder entstand und die in der Nähe angesammelte Menge von einem unter starken Druck ausströmenden Wasserstrahl überschüttet wurde, der den Feiertagskolleiten der Damen übel mißfiel. Nun erst wurde die Spritze außer Tätigkeit gesetzt und, um weitere Unannehmlichkeiten zu vermeiden, das Feuer gelöscht. Der Versuch, die gestrandete Spritze wieder flott zu machen, gelang erst, nachdem aller Dampf abgelassen war und man Mannschaften der 3. und 5. Compagnie zur Hilfsleistung requiriert hatte. Das Publikum hatte von Anfang an geraten, die Berliner Feuerwehr, das Mädchen für alles, auch einmal für die Berliner Feuerwehr selbst zur Hilfe zu rufen.

Die Geschäftsleitung der „Internationalen Ausstellung für Feuerschau und Feuerrettungswesen Berlin 1901“ hat mit der Großen Berliner Straßenbahn ein Abkommen getroffen, durch welches dem Publikum der Besuch der Ausstellung außerordentlich erleichtert wird. Auf Grund der getroffenen Vereinbarung werden die Schaffner der nach dem Ausstellungspalast führenden Straßenbahnlinien die Eintrittskarten der Ausstellung zum Originalpreis von 50 Pf. an die Fahrgäste abgeben, wobei der Fahrpreis mit eingerechnet ist.

Durch einen Sturz mit der Leiter tödlich verunglückt ist der 64 Jahre alte Förster Bernhard Kuschner aus der Großbeerenstraße 76. Der Mann ruhte, auf einer 3 1/2 Meter hohen Leiter stehend, zum Pfingstfest die Glascheiben am Thorweg. Dabei verlor er das Gleichgewicht, fiel mit der Leiter um und zog sich einen Bruch des Schädels und des Schlüsselbeins zu. Im Krankenhaus am Urban starb der Verunglückte infolge einer starken Hirnhautblutung.

Feuerbericht. Ein größerer Dachstuhlbrand kam Mittwochnachmittag aus nicht ermittelter Ursache in der Waldstraße 6 zum Ausbruch. Das mehrere Höfe umfassende Grundstück hat auch Ausgänge nach der Müderstraße und beherbergt über 120 Familien in meist kleinen Mietwohnungen. Die Aufregung unter den Hausbewohnern war beim Ausbruch des Feuers naturgemäß groß, legte sich aber bald, als die Feuerwehr von den beiden angrenzenden Straßen aus mit Dampfströmen vorging. Immerhin hatte die Wehr fast zwei Stunden mit dem Abbläsen und Aufräumen zu thun. Eingekerkert wurden eine Reihe Bodenkammern mit Inhalt und ein Teil des Dachstuhls. Vorher war Engel-Str. 4a ein kleiner Brand in einer Kellerwohnung zu besichtigen. Fürstenstraße 9 hatten sich Pfeiflophen entzündet, ohne indes nennenswerten Schaden anzurichten.

Aus den Nachbarorten.

Das diesjährige Volksfest des Reichstags-Wahlkreises Nieder-Barnim wird am Sonntag, 23. Juni, im Schloß Weihensee abgehalten. Weiteres wird durch Infertat bekannt gegeben.

Ein Raubraubfall dreier Strolche auf einen Kutscher wurde am hellestlichen Tag bei Rehlendorf auf der Potsdamer Chaussee verübt. Der hinterste Rad auf seinem Wagen überfallene Kutscher Carl Koch aus der Köpcke-Str. 23 zu Berlin wurde leicht verletzt, konnte sich aber seiner Angreifer durch die Dazwischenkunft eines zweiten Fußwärters erwehren; einer der Straßenräuber erhielt einen Schuß in den rechten Arm. Leider sind alle drei entkommen. Die Strolche warfen den Kutscher vom Wagen, um ihn seiner Lebernen

Geldtasche mit 600 M. Inhalt zu berauben. Das gelang ihnen nicht, da ein Fußwärtler sichtbar wurde. Während zwei Strolche die Flucht ergriffen, nahm der dritte noch einmal den Kampf mit dem Kutscher auf. Dieser vermochte jedoch schnell auszuweichen, gab einen Revolvererschuß auf jenen ab, der ihn im rechten Arm in der Nähe des Ellbogengelenks traf, worauf sich der Dandit ebenfalls walddemwärts nach der Wannseeer Bahnstraße zu flüchtete.

Ein schreckliches Brandunglück hat sich in Potsdam in der Nacht zum dritten Pfingstfeiertag ereignet. Als die in der Kreuzstraße wohnende Witwe Kother, von einem Ausflüg zurückkehrend, noch Kaffee kochen und dabei aus einer 1/2 Liter Spiritus fassenden Blechkanne den Spirituslocher füllen wollte, explodierte der Spiritusbehälter. Im nächsten Augenblick stand Frau Kother und deren 15jähriger Sohn Willi in Flammen. Die Frau erlag noch Dienstag den schrecklichen Brandwunden, während ihr Sohn schwer verletzt im Krankenhaus liegt.

Partei-Nachrichten.

Der Parteitag der Sozialdemokratie Ungarns wurde zu Pfingsten in Budapest abgehalten. Aus Budapest waren 42 Organisationen, Bildungsvereine u. dgl. durch 79, aus der Provinz 61 Orte durch 108 Delegierte vertreten, darunter zwei Frauen. Der Bericht der Parteileitung umfaßt die Zeit vom 1. April 1900 bis 15. Mai 1901. Den Hauptteil der Tätigkeit bildete die Agitation für das allgemeine Wahlrecht, das als das einzige Mittel bezeichnet wird, das Land von der zum Himmel sinkenden Korruption zu säubern. Durch die Wahlrechtsbewegung erstarb die Partei, obwohl die unerhörten Verfolgungen nicht nachgelassen haben. Der Bericht enthält eine lange Liste von Akten der Drangsalierung. Die öffentliche Agitation ist so erstickt, daß noch immer, besonders auf dem Lande, die geheimen Zusammenkünfte agitiert werden muß. Zu diesen Schwierigkeiten kam noch die drückende wirtschaftliche Krise, die viele Tausende aus dem Lande jagte und die Arbeitslosen in beständige Aufregung versetzte. In Budapest allein fanden während des Winters 24 Arbeitslosen-Versammlungen statt. Nichtsdestoweniger stieg die Auflage der Parteipresse, und es wurden zwei neue Blätter (in Kaschau und Klausenburg) gegründet. Die alten Gewerkschaften behielten ihren Mitgliederstand, und einige neue wurden gegründet. Eine Anzahl von Streiks hatten Erfolg, darunter einer, an dem 8500 Arbeiter einer Fabrik beteiligt waren, und ein Streik von 21 Schlosserlehrlingen. Auch die Feldarbeiter-Bewegung, die für die Partei eine große Bedeutung hat, schreitet langsam vorwärts, trotz des Elavenges und der Erziehung einer landwirtschaftlichen Hilfskassa, die jedem, der an einem Streik teilnimmt, für immer die Unterstützung entzieht. Es fanden im Berichtsjahre zwei Feldarbeiterkongresse statt. Die Donnerstag-Kammer der „Republika“ dient jetzt ausschließlich den Bedürfnissen der Feldarbeiter, und es erhebt eine Feldarbeiter-Bibliothek. Das vor einem Jahre errichtete Feldarbeiter-Sekretariat hat, mit Ausnahme einiger von Slovaken und Rumänen bewohnten Gebieten, im ganzen Lande Verbindungen. Die Feldarbeiter beteiligten sich auch an der Maifeier. Die Arbeiterschaft in der Industrie wird als imponent bezeichnet, in Budapest war sie fast allgemein. In zwei Orten wurden bei den Gemeindevahlen Siege errungen. Obwohl die Partei und die Gewerkschaften auf jede mögliche Art geschützt wurden, mußte doch auch schon die ungarische Regierung der Macht der Organisationen Rechnung tragen: ein gegen die Selbstverwaltung der Krankenkassen durch die Arbeiter geplanter Streich konnte wegen des energischen Widerstandes der Organisationen nicht geführt werden; mehrermals wurden die Gewerkschaften vom Handelsministerium bestraft; in die Leitung des staatlichen Arbeitsvermittlungsamts wurden acht organisierte Arbeiter berufen. Trotz der Krise in Industrie und Landwirtschaft verbesserte sich die Finanzlage der Partei. Die Parteiblätter erzielten Reingewinn, die Einnahmen der Buchhandlung stiegen. Die Gesamteinnahmen der Partei betragen 50 000 Kronen, 3000 Kronen sind ihr Vermögen.

Der Bericht der Parteileitung wurde nach kurzer Debatte genehmigt. — Dr. Goldner, der den Kongress eröffnete, gedachte in seiner Begrüßungsrede auch des verstorbenen Genossen Liebknecht.

Budapest, 20. Mai. Der Parteitag der ungarischen Sozialdemokratie beschloß eine Resolution, in welcher die vollkommenste Presse- und Versammlungsfreiheit gefordert und die Parteileitung beauftragt wird, mit den in Ungarn wohnenden Proletariern der verschiedenen Nationalitäten in Verbindung zu treten, um mit ihnen gemeinsam eine Agitation für das allgemeine, gleiche Wahlrecht einzuleiten.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— **Wegen Nichterbeleidigung** verurteilte die Königsberger Strafkammer den Genossen Oberüber zu 100 Mark Geldstrafe oder 20 Tagen Gefängnis. In der Landarbeiter-Zeitung „Osprenschischer Landbote“ war in einer Notiz mitgeteilt, daß das Schöffengericht Zielenzky einen Arbeiter, der einen Gutsinpektor durch den Ausbruch „grüner Junge“ beleidigte, zu 14 Tagen Gefängnis verurteilte; der Gutsinpektor dagegen, welcher die Frau desselben Arbeiters mit der Faust ins Gesicht schlug, so daß sie einen Zahn verlor, erhielt von demselben Gericht in derselben Sitzung eine Geldstrafe von 8 M. auferlegt.

Durch eine Kritik dieser Urteile soll Oberüber als verantwortlicher Redakteur des „Landboten“ die Richter beleidigt haben. In der Verhandlung wurde die Begründung des Urteils des Zielenzkyer Schöffengerichts verlesen. Es heißt darin, der Inspektor sei milde zu bestrafen, weil die Mißhandlung der Frau nur eine leichte gewesen sei. Dagegen sei der Arbeiter schwer zu bestrafen gewesen, weil er sich gegen die Autorität des Vorgesetzten vergangen und dadurch die Disziplin des Betriebes gefährdet habe.

Der Staatsanwalt wollte Oberüber mit sechs Wochen Gefängnis bestrafen, trotzdem derselbe noch unbestraft ist und den Nachweis erbrachte, daß er die inkriminierte Notiz vor der Fertigstellung der Zeitung nicht gelesen hatte.

Sociales.

Keine direkte Gesundheitschädigung.

Der **Verband deutscher Ärzte** hatte an den deutschen Reichsanwalt petitioniert und ersucht, die in vielen Fällen zu Tage tretenden sanitären Mißstände durch gesetzliche Maßnahmen zu beseitigen. Darauf ist dem Verbands nach etwa Jahresfrist ein Antwortschreiben des Ministers v. Voskowsky zugegangen, in dem es heißt, die Untersuchung von 3500 Rächen im Deutschen Reich habe ergeben, daß durch die Verschaffenheit derselben eine direkte Gesundheitschädigung nicht stattfinden könne.

Die Erhebungen sind natürlich, wie üblich, von der Polizei angeführt worden, deren Beiseit und Sachkenntnis ja in Deutschland alles überlassen wird. Man frage nur einmal das Personal selbst, ohne Weiseln des Unternehmers, und man dürfte zu einem andren Resultat gelangen.

70 Cyper des Bergbaus. Am Freitag vor den Feiertagen hat sich in Wales ein furchtbares Grubenunglück ereignet, das schlimmste, das seit sieben Jahren dort zu verzeichnen gewesen ist. Im Aber-Thomas liegt etwa 10 englische Meilen von Cardiff Grube, die erste, die in jenem Thale in Betrieb gesetzt worden ist, ereignete sich die Schlagweiter-Explosion. Siebzig Arbeiter sind dem Unglück zum Opfer gefallen, und von diesen ist nur einer noch lebend, aber schwer verletzt; zu Tage gefördert worden, während man von den übrigen Opfern nur

dreizehn Leichen hat auffinden und Herbon nur vier hat zu Tage fördern können. Das kleine Dorf Senghenydd, bei dem die Grube gelegen ist, hat in den letzten Jahren sehr an Größe zugenommen, und die Mehrzahl der etwa 1000 Arbeiter, welche in der Grube beschäftigt sind, wohnt in dem Dorfe. Kurz nach 5 Uhr morgens erfolgte die Explosion. Sie löste wie ein lauter Knall einer Kanone, dem bald ein zweiter lauter Knall folgte, und auf jeden Knall folgte ein weniger lautes donnerartiges Geräusch. Die Explosion wurde weithin vernommen, und eine äußere Wirkung derselben war, daß das aus Eisen- und Zinkblech hergestellte Fördergerüst der Grube sehr stark demoliert und dadurch die Förderung in dem zweitägigen Schachte zerstückt war. Hätte die Explosion sich eine halbe Stunde früher ereignet, so hätten über 300 Mann derselben zum Cyper fallen können. Um 4.30 hatte die Rettungsaktion angefangen, die Grube zu verlassen, und um 5 Uhr waren alle zu Tage gefördert worden, und nur 70 Mann, welche als sogenannte Halbschicht Ueberstunden arbeiten, befanden sich noch unten. Alle Rettungsversuche sind vergeblich gewesen.

Vermischtes.

Eine internationale Juwelendiebstahls-Gesellschaft schenkt allem Anschein nach in Deutschland, speziell aber in Bayern, ihr Unwesen zu treiben. Die Mitglieder dieser Gesellschaft haben offenbar auch den großen Juwelendiebstahl beim Juwelier Schwaiger am Karlsplatz in München ausgeführt. Ueber die raffinierte Art dieses Einbruchs werden nunmehr noch folgende Einzelheiten bekannt: In der Nacht, in der der Einbruch verübt wurde, bemerkte ein Passant an der Ecke der Sonnenstraße und Herzogspitalstraße einen elegant gekleideten Herrn stehen, der allem Anschein nach auf jemand zu warten schien. Vor dem Schwaigerischen Laden stand ebenfalls eine elegant gekleidete Mannsperson in anscheinend eifrigem Gespräch mit einem anderen, während in dem erleuchteten Laden ein Herr „Inventur“ der vorhandenen Gegenstände abhielt. Der Zeuge dieses Vorkommnisses sah den drei auf der Straße stehenden Personen, die offenbar „Kasse“ fanden, keine weitere Bedeutung zu und hielt den im Schwaigerischen Geschäft „arbeitenden“ Herrn für den Besitzer des Ladens. Nach Bekanntwerden des Diebstahls meldete sich der Mann, leider zu spät, als Zeuge. Da in andren Städten Deutschlands in letzter Zeit auf ähnliche Weise Einbrüche bei Juwelieren verübt wurden, glaubt man mit Sicherheit auf die Existenz einer englischen oder amerikanischen Einbrecherbande schließen zu können, die gegenwärtig in Deutschland „Gaspisole“ giebt.

Storbt auf einem deutschen Schiffe. Dem „Verl. Tagbl.“ meldet man aus London: In Queenstown traf die deutsche Bark „Planet“ unter Führung des dritten Offiziers des britischen Dampfers „Grotton point“ ein. Auf der Bark von Mozatlan waren Mannschaften und Offiziere von Storbt ergriffen worden. Der Kapitän und beide Offiziere sowie ein Teil der Mannschaft starben. Das Schiff entbehrte daher der Führung, bis es ein britischer Dampfer am 14. Mai fand und sein dritter Offizier die Führung übernahm.

Ein leerer Luftballon landete am Dienstag bei der schwedischen Eisenbahnstation Genavad in der Provinz Halland. Der Ballon war augenscheinlich bemannet gewesen, da in seiner Gondel sich ein Paar Schuhe und ein Fernrohr befanden. In jeder Ecke des Korbes war eine deutsche Platte befestigt, so daß es sich möglicherweise um einen deutschen Ballon handelt. Wo die Insassen geblieben sind, darüber gab der Inhalt des Korbes nicht den geringsten Anhalt. Vielleicht ist auch der Ballon bei irgend einer Schauvorstellung entwichen, bevor er noch benannt war.

In Paris fand in der Banvefstraße vorlechte Nacht eine Explosion statt, wodurch eine große Feuersbrunst entstand. Mehrere Personen sollen in den Flammen umgekommen sein. Der Sachschaden ist bedeutend. Das Feuer wüthet noch.

Marktpreise von Berlin am 28. Mai 1901

nach Ermittlungen des kgl. Volkepreisdirektors.

Ware	Gr.	Preis	Ware	Gr.	Preis
Weizen, gut	—	—	Antofeln, neue, D-Gr.	7-	5-
„ mittel	—	—	Rindfleisch, Rente 1 kg	1,60	1,20
„ gering	—	—	„ do. Bauch	1,30	1-
Roggen, gut	—	—	Schweinefleisch	1,60	1,20
„ mittel	—	—	„ Kalbfleisch	1,80	1,10
„ gering	—	—	„ Hammelfleisch	1,80	1,10
* Weizen, gut	15,-	15,-	Butter	2,50	2-
„ mittel	14,90	13,90	Eier 60 Stk	3,60	2,30
„ gering	13,80	12,80	Korpfen 1 kg	2,20	1,30
* Hafer, gut	16,20	15,80	Kate	2,80	1,20
„ mittel	15,50	14,90	Hander	2,80	1,20
„ gering	14,80	14,30	Redete	2,40	1,20
Milchsch	7,32	—	Porche	1,60	0,80
Ger	—	—	Äpfel	2,80	1,20
Grün	40,-	25,-	Beite	1,20	0,60
Speisebohnen	45,-	30,-	Stroh	per Schaf	15,- 3,-
Wen	70,-	25,-			

* Frei Wagen und ab Bahn.

Produktionsmarkt vom 29. Mai. Heute machte sich für Getreide feste Tendenz geltend. Aus Nordamerika wurden höhere Preise gemeldet, die ihren Grund in den dortigen ungünstigen Ernte-Aussichten, in der bedeutenden Abnahme der Vorräte in den Seehäfen, sowie in geringen Anlässen hatten. Auch aus West lagen bessere Preisermittlungen vor. Diese Umstände in Verbindung mit unserem ungünstigen Saatensande veranlassen Bedenksamkeit. Die Preise für Weizenlieferungen lagen etwa 1 M. für Roggen per Juli etwa 0,50 und per September etwa 0,35 M. an. Sowohl in amerikanischen Weizen wie in russischen Roggen lagen Offerten vor, die aber nicht rentabel waren. Wehl war 5 Pf. gebessert. Den Futterartikeln war Hafer unbenannt, Weizen im Anschluß an America ziemlich fest; Rindöl war fest ohne Handel, für spätere Sichten fest. — Schluß für Getreide weiter ausbleibend.

Spiritus. In Spiritus waren die Umsätze nicht bedeutend. 70er loco notierte 44,00 M. (-0,10 M.).

Städtischer Schlachtviehmarkt. Berlin, 29. Mai 1901. Amtlicher Bericht der Direktion. Zum Verkauf standen: 394 Rinder, 2050 Kälber, 1244 Schafe, 9164 Schweine. Bezahlt wurden für 100 Pfund oder 10 Allogramm Schlachtgewicht in Markt (beziehungsweise für 1 Pfund in Pf.): Kälber: a) vollfleischige, ausgewählte, höchsten Schlachtgewichtes, höchstens 7 Jahre alt 00-00, b) junge fleischige, nicht ausgewählte und ältere ausgewählte 00-00; c) mäßig genährte junge und gut genährte ältere 00-00; d) gering genährte jeden Alters 00-00. — Bullen: a) vollfleischige höchsten Schlachtgewichtes 00-00; b) mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere 00-00; c) gering genährte 00-00. — Färsen und Kühe: a) vollfleischige, ausgewählte Färsen höchsten Schlachtgewichtes 00-00; b) vollfleischige, ausgewählte Kühe höchsten Schlachtgewichtes bis zu 7 Jahren 00-00; c) ältere ausgewählte Kühe und wenig gut entworfene jüngere Kühe und Färsen 00-00; d) mäßig genährte Kühe und Färsen 00-00; e) gering genährte Kühe und Färsen 00-00. — Kälber: a) fleischige (Bollfleisch) und beste Saugkälber 72-75, b) mittlere und gute Saugkälber 63-67, c) geringe Saugkälber 52-61, d) ältere, gering genährte (Fleischer) 00-00. — Schafe: a) Mastschaf und jüngere Mastschaf 61-63, b) ältere Mastschaf 55-59, c) mäßig genährte Hammel und Schafe (Merzschafe) 60-54, d) fleischiger Niederungsschafe (Rebengewicht) 00-00. — Schweine: a) vollfleischige, der feineren Rassen und deren Krutzungen im Alter bis zu 1 1/2 Jahren 220-280 Pfund schwer 53; b) schwere, 280 Pfund und darüber (Küher) 00-00; c) fleischige 51-52; d) gering entworfene 43-50; e) Sauen 40-48. Für 100 Pfund mit 20 pct. Tara.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet am Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7-9 Uhr abends statt.

Schwarz. Der „St. Petersburger Herald“ berichtet im April 1896, daß ein im Jahre 1757 geborener Mann bei einem Arzt in der russischen Hauptstadt erschienen sei, um sich die Hand verbinden zu lassen. Der Alte habe Krämpfe und sei noch durchaus rüstig.

S. S. Polizei-Verwaltung beziehungsweise Einwohner-Verwaltung.

M. G. Bittet um ein Verbot der Charité-Poliklinik am Platz, die für innere Krankheiten Dienstag, Donnerstag und Sonnabend von 12 bis 1 1/2 Uhr geöffnet ist.